INTERIM

21.6.1996

auswärts 3 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2,50 DM

Nr. 381

DER PAPST MACHT MOBIL



Vorwort

Zunächst mal möchten auch wir den obersten Führer und Kriegsherrn der katholischen Heerscharen von Opus Dei bis zu den Oberammergauer Festspielen an dieser Stelle recht herzlich begrüßen:
Küss den Boden und fahr zur Hölle! (besuch deinen Chef)
Indiesem Sinne -auf zur Prozession am Sonntag
***Zum aktuellen Stand radikal/K.O.M.M.I.T.E.E./A.I.Z. u.a. gegen den Staat:
Drei verfolgte Menschen im radikal-Verfahren sind von sich aus wieder aufgetaucht, die zugehörige Kundgebung in Bremen war wohl ein recht beeindruckendes Ereignis und durchaus verwirrend für die andere Seite.Zwie von ihnen sind-mit Auflagen-wieder aus dem Knast raus, der dritte wird unseres Wissens noch festgehalten.------Viel Power und Liebe für die pol.,rass.,+sexist. Verfolgten drinnen und draußen,anderswo und hier, legal und illegal.
(Und in diesem Zusammenhang war das "Vergessen" der hier angeklagten und eingeknasteten kurdischen Menschen auf der Veranstaltung im EX schon verdammt blind.)
***Der große Nachschlag zum "rev. OSTBLOCK" haben wir jetzt nicht noch vor.Nur soviel noch:

Selbstghettoisierung und ´nen halbwegs positiven Bezug auf W.Droste halten wir schon für ziemlich bescheuert und politisch falsch.Auch als -gedachte- Provo.Sorry.
bis denne

'als am 4.6.96 in berlin-marzahn eine antifaschistische kundgebung abgehalten wurde, waren auch wir anwesend. wir (die antifas) haben bemerkt, daß zwei gestalten aus dem rechtsradikalen spektrum die kundgebung beobachteten. nach dem wir sie entdeckt hatten versuchten wir sie daran zu hindern in ihr auto zu steigen und abzubrausen. dabei gingen dann plötzlich fünf der sechs scheiben des roten pkw zu bruch. wir betätigten dazu unsere mitgebrachten cs-gas fläschchen ebenso wie unsere holzstäbe um den faschisten klar zu machen, daß sie bei anifaschistischen kundgebungen nichts zu suchen haben. die beiden stolzen deutschen waren nicht irgendwelche rechten kids sondern teilnehmer des nazi aufmarschs der jungen nationaldemokraten am 1. mai '96 in berlin marzahn.

faschisten wir kriegen euch alle

INHALT

ORDNER

* Reisebericht einer Menschenrechtsdelegation nach Kurdistan 3/96
* Robert Kurz über neue genossenschaftliche Produktionsweise
* Bolschewistische Jugend zum Sozialabbau
* Zum Sozialabbau/"zusammen kämpfen(M)
* Text von Frauenlesben zu Sorgerechtsdebatte und gegen Verein"Vaterschaftsbund"
(Rot-schwarz ist nicht kopierbar !!)

Impressum:
Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin
Redaktionsanschrift: ebenda
V. i. S. d. P.: Charlotte Schulz
Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag



Intro

>>Im Intro sollen folgende Punkte erwähnt sein:
1. 13.6. 2. Bla 3... 4... 5.Grüße an Ravage 6...
7.... 8.... 9.Grüße an alle Abgetauchten<<

Lange hat sie auf dem Sprungbrett gekauert und die günstigste Gelegenheit abgewartet zum Sprung - ein Blick auf den Kalender hat uns dann auf die Idee gebracht. Gedacht, getan - der Sprung der Ente wurde genau getimet, wir wollen nicht verhehlen, daß das terminieren der Ersterscheinung dieser Nummer auf das entenhistorische Datum 13.6. uns ein besonders diebisches Vergnügen bereitet hat (Zwar werden die wenigsten die radi sich an diesem Tag bereits holen, aber so ist das halt mit Symbolismen, manche sind unscheinbar).

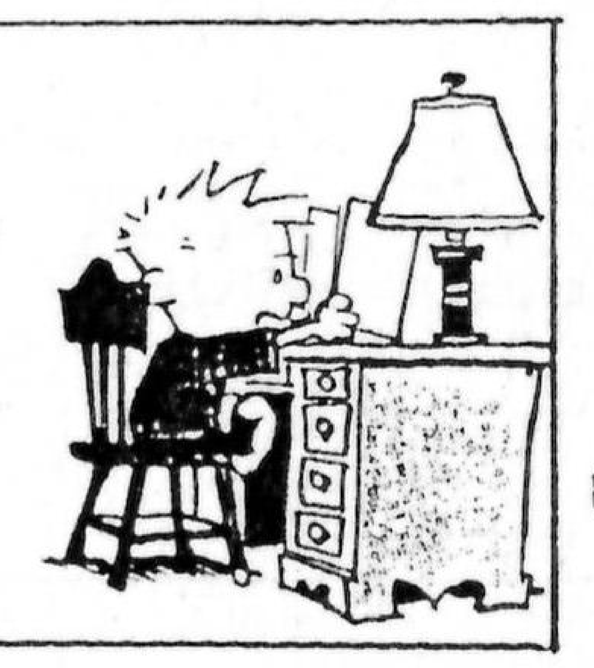


Trotz den ganzen Observationen, Hausdurchsuchungen, Verhaftungen und angedrohten Verfahren, etc. des letzten Jahres haben sie es nicht geschafft, die radikal zum Abtreten von der Bildfläche zu zwingen.
Da hatten sie eigens die Sonderkommission "Schwan" ins Leben gerufen (auch die Bullen haben anscheinend manchmal den Hang für's Humoreske, deswegen schwimmen auch 2 Schwäne in dem Bottich auf der Seite 2) um der kleinen Ente stellvertretend für viele Organisierungsansätze der radikalen Linken den Garaus zu machen. Millionen haben sie verpulvert für ihre Gerätschaften, laut TAZ vom 20.5.96 eine der größten bisher bekanntgewordenen Observationsmaßnahmen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Mehrere Einsatzkommandos hetzten sie hinter einigen vermeintlichen MacherInnen der Zeitung hinterher, hörten Telefone ab, deponierten Kameras, etc. Diese Kommandos mußten sicherlich von anderen Aufgaben abgezogen werden, was anderen linken Gruppen hoffentlich etwas mehr Freiraum geschaffen hat, ihr subversives Tun weiter zu tätigen.
Aber was ist? Als Ergebnis mußten sie schließlich im Dezember bei der Aktenschließung kleinlaut feststellen, daß sie keinerlei Verbindungen zu anderen Organisierungsansätzen belegen können. Die BAW entschliesst sich auf Grund der fehlenden Verbindung zu RAF, RZ, etc der radikal das Gütesiegel "Unterstützung von terroristischen Gruppen" wieder zu entziehen und es bei profaner "Werbung" zu belassen. Weiterhin aber bleibt der Vorwurf, wir seien eine "kriminelle Vereinigung". Diesen kleinen, aber trotzdem stinkenden Fisch geben die Karlruher Bundesanwälte dann an ein Oberlandesgericht in Koblenz ab. Der dortige Staatsanwalt hockt derzeit über der Erstellung der Anklageschrift und muß sich nun überlegen, wie er das alles über die Runden kriegen soll.

Zu dieser Ausgabe:

Zwei Kritiken an dem Konzept der radikal sind im Februar und März veröffentlicht worden. Zum einen ein "Offener LeserInnenbrief" von "Robbi, Tanja und das Fliewatüüt", abgedruckt in der Interim Nr.364 vom 22.2.96 und das Papier "Feministische Inhalte in der radikal" von "Einigen Lesben aus dem ID", veröffentlicht im Bremer Kassiber Ausgabe vom Feb./März96.
Ursprünglich hatten wir für beide Beiträge in dieser Ausgabe einige Seiten vorgesehen - aber wie jedesmal stand kurz vor der abschließenden Planung der radi vieles zur Disposition, weil wieder mal fast doppelt soviel zur Auswahl stand. Da wir eh nach dieser Nummer unser Zeitungskonzept (organisatorisch und inhaltlich) einer eingehenderen und intensiveren Prüfung unterziehen wollen, halten wir es für sinnvoller, alles in einem Aufwasch zu erledigen. Da sich in letzter Zeit so viel bewegt hat und auch für uns sich einiges verändert hat, steht schon deshalb eine Neubestimmung an, schließlich ist die radi nie etwas festes, sondern bestimmt sich durch diejenigen, die in ihr wirken.
Ihr werdet also voraussichtlich im nächsten Heft einen längeren Block zur internen Zeitungsdebatte vorfinden, in der dann auch die Kritiken vorgestellt werden. Welchen, die diese schon vorher lesen wollen und nicht wissen wie sie an die Beiträge kommen können, schicken wir sie zu. Und überflüssig zu sagen, daß wir noch mehr Kritik hören wollen, oder?
Geübten radi-LeserInnen wird beim schnellen Überfliegen des Inhaltsverzeichnisses aufgefallen sein, daß dort die O.L.G.A. fehlt. Jene Brigade hat den Spruch "Mut zur Lücke", mit der wir uns das letzte Mal auf der Rückseite verabschiedet hatten, allzu wörtlich genommen und beharrte darauf, mal eine Nummer Pause machen zu wollen. Nur so, haben sie uns versichert, können sie sich die Frische erhalten, um das nächste Mal wieder mit neuer Energie mit von der Partie zu sein.

Toll, ich hasse Intros!
Mein Kopf ist so leer
Scheiß radi, scheiß intro
Scheiß Job



Keine Appelle mehr:

Sowohl in jenem Buch, im Intro der Nummer 153 sowie in dem Flugi nach den Durchsuchungen haben wir immer großen Wert darauf gelegt, daß das Weiterbestehen der radi euer aller Ding sein müsste.
Das stimmt sicher weiterhin, was die politische Bestimmung der Zeitung betrifft - und so waren diese Apelle auch gemeint. Wir wollen und wollten eine Diskussion über linksradikale Medienarbeit. Ob und wie die radi aber weitergeht, hängt trotzdem letztenendes vor allem von all den Leuten ab, die sich entschlossen haben, für das Projekt aktiv zu powern. Das ist unsere Erfahrung aus mehr oder weniger vielen Jahren radi-Produktion. Wir werden also wieder voll auf die eigene Kraft vertrauen und hoffen, daß diejenigen, die uns dadrin unterstützen wollen, Mittel und Wege finden, uns zu erreichen oder sich sonst solidarisch einbringen.
Der Buchbeitrag von den 2 Genossen sollte die Zeit bis zu dieser Nummer erstmal abschließend beschreiben, ab jetzt beginnt wieder ein neues Kapitel, über das wir hier noch keine weiteren Worte verlieren wollen.

Jetzt kommt mal ein Werbeblock:
Die radikal ist ein Projekt mit mittlerweile nicht zu unterschätzender Kontinuität, dabei durchschritt sie mehrere verschiedene Phasen. Diese werden dargestellt in einem jetzt erschienenen Buch "20 Jahre radikal", das als Gemeinschaftsprojekt von 4 Verlagen im Mai erschienen ist. Wir können es euch nur empfehlen. Nicht nur, weil 2 Genossen von uns einen Geschichtsabriß der verdeckt produzierten radikal geschrieben haben, sondern auch, weil ehemalige Genossinnen, die früher in der radi mitgearbeitet haben, ihre Zeit resumiert haben.
Aber damit nicht genug - bekanntlich hatte die radi auch eine legale Zeit, die in zwei Artikeln in dem Buch erzählt wird. Eine Zeit, die zwar mittlerweile im Gesamten gesehen kürzer als die illegale war, aber deswegen nicht weniger interessant. Vieles kannten wir auch nicht, insofern lesen sich diese Abschnitte auch für uns wie ein GdV in Sachen "radi".
Auch auf die Entwicklung politischer Zensur wird eingegangen, auf den Stand autonomer und linksradikaler, sowie radikalfeministischer Medien.
Das Buch kostet 29,80 Mark und ihr solltet es euch bestellen, denn so schnell werden sich nicht mehr welche von uns über ihre Geschichte ausbreiten. Außerdem gibt es noch ein Plakat, kostet 10 Mark, und gehört in jedes Kommunikationszentrum. Wenn euch das alleine zu teuer ist, fragt bei FreundInnen rum und bestellt euch zusammen ein Buch. Auch das "P.S." der HerausgeberInnen wollen wir euch nicht verschweigen:
"Fünf Mark für jedes verkauftes Buch und alle Überschüsse aus den Plakateinnahmen gehen an einen Solifonds; die Verlage verdienen nichts dran."
Bestellen könnt ihr das Buch bei einem der folgenden Verlage:

Verlag Libertäre Assoziation, Lindenallee 72, 20259 Hamburg
Unrast Verlag, Postfach 8020, 48043 Münster
Verlag der Buchl. Schwarze Risse/Rote Straße, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin
Edition ID-Archiv Postfach 360205, 10972 Berlin

Was fehlt:
Es ist uns ein besonderes Anliegen darauf hinzuweisen, daß die radi-Gruppen nicht etwa auf dem Mond leben, aber es dennoch nicht geschafft haben z.B. zu den wendländischen Riots und Aktionen etwas ins Heft zu nehmen. Wir begrüßen auf das Schärfste die Kontinuität des Widerstandes vor Ort in Gorleben und rufen zu zahlreicher (nicht nur vor Ort) Beteiligung zum x^3-Spektakel auf.
Auch zu den illegalen Häuserräumungen eines Generallisimo Schönbohm in Berlin (der neue Innensenator, ein Ex-General. Berlin zeigt damit Militarisierung der Politik in Reinkultur, die offenbart, daß für die nächste Zeit die politischen Konzepte abhanden gekommen sind) sowie über die 1.Mai-Demos fehlt hier eine bundesweite Information. (Jaja, die fehlende O.L.G.A.)
Was wir richtig vermißten, ist ein Eingehen auf und Einschätzen der gesamten Sozialkürzungen und der Möglichkeiten, wie sich der punktuelle Unwillen darüber in einem massiveren, wilderen und unkontrollierbareren Straßenprotest entwickeln kann, und wie die radikale Linke darauf Einfluß nehmen kann. Wir arbeiten dran. Wir verweisen darauf, daß zumindest in 2 Erklärungen militanter Gruppen in diesem Heft auf die Konfrontationslinien eingegangen wird.

Quak

Zu guter letzt noch der Hinweis, daß die nächste "radikale Zeiten" sicherlich bald erscheint oder gerade erschienen ist.
Die rZ ist die Zeitung der bundesweiten Solibewegung

20 Jahre

radikal

Geschichte und Perspektiven · autonomer Medien ·

Aufgetaucht und verhaftet

Flüchtige aus *radikal*-Verfahren stellten sich in Bremen Verfolgungsbehörden

Auf den Tag genau ein Jahr ist ihr Haftbefehl mittlerweile alt. Am gestrigen Donnerstag, dem Jahrestag der bundesweiten Großrazzia gegen linke Projekte am 13. Juni 1995, stellten sich in Bremen drei der vier seitdem Flüchtigen. Ulli S., Frank G. und Jutta W. wird von der Bundesanwaltschaft (BAW) Mitarbeit an der kriminalisierten Zeitschrift *radikal* vorgeworfen. Mit dem Blatt sollen sie für terroristische Vereinigungen geworben haben. In Begleitung von rund 300 fähnchenschwenkenden FreundInnen und ihren AnwältInnen gingen sie zum Amtsgericht in Bremen und wurden dort festgenommen.

»Wir wollen zurück zu unseren FreundInnen und GenossInnen«, erklärte Jutta W., ehe sich die drei auf den Weg machten. »Schließlich sind wir damals nicht freiwillig gegangen. Wir haben uns dieser unsicheren Situation entzogen, um an einem sicheren Ort den Verlauf abzuwarten.« Mittlerweile habe sich die Situation entscheidend verändert. Tatsächlich sind vier damals festgenommene Männer nach einem halben Jahr Untersuchungshaft entlassen worden, weil der Haftrichter die Fortsetzung als unverhältnismäßig einstufte. Die ursprüngliche Anklage wegen Unterstützung einer »terroristischen Vereinigung« mußte mangels Beweisen fallengelassen werden – und damit auch das angedrohte Strafmaß von bis zu zehn Jahren Haft. Übrig blieb der Vorwurf der Werbung für solche Vereinigungen, für den bloß eine weit kürzere Haftstrafe verhängt werden kann. Außerdem wurden die Ermittlungen von der Karlsruher BAW an das Oberlandesgericht Koblenz (OLG) abgegeben – für die Anwältin Barbara Klawitter ein weiteres Indiz dafür, daß die BAW auf Grund dürftiger Ermittlungsergebnisse dem Verfahren mittlerweile geringere Bedeutung beimißt.

So haben auch Ulli S., Frank G. und Jutta W. die Zuversicht, daß ihre Haftbefehle außer Vollzug gesetzt werden. Noch am Donnerstag beantragten ihre AnwältInnen dies per Fax bei der Karlsruher Behörde. Da die Ermittlungsverfahren nach Aussagen von Anwältin Klawitter nach einem rechtswidrigen Lauschangriff auf ein Haus in der Eifel 1993 eingeleitet worden sei, dürften die dort gesammelten vermeintlichen Erkenntnisse ohnehin nicht verwertet werden. Die Ermittlungsverfahren müßten umgehend eingestellt werden.

Allerdings hatten die VerteidigerInnen von Anfang an damit gerechnet, daß ihre MandantInnen vorerst ins Gefängnis kommen. Verteidiger Bila Bätia: »Der Ballon wird sicher zum Platzen gebracht. Aber in welcher Geschwindigkeit, ist nicht abzuschätzen.« Die Entscheidung über die Dauer der U-Haft wird dann auch mehr eine politische als eine juristische sein. Denn bei Beschuldigten, die sich den Ermittlungsbehörden stellen, kann weder der U-Haft begründende Verdacht der Fluchtnoch der der Verdunklungsgefahr konstruiert werden. Ob die drei am Sitz der BAW in Karlsruhe oder in Bremen vor den Haftrichter geladen werden, um über eine Aussetzung des Haftbefehls zu entscheiden, konnte BAW-Sprecher Rolf Hannich gegenüber *jW* auf Anfrage nicht sagen. Aber allemal sei es »schön«, daß sie sich gestellt hätten.

Die Bremer Ermittlungsbehörden allerdings waren sichtlich damit überfordert, daß sich die drei Flüchtigen in Begleitung lautstarker DemonstrantInnen bei ihnen meldeten. Vor allem die Power einer Frauen-Lesben-Gruppe, deren Sprechchöre: »Aufhebung der Haftbefehle, jetzt sofort!« im gesamten Gerichtsgebäude zu hören waren, verunsicherten die Beamten stark. *Elke Spanner*, Bremen

junge Welt Freitag, 14. Juni 1996, Nr. 137

Gegen Kaution freigelassen

radikal-Verfahren: Zwei Haftbefehle ausgesetzt

junge Welt Montag, 17. Juni 1996, Nr. 139

Zwei der drei mutmaßlichen MitarbeiterInnen der verbotenen Zeitschrift *radikal*, die sich am Donnerstag nach einjähriger Flucht in Bremen der Justiz gestellt hatten, sind wieder frei. Die Haftbefehle gegen die Bremerin Jutta Weißbach und den Oldenburger Ulli Faltin wurden bereits am Freitag auf Antrag ihrer AnwältInnen ausgesetzt. Allerdings unter hohen Auflagen: Die Beschuldigten mußten eine Kaution von jeweils 20 000 Mark hinterlegen und bekamen nicht nur ein Kontaktverbot untereinander auferlegt, sondern auch zu 20 weiteren Personen, gegen die im Rahmen des *radikal*-Verfahrens ermittelt wird. So wurde Weißbach unter anderem auch untersagt, mit ihrer Lebensgefährtin in Verbindung zu treten. Auch müssen sich die beiden dreimal wöchentlich bei der Polizei melden.

Frank Großkinsky, der dritte Beschuldigte, bleibt hingegen weiterhin in Haft. Die Bundesanwaltschaft wirft dem Kölner vor, auch an der aktuellen Nummer der *radikal*, die vergangene Woche erschien, mitgewirkt zu haben. Auch bei einem weiteren Beschuldigten, der sich weiterhin der Justiz entzieht, soll die Anklage entsprechend erweitert worden sein.

Nach den Beschuldigten wurde seit dem 13. Juni 1995, als polizeiliche Sondereinheiten im Rahmen einer Razzia gegen angebliche LinksterroristInnen bundesweit über 50 Räume durchsuchte, gefahndet. Die Staatsanwaltschaft wirft ihnen vor, Mitglieder der zur »kriminellen Vereinigung« erklärten Redaktion der »Untergrunddruckschrift radikal« zu sein, die es sich zum Ziel gesetzt hätte, für »terroristische Vereinigungen« zu werben. *Karin Marc*

jetaucht + Aufgetaucht + Aufg
\ufgetaucht + Aufgetaucht + A

Nach einem Jahr sind heute am, 13.6.96, drei der Gesuchten im radikal-Verfahren wieder aufgetaucht. In Begleitung von FreundInnen und GenossInnen stellten sich Jutta, Ulli und Frank im Anschluß an eine Pressekonferenz vor dem Landgericht Bremen. Mattes, der vierte per Haftbefehl Gesuchte, hat es vorgezogen, an seiner Situation vorerst noch nichts zu verändern. Nach wie vor bestehen gegen alle 8 Hauptbeschuldigten im Radikal-Verfahren Haftbefehle.

Zur Erinnerung:
Genau vor einem Jahr, am 13.6.1995, kam es bundesweit zu einer großangelegten Razzia gegen linke und feministische Strukturen. Über 50 Wohnungen und Arbeitsräume linker Einzelpersonen, Gruppen und Projekten wurden auf Anordnung der Bundesanwaltschaft (BAW) durchsucht.
Begründet wurde diese Aktion mit Vorwürfen aufgrund Ermittlungsverfahren gemäß §§ 129/129a wegen Mitgliedschaft oder Unterstützung von AIZ, K.O.M.I.T.E.E., RAF und der Zeitschrift radikal. Im letztgenannten Zusammenhang wurden vier Männer 6 Monate lang unter Sonderhaftbedingungen inhaftiert. Vier weiteren Menschen - Jutta und Mattes aus Bremen, Frank aus Köln und Ulli aus Oldenburg - ist es am 13.6. gelungen, sich ihrer Verhaftung zu entziehen.
Diese acht werden beschuldigt, maßgeblich an der Herstellung und Verbreitung der radikal beteiligt gewesen zu sein. Für die Verfolgungsbehörden ist die radikal eine "kriminelle Vereinigung", deren Zweck es sei, für "terroristische Vereinigungen" zu werben und u.a. zu "Straftaten" aufzurufen.
Nach der Freilassung der vier Gefangenen im Dezember'95 gab es mit der Abgabe dieser Verfahren an das Oberlandesgericht (OLG) Koblenz einige Veränderungen, die zwar nicht die politische Brisanz aus dem Verfahren nimmt, die aber dennoch die vage Einschätzung zuließ, daß die BAW im dem radi-Verfahren vorerst einen Gang zurückgeschaltet hat.
Die Abgabe an das OLG erfolgte mit der Begründung, daß der Vorwurf "Unterstützung terroristischer Vereinigungen" fallengelassen wurde. Nach Aussage der BAW habe sich der Anfangsverdacht der direkten Zusammenarbeit der radikal-Struktur mit anderen militat/bewaffnet kämpfenden Gruppen nicht bestätigt; deshalb bewege

radikal

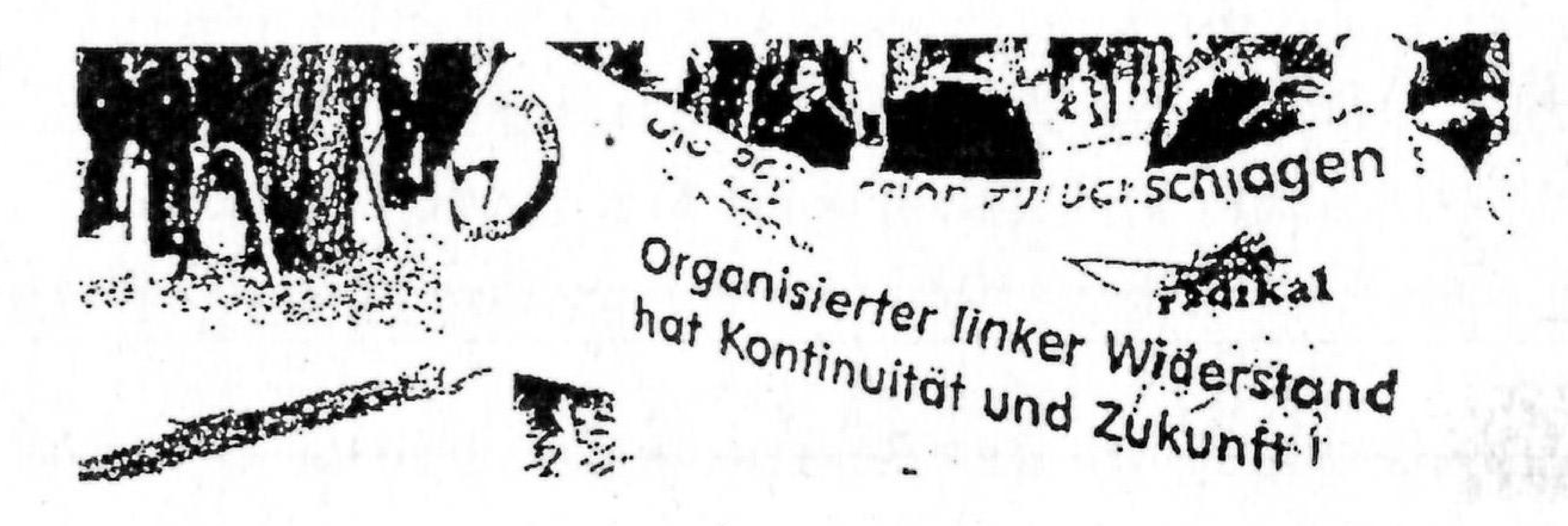
Während die der 4 ehemaligen Gefangenen nach 6 Monaten U-Haft gegen Kaution und Auflagen ausgesetzt wurden, müssen die "Aufgetauchten" jetzt unmittelbar mit Knast rechnen, wenn wir von dem Kalkül und Interesse der Verfolgungsbehörden ausgehen, Abtauchen als Möglichkeit, sich dem Knast zu entziehen, nicht ungestraft durchgehen zu lassen.

Zu den genauen Gründen des Zurückkommens kann an dieser Stelle nichts gesagt werden. Das zu tun wird Part der Betroffenen selbst sein.

Tatsache ist ersteinmal, daß das Abtauchen der vier nichts originär freiwilliges war, sondern - wie in vielen anderen Fällen auch - im Zusammenhang mit der staatlichen Repression auf-gezwungen wurde. Dennoch bietet Flucht die Möglichkeit, in "sicherer " Entfernung den Gang der Dinge zu verfolgen und ein weiteres Vorgehen in Ruhe zu überlegen; Flucht bzw. eine exilähnliche Situation kann einen politischen Raum eröffnen. Dieser Raum besteht, solange er von den Betroffenen gefüllt wird. Wie dies geschieht, ist nicht nur von den Betroffenen selbst abhängig, sondern auch entscheidend von der Solidarität und der Bezugnahme von außen.

Während des ersten halben Jahres nach dem 13.6. wurde innerhalb der Soliarbeit eine Stärke entwickelt: über politische Unterschiedlichkeiten und Schwerpunkte hinweg haben sich große Teile der radikalen Linken gegen die Angriffe solidarisiert, mit dem Bewußtsein, daß die laufende Repression alle angeht und gemeinsam zurückgeschlagen werden muß. Nach der Freilassung der vier im Dezember sollte es darum gehen, die Forderung nach Aufhebung aller Haftbefehle zu forcieren, um gerade auch den Gesuchten ein Zurückkommen ohne Knast zu ermöglichen. Leider hat der Druck unsererseits in diese Richtung seit Anfang des Jahres merklich nachgelassen.

Das Auftauchen der Gesuchten unter den jetzigen Bedingungen bedeutet, einen gemeinsamen Prozeß zu führen und ein öffentlich wahrnehmbarer Teil in der Solidaritätsarbeit werden zu wollen. Unabhängig davon, wie wir diesen Schritt heute im Einzelnen bewerten, geht es jetzt darum , unserer Solidarität einen praktischen Ausdruck zu geben und das Verfahren und die angegriffene Politik wieder stärker in die Öffentlichkeit zu bringen. Von Anfang an gab es in der Solidaritätsarbeit zum 13.6. die Einschätzung, daß wir uns primär auf unsere eigenen Kräfte verlassen müssen. Weite Teile der sogenannten linksliberalen Öffentlichkeit haben sich auf einen nationalstaatstragenden Kurs einschwören lassen, so daß



sie angesichts des Charakters der kriminalisierten Gruppen den Staatsangriff letztlich für legitim halten. Innerhalb der radikalen Linken wurde eine größere Solidarisierung erreicht, die sich in erster Linie in Form von Kundgebungen, Demos und Soliveranstaltungen ausgedrückt hat.

Es gab und gibt bislang keine einheitlich bestimmmte politische Soliarbeit, aus der sich auch längerfristig eine Handlungsfähigkeit ableiten läßt.

Bei der Kriminalisierung der "radikal" war der Ansatzpunkt für die Solidaritätsarbeit nicht ein klar zu bestimmendes politisches Projekt..

Bei allen unterschiedlichen Einschätzungen z.B. ihren realen Wirkungsgrad betreffend, ging und geht es vielmehr darum, ein linksradikales Projekt zu verteidigen, daß in seiner Organisationsform, seinen inhaltlichen Diskussionen und der Haltung, militante Aktionen grundsätzlich zu befürworten, kein Frieden mit diesem System geschlossen und versucht, den Kampf dagegen in Form einer unzensierten Widerstandspresse mitzutragen.

Die radikal hat mittlerweile eine 20jährige Kontinuität. Ein wesentlicher Bestandteil der radikal war immer die Auseinandersetzung um Strategien der Militanz als legitimes und notwendiges politisches Mittel.Diese Grundhaltung stellte immer wieder den Anknüpfungspunkt staatlicher Repression dar.

Seit 1984 verlegt die Radikal ihre redaktionelle Arbeit, später dann auch den gesamten Vertrieb, in die Illegalität. Zum einen ging es darum, die ständige Drohung der Repression zu unterlaufen und statt Anpassung, am Konzept einer unzensierten Widerstandspresse festzuhalten.

Zum anderen beinhaltete die Entscheidung für diese Arbeitsweise auch den Versuch, eine genaue und verbindliche (Kommunikations)-Struktur zu organisieren, die weitestgehendst von der jeweiligen Bewegungskonjunktur unabhängig ist.

Die "radikal" selbst hat auch diesen Angriff wieder einmal überlebt - im Herbst letzten Jahres erschien eine neue Ausgabe und wir sind zuversichtlich, daß es nicht die letzte war.

Trotzdem gilt nachwievor, dem Angriff des Staates Raum etwas entgegenzusetzen und Solidarität mit den Betroffenen zu leisten! Die



Herrschenden wollen auf allen Ebenen Entwicklungsräume für revolutionäre Praxis, Diskussion und Organisierung dichtmachen und jeder erfolgreiche Frontalangriff des Staates auf ein wie auch immer beschaffenes Teilprojekt der radikalen Linken hat schwerwiegende Konsequenzen für alle anderen.

Wenn die BAW mit ihren Angriffen gegen die Radikal oder z.B. die Antifa M ohne nennenswerten Widerstand durchkommt, bedeutet das, daß alle , die an einer linksradikalen/revolutionären Perspektive festhalten und dieses auch in irgendeiner Form in die Tat umsetzen, in ihrem politischen Aktionsradius noch weiter eingeschränkt werden.

Konkret wird es jetzt in nächster Zeit notwendig sein, eine größtmögliche Öffentlichkeit zu dem Verfahren herzustellen.
Überlassen wir Jutta, Ulli und Frank nicht stillschweigend der BAW (und dem "Sommerloch").
Beteiligt Euch an Knastkundgebungen und Veranstaltungen, sammelt Geld, schreibt den Gefangenen....

sich das Verfahren nunmehr im Bereich der "mittleren Kriminalität" und die Fortdauer der U-Haft sei "angesichts des zu erwartenden Strafmaßes nicht mehr gerechtfertigt".
Vor kurzem bekannt, daß es spätestens im Herbst zu einer Anklageschrift aus Koblenz gegen die vier ehemals Inhaftierten kommen soll. Der Prozeß würde dann eventuell frühestens Anfang des Jahres '97 beginnen.
Ob und was sich mit dem Auftauchen der drei verändert bleibt abzuwarten.

Wir gehen von einer Praxis in politischen Verfahren aus, die sich weniger am realen Sachverhalt, sondern vielmehr an der politischen Opportunität orientiert.
Die Paragraphen 129/129a haben eine Geschichte als Verfolgungsinstrumente gegen linksradikale Opposition. Die Paragraphen verfolgen nicht allein Straftatbestände, ihr Zweck ist es primär, Gesinnungen und eine Praxis, die der herrschenden Ordnung entgegengesetzt sind, zu kriminalisieren.
In der Geschichte der letzten 20 Jahre hat sich gezeigt, daß die Paragraphen vor allem in ihrer Funktion als Ermittlungs- und Schnüffel Paragraphen eingesetzt wurden.Das dokumentiert sich u.a. darin, daß nur ca. 2 % der Verfahren nach §129/129a eine Verurteilung nach sich zog.
Fakt ist, daß im radi-Verfahren staatlicherseits einmal mehr demonstriert wurde, daß es ihnen problemlos möglich ist über ihren Kampfbegriff "Terrorismus" unterschiedlichste linksradikale Projekte zu kriminalisieren, politisch aktive Menschen für Monate wegzubunkern und mit Verfahren zu überziehen.

Wir fordern die Aufhebung aller Haftbefehle und die Einstellung aller Verfahren!
Wir grüßen die Macherinnen und Macher der radikal!
Wir grüßen Mattes und wünschen ihm, ebenso wie all den anderen Abgetauchten, viel Kraft!

... und richtig bleibt: Trotz Repression den eigenen Widerstand organisieren!!

Verfassungsschutz suchte nach Informanten zum Protest gegen Atommülltransporte

„Herren des Morgengrauens" kamen

tj Lüchow. Montag, den 13. Mai. Fünf Tage nach dem zweiten Atommülltransport nach Gorleben sind in Lüchow-Dannenberg einige Herren unterwegs. Sie fahren große Autos, einen roten Mercedes-Benz-Kombi und eine Limousine gleichen Fabrikats, beide mit Lüneburger Kennzeichen. Sie suchen nach Mitarbeitern für ihr bundesweit aktives Unternehmen. Doch die meisten Angesprochenen sind bereits berufstätig, und Absicht der Herren ist es nicht, die Arbeitslosigkeit im Kreisgebiet zu reduzieren. Die Herren gehören zum Verfassungsschutz (VS), dessen Mitarbeiter der Schriftsteller Peter O. Chotjewitz einst mit der Bezeichnung „Herren des Morgengrauens" titulierte.

Fünf Versuche bekannt

Fünf Personen, heißt es in einer Pressemitteilung der Bürgerinitiative Umweltschutz (BI), die vom Verfassungsschutz angesprochen wurden, hätten sich bis Dienstag bei ihr gemeldet. Ihnen sei ein eindeutiges finanzielles Angebot gemacht worden, sie seien nach Namen oder Autokennzeichen von vermeintlichen Gewalttätern gefragt worden und danach, künftig bezüglich des Protestes gegen Atommülltransporte „Tendenzen zu erkunden". Kommentar der BI: „Wenn sie uns mit Polizeigewalt nicht mundtot bekommen, versuchen sie, uns in die terroristische Ecke zu drängen".

Geld angeboten

Kontaktiert werden beispielsweise Anton Gruber und Peter Alt (Namen von der Redaktion geändert). Peter Alt wird am 13. Mai zunächst persönlich angesprochen; als er nach Hause kommt, stellen sich zwei wartende Herren als VS-Mitarbeiter vor, zeigen ihre Dienstausweise. Die Antwort auf Alts Frage nach ihren Absichten habe gelautet, sie wollten etwas über Stimmungstendenzen vor Ort erfahren und suchten Leute, die „ihnen helfen könnten, die Chaoten herauszufiltern", berichtet Alt der EJZ. Später kommt es zu zwei Telefonaten des VS mit Alt, die dieser mitschneidet. Der VS wolle „ausloten", so ein Herr Diehl beim ersten Anruf, „wer überhaupt bereit ist, mit uns zu reden". Bei einem „Glas Cola oder Bier" wolle er sich mit Alt darüber unterhalten, „was ich möchte und was Sie können". Alt fragt nach finanzieller Entschädigung, die Antwort: „Ja, selbstverständlich", ist die Antwort, nehme er etwa an einer Veranstaltung teil, würde „ich Ihnen Kilometergeld" und „eine zeitliche Entschädigung" zahlen, bietet der Verfassungsschützer an. Besonders interessiert ist Diehl an Hinweisen auf „mögliche Gewalt".

Treffen außerhalb

Das zweite Telefongespräch mit dem VS-Mitarbeiter findet ein paar Tage später statt. Peter Alt fragt, was passiere, „wenn es rauskommt". Diehl versucht zu beruhigen: Er mache „das seit siebzehn Jahren", von „seinen Mitarbeitern" sei noch keiner irgendwo aufgefallen. Man werde sich nicht bei Alt in der Wohnung treffen, sondern „etliche Kilometer außerhalb". Er habe in den „Jahren 85 bis 88 zwei Mitarbeiter dort oben gehabt". Alts abschließende Frage, ob er auf der Dienststelle anrufen könne, verneint dieser: „Im Anfang einer solchen Sache" sei das problematisch.

Anton Gruber, so geht aus seinem Gedächtnisprotokoll hervor, wird am 13. Mai zuerst telefonisch kontaktiert: Ein Herr „Schnieder, Verfassungsschutz", fragt an, ob er Zeit habe, zu berichten, wie er „die Castor-Tage" erlebt habe. Man verabredet sich für den frühen Abend. Bei diesem Treffen zeigen zwei Herren ihre Ausweise

„Gewalttäter" gesucht

vor, nach einigen einleitenden Bemerkungen kommen sie dann zum Kern der Sache: Ob er etwas mitbekommen habe, wo die Gewalttäter, die „Schwarzen" herkommen. Grubers Antwort: Viele seien wohl aus Berlin und Magdeburg gekommen – in Uniform. Er lehnt ab, zu berichten, was im Bekanntenkreis erzählt wird, bestätigt auf wiederholte Fragen, daß er nicht sagen könne, wo diese Gewalt herkommt. Am Ende des Gesprächs fragen die VS-Mitarbeiter nach weiterer Zusammenarbeit: „Wir zahlen auch."

BI: Unmoralisch

Solche Aktivitäten des VS, so die BI in ihrer Stellungnahme, seien „nur der Versuch, Unruhe und Mißtrauen in den Reihen der Atomkraftgegner zu erzeugen". Alle Menschen, „denen ein unmoralisches Angebot gemacht wurde", sollten sich „melden und an die Öffentlichkeit treten", um das Ausmaß der „Diffamierungskampagne deutlich zu machen", heißt es abschließend in der Stellungnahme der Atommüllgegner.

Das Landesamt für Verfassungsschutz bestätigte gegenüber der EJZ die Kontaktversuche umstandslos: Man habe „Informationsgespräche" geführt, das Interesse sei gewesen „linksradikalen, militanten Widerstand aufzuklären".







Sammeltransport im Herbst

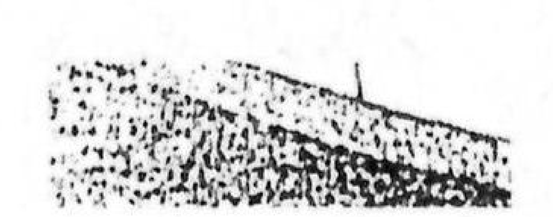
Castor kommt im Paket

dpa Hannover/Bonn/Paris. Die deutsche Stromwirtschaft will auch nach den Auseinandersetzungen um den jüngsten Atommülltransport nach Gorleben wie geplant im Herbst mehrere Behälter in das umstrittene Zwischenlager bringen. Der Geschäftsführer der Essener Gesellschaft für Nuklear-Service (GNS), Wolfgang Hawickhorst, kündigte für den Herbst einen Sammeltransport mit drei Castor-Behältern an.

Unterdessen sprachen sich Bundeswirtschaftsminister Günter Rexrodt (FDP) und Niedersachsens Ministerpräsident Gerhard Schröder (SPD) für neue Energiekonsens-Gespräche ohne jede Vorbedingungen aus.

Die französische Betreiberfirma der Wiederaufarbeitungsanlage La Hague, Cogema, dementierte Berichte, wonach sie der deutschen Stromwirtschaft die Aufbewahrung deutschen Atommülls in Frankreich für 20 bis 30 Jahre angeboten habe. Laut der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung" soll das nordrhein-westfälische Zwischenlager Ahaus künftig auch abgebrannte Brennstäbe aus deutschen Reaktoren aufnehmen, für die bisher Gorleben vorgesehen ist.

mittags



Immer teurer

■ Castor-Transport hat 90 Millionen Mark gekostet

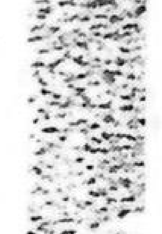
Hannover (taz/dpa) – Der Polizeieinsatz zum Schutz des zweiten Castor-Transports mit Atommüll ins Zwischenlager Gorleben am 8. Mai hat über 90 Millionen Mark gekostet. Wie der niedersächsische Innenminister Gerhard Glogowski gestern in Hannover erklärte, war der Transport von La Hague damit noch deutlich teurer als der Polizeischutz für die Einlagerung des ersten Castor-Behälters aus dem baden-württembergischen Atomkraftwerk Philippsburg im April letzten Jahres, der 55 Millionen Mark gekostet habe. Die Kosten seien angestiegen, weil wegen des größeren Widerstands der Bevölkerung zum Schutz des zweiten Castor-Transports diesmal rund 19.000 Polizisten im Einsatz waren. Die hessische Landesregierung bekräftigte gestern, zumindest in diesem Jahr keine Castor-Transporte mehr durch das Bundesland rollen zu lassen, weil der Schutz zu teuer sei. Nach Angaben der Regierung mußte die Landespolizei zum Schutz der ersten beiden Castor-Transporte nach Gorleben fast zehn Millionen Mark ausgeben.

Seite 6

NIX – Das Land gehört den Lebendigen!

Castor-Polizei kostete 90 Millionen

Niedersachsens Innenminister Glogowski (SPD) rechnet die Kosten für den Castor-Transport vor. Zahl der Transporte soll verringert werden und Atommüll bald per Schiff kommen ■ **Aus Hannover Jürgen Voges**



Der Polizeieinsatz beim zweiten Castor-Transport nach Gorleben hat insgesamt etwa 90 Millionen Mark gekostet. Dies gab gestern in Hannover der niedersächsische Innenminister Gerhard Glogowski (SPD) bekannt. Angesichts dieser Kosten dürfe „in diesem Jahr kein weiterer Gorleben-Transport mehr kommen". Glogowski will Ende der Woche mit der Gesellschaft für Nuklear-Service (GNS) über die nächsten Gorleben-Transporte verhandeln.

Allein dem Land Niedersachsen seien nach betriebswirtschaftlicher Rechnung durch den Transport aus Frankreich nach Gorleben Kosten von 46,1 Millionen Mark entstanden, sagte Glogowski. Für die Sicherung des Transports hätten die 9.000 Polizisten, die in Niedersachsen im Einsatz gewesen seien, 320.000 Überstunden leisten müssen. Bundesweit seien beim zweiten Gorleben-Castor etwa 19.000 Polizisten eingesetzt gewesen, daraus ergeben sich Polizeikosten von mindestens 90 Millionen Mark für den Transport.

Mit einbezogen sind in diese betriebswirtschaftliche Berechnung der Einsatzkosten auch die regulären Gehälter, die den niedersächsischen Polizisten für die Zeit ihres Einsatzes in Gorleben gezahlt werden. Tatsächlich zahlen muß das Land allerdings nur Überstunden, die nicht abgefeiert werden, und für jene knapp 5.000 Polizisten, die andere Bundesländer bereitgestellt hatten.

Glogowski nannte einen Verzicht der GNS auf weitere Gorleben-Transporte in diesem Jahr auch „gesellschaftspolitisch und sicherheitspolitisch vernünftig". Zur Vernunft bringen will er die Transporteure von der GNS auch mit Hilfe eines Beschlusses der Innenministerkonferenz der Länder und des Bundes. Die hatten schon vor Monaten eine Reduzierung der Castor-Transporte „auf das unumgängliche Maß" verlangt. Die von der GNS vorgesehenen Transporte von drei Behältern mit abgebrannten Brennelementen aus Süddeutschland seien keineswegs unumgänglich, da diese Brennelemente ebensogut weiter an den AKW-Standorten Gundremmingen und Neckarwestheim gelagert werden könnten.

Glogowski verlangte erneut vom Bund, sich an den Kosten der Castor-Einsätze zu beteiligen. Die GNS forderte er auf, endlich über alternative Transportwege für die Gorleben-Castoren nachzudenken. Vor allem die Möglichkeit des Seetransports habe die Firma noch nicht ausreichend geprüft. Die Frage, ob unter einem Seetransport eine Verschiffung der Castor-Behälter die Elbe hinauf bis nach Gartow/Gorleben zu verstehen sei, beantwortete Glogowski ausweichend: „Ein Straßentransport ist immer noch nötig."



BENJAMIN RAMOS VEGA AUSGELIEFERT!

Am Mittwoch, den 5.6.1996 wurde der Katalane Benjamin Ramos Vega um 13.05 Uhr über den Flughafen Berlin-Tegel mit einer Iberia-Linienmaschine an den spanischen Staat ausgeliefert. Die Behörden haben, vorbei an der Öffentlichkeit wie auch der Verteidigung, mit einer Blitzaktion in aller Stille die Auslieferung durchgezogen. Benjamin Ramos Vega, der der „Unterstützung" des Comando Barcelona der baskischen Organisation ETA angeklagt werden soll, saß seit seiner Festnahme Ende Januar 1995 sechzehn Monate in Berlin-Moabit in Isolationshaft.

Das Berliner Kammergericht unter dem Vorsitz von Dr. Werner Nöldeke hatte nach einer langwierigen juristischen Auseinandersetzung die Auslieferung schließlich Ende 1995 für „rechtlich zulässig" erklärt. Gegen dieses Urteil hatte Benjamin vor dem Bundesverfassungsgericht geklagt.
Am 29.5.1996 wies das BVG die Klage ab. Diese Entscheidung teilte das BVG allerdings weder der Öffentlichkeit noch der Verteidigung mit. Vielmehr wurde Benjamins Anwältin am 31.5., also zwei Tage nachdem die Entscheidung gefällt worden war, auf Nachfrage beim BVG telefonisch versichert, daß die Entscheidung weder gefällt wurde noch akut anstehe. Erst am 4.6. erhielt die Verteidigung den BVG-Text per Post. Daß die Verteidigung von den Karlsruher RichterInnen schlichtweg belogen wurde, hatte den Zweck, der - offenbar schon vorab informierten - Bundesregierung und den betreffenden Polizeibehörden genügend Zeit einzuräumen, um die Auslieferung abseits der Öffentlichkeit praktisch vorzubereiten. So konnte die Bundesregierung bereits am Tag der Veröffentlichung des BVG-Textes den unmittelbaren Vollzug der Auslieferung anordnen, wiederum ohne Benjamin und seine AnwältInnen davon in Kenntnis zu setzen.
Zu dieser sorgfältigen Vorbereitung gehörte auch, daß der Justizminister Schmidt-Jorzig mit einem Brief an den Petitionsausschuß des Bundestages verhinderte, daß der Fall dort behandelt wird. Ignoriert wurde auch das laufende Asylverfahren. Noch am 3.6., zwei Tage vor der Auslieferung, war Benjamins Antrag auf politisches Asyl vor dem Berliner Verwaltungsgericht verhandelt worden, was sich gemäß dem Verwaltungsrichter noch ein halbes Jahr hätte hinziehen können. Der Richter kritisierte in der öffentlichen Verhandlung das Urteil des Kammergerichts als „voreilig" und kündigte an, vor einer eigenen Entscheidung weitere Informationen über die Menschenrechtssituation in Spanien einholen zu wollen. Ebenso gegenstandslos ist die Klage vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte geworden, mit der erreicht werden sollte, daß die Auslieferung zumindest aufgeschoben wird.

SPUCKSCHUTZ UND PLASTIKFESSELN

Durch den Anruf eines spanischen Journalisten erfuhr Benjamins Anwältin am 5.6. um 11.00 Uhr zufällig von der sich schon in vollem Gang befindlichen Auslieferung. Es gelang ihr zusammen mit Benjamins deutscher Ehefrau noch rechtzeitig zum Flughafen zu kommen. Dort wurden ihnen allerdings von den beiden Berliner Staatsschutzbullen KOK Franz und KHK Heyden verboten, mit Benjamin, der sich im Sicherheitsberich befand, zu sprechen. Die beiden LKA-Beamten, die auch schon die Festnahme im Januar 1995 gemeinsam mit der spanischen Polizei organisierten, hatten Benjamin mit Plastikhandschellen die Hände auf den Rücken gefesselt und einen sog. „Spuckschutz" angelegt. Das wurde mit Benjamins HIV-Infektion begründet. Noch am Flughafen übergaben sie Benjamin den spanischen Polizisten.
Nachdem die Anwältin beim zuständigen Oberstaatsanwalt Eger telefonisch protestiert hatte, wurde ihr erlaubt mitzufliegen. Im Flugzeug war der hintere Bereich gemietet und abgetrennt. Die Anwältin, die nach wie vor nicht mit Benjamin sprechen durfte, konnte erreichen, daß ihm die Plastikfesseln abgenommen werden. Mit einem Messer aus dem Iberia-Eßbesteck wurden diese dann in einer zwanzigminütigen Aktion durchgesägt, wobei die spanischen Polizisten Benjamin an den Handgelenken verletzten.

In Madrid angekommen, brachte man Benjamin sofort auf die Krankenstation des Knastes Carabanchel. Am nächsten morgen wurde er im Beisein seiner baskischen und deutschen AnwältInnen dem Haftrichter beim Sondergericht „Audiencia Nacional" vorgeführt. Gemäß der baskischen Zeitung „egin" erklärte seine Anwältin dort, daß Benjamin die beiden inhaftierten, angeblichen Mitglieder des ETA-Comando Barcelona, „Pipe" San Efinanio und Agurtzane Esquerra, nicht kenne. Diese beiden hatten unter Folter die Aussagen gemacht, auf der die Anklage gegen Benjamin basiert. Der Richter sagte, daß warscheinlich noch Ende des Jahres der Prozess gegen alle inhaftierten, angeblichen Mitglieder und UnterstützerInnen des Comando Barcelona beginnen werde.

Eine gute Nachricht ist, daß Benjamin bereits von vier Geschwistern einen 40minütigen Besuch (mit Trennscheibe) bekommen konnte. Er beklagte sich darüber, daß die hygienischen Zustände auf der

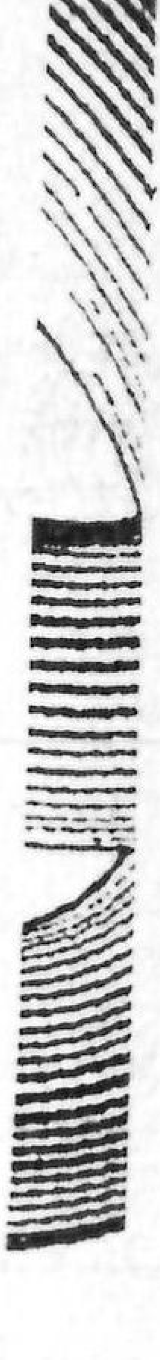
Krankenstation sehr schlecht seien und daß man ihm vegetarisches Essen verweigere.

Aus Protest gegen die Auslieferung gab es eine Kundgebung vor dem deutschen Konsulat in Barcelona mit 50 TeilnehmerInnen, die von der Polizei vetrieben wurde, wobei es zu einer Festnahme kam. Im Vorort Granollers, wo Benjamin aufgewachsen ist, wurden die Scheiben der Niederlassungen von Daimler Benz und der Deutschen Bank eingeschlagen, an das örtliche Gerichtsgebäude wurde „Freiheit für Benjamin, sofort!" gesprüht. Im baskischen Bilbao zertrümmerten Vermummte die Scheiben der Banco Gipuzciano und warfen zwölf Molotov-Cocktails in das Innere der Bankfiliale.

INTERNATIONALE AUFSTANDSBEKÄMPFUNG

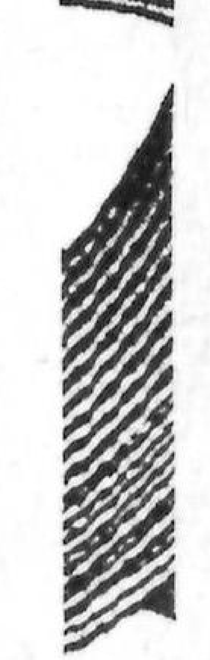
Schon am Nachmittag des 5.6. feierten die staatstragenden spanischen Medien die Auslieferung als Siegesmeldung im Kampf gegen den Terrorismus. Der Erfolg kommt nicht von ungefähr: im letzten Jahr haben auf EU-Ebene mehrere hochrangige und teilweise von Spanien initiierte Treffen zur besseren Koordinierung der europäischen „Terrorismusbekämpfung" stattgefunden. Die Vereinfachung von Auslieferungen war ausdrücklich als Ziel dieser Betriebsamkeit angeführt worden. Der neue spanische Innen- und Justizminister hat in den ersten drei Monaten seiner Amtszeit schon bei allen Regierungen, bei den Auslieferungsbegehren für angebliche ETA-Mitglieder anhängig sind, persönlich vorgesprochen. Diese Kampagne trägt jetzt Früchte: neben Benjamin wurden in den letzten Wochen auch insgesamt neum BaskInnen von Frankreich ausgeliefert. Der Auslieferung zweier BaskInnen aus Belgien, deren Fall seit 1992 Gegenstand eines heftigen diplomatischen Streits ist, muß nur noch das belgische Parlament zustimmen. In Portugal wurde ein Baske jetzt erneut in Auslieferungshaft genommen, nachdem das spanische Auslieferungsbegehren ursprünglich abgelehnt und der Mann schon freigelassen worden war.

In all diesen Ländern hat es in den letzten Jahren langwierige juristische Konflikte um spanische Auslieferungsbegehren gegeben, in denen immer die Menschenrechtssituation in Spanien im Mittelpunkt stand. Daß die gegen Spanien erhobenen Vorwürfe berechtigt sind, belegt eindrücklich der im März veröffentlichte Bericht der Europäischen Kommission zur Verhütung von Folter: hunderte politische Gefangene werden jährlich mit Schlägen, Erstickungen, Elektroschocks, Vergewaltigungen gefoltert. Gegen praktisch die gesamte Führung des Staatsapparates, der Polizeien, Geheimdienste und des Militärs wird wegen ihrer Verwicklung in die Aktivitäten der Todesschwadrone GAL ermittelt. Der Antiterrorspezialist Enrique Galindo, der noch im August 1995 zum General und Berater des Innenministeriums befördert wurde, sitzt inzwischen auch im Knast: einer seiner Kollegen sagte aus, daß Galindo an den Folterungen von Lasa und Zabala in einem Gebäude des Innenministeriums beteiligt gewesen sein soll. Lasa und Zabala, zwei baskische Flüchtlinge in Frankreich, waren von der GAL 1983 entführt und später gefoltert, ermordet und verstümmelt aufgefunden worden.



Was in Spanien läuft, ist offensichtlich. Deshalb kam auch das Berliner Kammergericht nicht umhin, die Auslieferung von Benjamin vorerst von Garantien der spanischen Behörden über die Einhaltung der Menschenrechte abhängig zu machen. Mit dem späteren Urteil zur Auslieferung setzte sich dann das Gericht über den eigenen Beschluß hinweg. An diesem Ablauf wie auch an der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes, und zwar sowohl betreffs des Inhaltes als auch der stillen Kooperation mit Bundesregierung und Polizei, läßt sich eine Tendenz ablesen, die genauso auf die entsprechenden Verfahren in anderen Ländern zutrifft: die Entscheidungsgewalt in politischen Auslieferungsverfahren wird auf die Ebene der Geheimdienste, Polizeien und Innenministerien gehoben und findet im Rahmen gegenseitiger Verpflichtung im Schengener Abkommen statt. Entscheidungen werden unabhängig von der Menschenrechtslage getroffen und unabhängig davon, was einzelne Gerichte sagen - falls sie überhaupt noch gefragt werden: Spanien hat in diesem Fühjahr ein informelles, *politisches* Abkommen über die Abschiebung baskischer Militanter vereinbart. Die Abmachung besagt, daß in Frankreich verhaftete BaskInnen zuerst dort verurteilt werden und nach Strafende an die Grenze gebracht und dort der spanischen Polizei übergeben werden sollen. In Spanien wartet dann ein neuer Prozess. Das ganze Verfahren, das schon praktiziert wird, ist durch keinerlei juristische Schnörkel geschmückt.





VERRECHTLICHUNG VON FOLTER

Noch im Februar 1995 hatte die Präsidentin des Bundesverfassungsgerichtes Jutta Limbach mit dem Blick auf die zahlreichen anhängigen Beschwerden gegen die Asylrechtsnovelle großmäulig angekündigt, das BVG lasse sich nicht zum Exekutionsorgan der Bonner Politik machen - um drei Monate später mit der Segnung der Kantherschen Abschiebepraxis genau das zu tun. Die (geringen) Hoffnungen, die wir auf das Beharrungsvermögen von scheinbar gegenüber den politischen Vorgaben auf ihre Unabhängigkeit pochende Gerichte gesetzt haben, sind nicht zum Tragen gekommen. Auch wenn die Feststellung des Berliner Kammergerichtes, daß in Spanien gefoltert werde, für einige Aufregung gesorgt hat, haben sich die Gerichte sehr gut in ihre Rolle eingefügt.

Das BVG weiß, woher der Wind weht und geht in vorauseilendem Gehorsam gleich einen Schritt

weiter. Die Folter wird nicht defensiv geleugnet, sondern offen legitimiert: *„das Kammergericht geht auch zutreffend davon aus, daß mit der Auslieferung des Beschwerdeführers elementare Anforderungen des Rechtsstaates oder gar der völkerrechtliche Mindeststandard auch dann nicht verletzt würden, wenn die Anschrift der Wohnung, in der der vom Beschwerdeführer unterzeichnete Mietvertrag gefunden wurde, nur aufgrund einer Aussage bekannt wurde, die durch Folter eines anderen Verdächtigen herbeigeführt worden war"* (aus der Ablehnung von Benjamins Beschwerde). Folter ist zwar (noch) nicht juristisch sanktioniert, aber die dadurch erhaltenen Erkenntnisse sind damit gerichtsverwertbar.

Die Klage wurde von drei RichterInnen des Zweiten Senats bearbeitet: die dem Opus Dei nahestende Lebensschützerin Katrin Graßhof, die ehemalige Berliner Justizsenatorin und Sozialdemokratin Jutta Limbach sowie ein gewisser Herr Kirchhof. Ein Verfassungsrichter, der nach der Asylentscheidung seinen Abschied nehmen mußte, Ernst-Wolfgang Böckenförde, konnte nicht mehr an der Entscheidung mitwirken. Der als „progressiv" verschriene Staatsrechtler, wie Frau Graßhof engagierter Lebensschützer und wie Frau Limbach Sozialdemokrat, setzt seine Laufbahn als Herausgeber der renommierten JuristInnenzeitschrift „der Staat" fort. Unter seine Ägide erschien in der Frühjahrsausgabe eine lange Abhandlung mit dem Titel: „darf der Staat ausnahmsweise foltern?", die von der Welt am Sonntag am 12.5.1996 begierig nachgedruckt wurde. In dem Artikel wird gefordert, daß Folter an politischen Gefangenen in der BRD zumindest diskutiert und perspektivisch auch verrechtlicht werden muß, um dem Staat zur Abwehr einer zukünftigen Bedrohung durch „Terrorismus" bereitzustehen. Verbrämt wird das Ganze mit einer an Peter Singer erinnernden, neoutilitaristischen Mathematik, in der das Leiden eines einzelnen „Terroristen" natürlich weniger wiegt als das Wohl des Staates. Böckenförde ist kein Neuling auf dem Gebiet. Um das Wohl des Staates besorgte er sich schon im deutschen Herbst, dessen nachträgliche Legitimierung er in den 80er Jahren eine ausgiebige publizistische Tätigkeit widmete.
Für das in diesen Kreisen verfolgte Ziel der Verrechtlichung von Folter ist die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes ein Baustein.

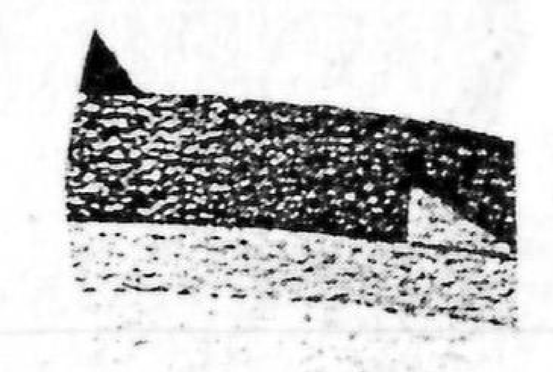
Anmerkung:
Wir kommen nicht umhin festzustellen, daß uns im Laufe des Auslieferungsverfahrens überall an entscheidenden Stellen gestandene SozialdemokratInnen begegnet sind, die sich in einer Art und Weise für den Staat einsetzen, wie es dem Bluthund aus der Parteigeschichte würdig gewesen wäre. Da ist der Berliner Kammerrichter Nöldeke, der Benjamin noch im April 1996 mit sofortiger Zwangsernährung im Falle eines eventuellen Hungerstreiks drohte. das ist sein Steckenpferd: er forderte schon in den 80er Jahren, hungerstreikenden Gefangenen das Trinkwasser zu entziehen oder sie durch die „Tortur der Zwangsernährung" (O-Ton Nöldeke) gefügig zu machen. Da ist Jutta Limbach, Präsidentin des Bundesverfassungsgerichtes, die - als fortschrittlich geltend - mal schnell den Ergebnissen von Folter höchstrichterliche Weihen verleiht. Nicht zu vergessen Böckenförde, der - ganz Lebensschützer - in der Freizeit das Ungeborene verteidigt und werktags darüber sinniert und sinnieren läßt, was alles erlaubt sein muß, um Gefahr vom Staat abzuwenden. Ein Gruselkabinett.

Wer weitere Informationen möchte oder Benjamin besuchen will, melde sich bei uns:
Solidaritätskomitee Benjamin Ramos Vega, Wilhelmstraße 9, 10963 Berlin; Fax 030 - 2518539

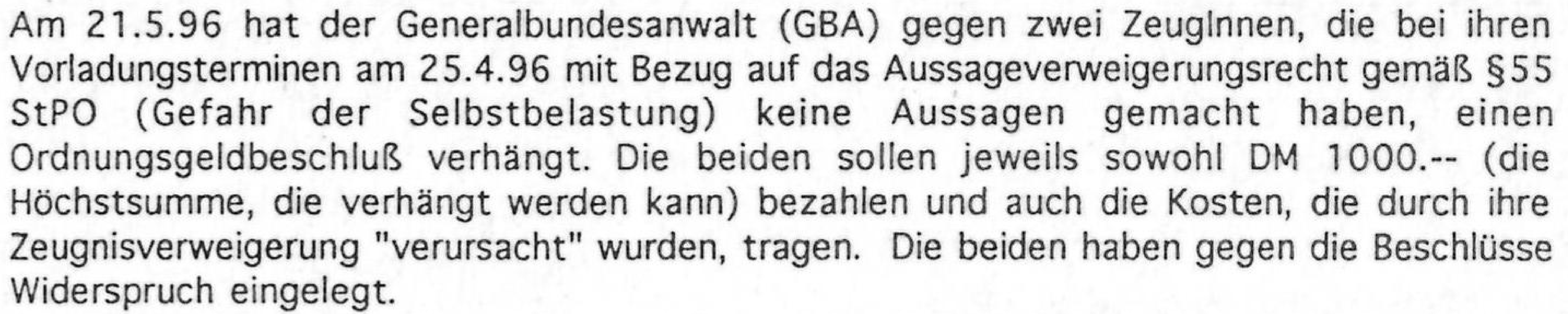
Schreibt an Benjamin (möglichst in spanisch):
Benjamin Ramos Vega, Centro Penitenciario Madrid I Hombres (Modulo Enfermeria)
Apartado 2700728044 Madrid, Spanien

Wir brauchen Spenden für Besuche und die geplante internationale Prozessbeobachtung:
M.Wegner, Konto 771781104, Postbank Berlin, BLZ 100 100 10

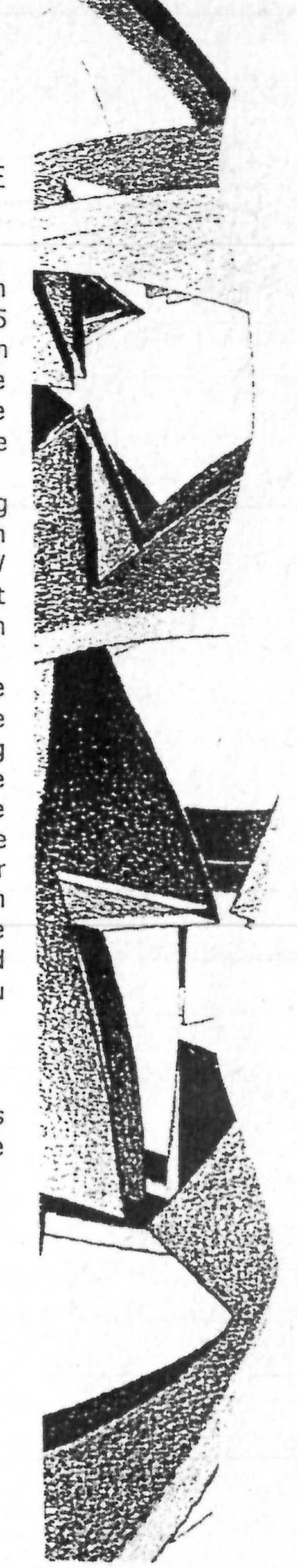




Betrifft: ZEUGINNENVORLADUNGEN IM K.O.M.I.T.E.E.-VERFAHREN



ERÄNZUNGEN ZU DEN INFOS DER "SELBSTHILFEGRUPPE ANYONYME AUSSAGEUNWILLIGE" in der Interim Nr. 380

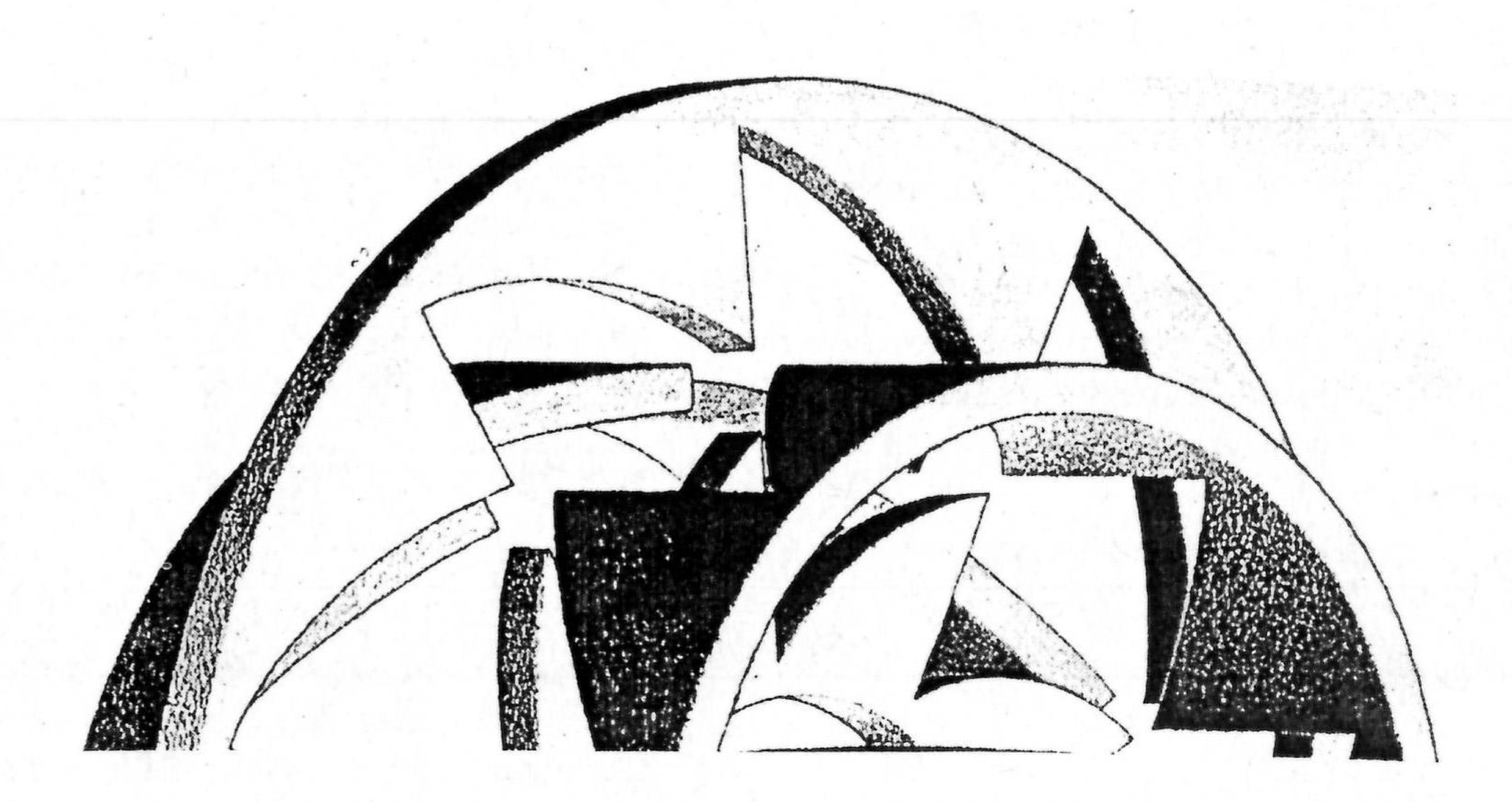


Am 21.5.96 hat der Generalbundesanwalt (GBA) gegen zwei ZeugInnen, die bei ihren Vorladungsterminen am 25.4.96 mit Bezug auf das Aussageverweigerungsrecht gemäß §55 StPO (Gefahr der Selbstbelastung) keine Aussagen gemacht haben, einen Ordnungsgeldbeschluß verhängt. Die beiden sollen jeweils sowohl DM 1000.-- (die Höchstsumme, die verhängt werden kann) bezahlen und auch die Kosten, die durch ihre Zeugnisverweigerung "verursacht" wurden, tragen. Die beiden haben gegen die Beschlüsse Widerspruch eingelegt.
Der GBA erkennt bei beiden nicht an, daß sie sich auf § 55 StPo beziehen. Als Begründung wird bei einem der ZeugInnen genannt, daß nur derjenige die Stellung eines Beschuldigten innehabe und somit ein Aussageverweigerungsrecht habe, der auch tatsächlich von der BAW als Beschuldigter geführt werde. Der Betroffene kann es jedoch auch weiterhin nicht ausschließen, daß gegen ihn ein § 129a- Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit dem K.o.m.i.t.e.e.-Ermittlungen laufen.
Zusätzlich wird den beiden ZeugInnen von der GBA unterstellt, daß es ihnen "...um die Geltendmachung derartiger Rechte garnicht geht, sondern daß... Weigerung als ein kollektive Demonstration gegen Strafverfolgungsbehörden versteht ..." (Zitat aus dem Beschluß). Beleg dafür sind in der Begründung des GBA die Kundgebungen der Selbsthilfegruppe Anonyme Aussageunwillige, die zum Zeitpunkt der Vernehmungen am Platz der Luftbrücke stattgefunden haben. Der GBA unterstellt den ZeugInnen also, sie seien in dieser Gruppe aktiv, kann das jedoch an keiner Stelle belegen. Zur Stützung ihrer Behauptungen zitiert der GBA-Beschluß aus dem Flugi der SAU-Gruppe:"Wir sind nicht dazu bereit, durch Aussagen Informationen für Fahndungs- und Ermittlungserfolge gegen das K.O.M.I.T.E.E. (oder wen die BAW dafür hält) zu liefern. Und wir lassen uns nicht durch die Androhung von Ordnungsgeld und Beugehaft dazu zwingen, Menschen, die uns persönlich und politisch nahestehen, zu denunzieren..".

In diesem Sinne werden wir die Betroffenen auch weiterhin unterstützen.
Jetzt gehts erstmal darum, daß Ihr schön tief in Eure Geldsäckel greift und kräftig auf das Solikonto spendet. Wir gehen davon aus, daß der GBA bald auf auf die eingelegten Widsprüche antworten wird.

SONDERKONTO Klaus Schmidt
Kto.nr.: 20610-106
BLZ 10010010
Postbank Berlin
Stichwort: "Staatsurlaub"

Wenns neue Infos gibt, melden wir uns sofort bei der geneigten Öffentlichkeit!





- politischer Gefangener in Dänemark

Eine kurze Darstellung seiner Lebensabschnitte und der aktuellen Sonderhaftbedingungen.

MARC RUDIN, geboren in der Schweiz , war viele Jahre aktiv im anti-imperialistischen Widerstand. In der Schweiz, in Frankreich und Italien.
Ab 1979 lebte er in Libanon und in Syrien.
Unter dem Namen *Jihad Mansour* betätigte er sich als Grafiker und Illustrator . Er gestaltete viele politische Plakate und Bilder , die den Kampf der Palästinenser und ihre Forderungen nach Rückkehr aus dem von den Zionisten erzwungenen Exil , in vielen Abschnitten beschreiben.
MARC wurde Aktivist der marxistisch orientierten palästinensichen Befreiungsfront PFLP.

KRIMINALISIERUNG UND DEPORTATION NACH DÂNEMARK

Im Oktober 1991 wurde Marc Rudin verhaftet, als er versuchte die Grenze von Syrien in das von der Türkei besetzte Kurdistan zu überschreiten. Nach einundhalb Jahren Knast in Istanbul wurde er schliesslich nach Dänemark ausgeliefert. Dër dänische Staat forderte Marcs Auslieferung, wegen einer angeblichen Teilnahme an einem Postraub im November 1988 in Kopenhagen. Der Erlös von ca. 3,5 Mill. Dm. soll der PFLP übergeben worden sein.

In Dänemark wurde MARC im Oktober 1993 dafür zu acht Jahren Knast verurteilt.
ER wurde ausschliesslich auf der Grundlage von konstruierten Beschuldigungen des dänischen Repressionsapparates verurteilt. So gab es keinerlei Beweismaterial / Dokumentation .
Aus unserer Sicht wurde Marc ausschliesslich stellvertretend als Repräsentant des aktiven, anti-imperialistischen , internationalen Widerstandes verurteilt.

DIE SONDERHAFTBEDINGUNGEN VON MARC RUDIN

MARC ist betroffen von verschiedenen Formen von ISOLATIONSHAFT.
So war er bis vor einem Jahr total abgeschirmt von sämtlichen sozialen Kontakten , sowie von studienmässigen und sportlichen Entfaltungsmöglichkeiten.
Darüberhinaus war er verschiedenen willkürlichen Chikanen ausgesetzt, wie z.B. tägliches mehrfaches Strip-search / Entkleidungsritual zwecks " Kontroll-veranstaltung".
Diese Praxis der angewandten Isolation als ***" Knast im Knast "*** , war ein klarer und umfassender Angriff auf Marc`s fhysische und psychische Integrität !
Die Folgeerscheinungen waren eine dramatische Verringerung von Marcs Gesundheitsstand , da sein im vorhinein hoher Blutdruck wegen den nichtvorhandenen Gymnastik-möglichkeiten rasch anstieg .
In dieser Situation wurde seine Isolation noch einmal gesteigert, indem er vom Knast in Kopenhagen nach Horsens , Jyttland deportiert wurde.
(6 Stunden sehr teure Fahrtdauer).
Weit entfernt also von seinen dänischen UnterstützerInnenkreis , die fast ausschlieslich aus Kopenhagen kommen.

DIE REPRESSION IST DIE WAFFE DER HERRSCHENDEN - SOLIDARITÄT IST UNSERE STÄRKE !

In dieser für Marc sehr polarisierten Situation, aktionierte eine Gruppe aus dem autonomen Spektrum kommende Aktivisten .
In Protest gegen die Knastbedingungen besetzten sie den Konferenzsaal der sozial-demokratischen Regierungspartei im dänischen Parlament.

INTERNATIONALE SOLIDARITÂT

Zeitsynchronisch zu dieser Solidaritäts-aktion aktionieren GenossInnen aus 11 Ländern mit unterschiedlichen Aktions-formen (vom Molliangriff in Paris auf ein dänisches Reisebüro bis zu


Marc Rudin, Horsens Statsfængsel

Protestmanifestationen bei den dänischen Botschaften / Konsulaten wie in Salzburg , Tokio und Damaskus, Russland , Australien, etc.) **in Solidarität mit Marc Rudin.**

GEFANGENENSOLIDARITÄT

Auch von Seiten der sozialen Gefangenen in dänischen Knästen gab es in Verbindung mit einen zu dieser Zeit gelaufenen Streik viele Solidaritätsbekundungen für Marc.

... UND DIE VERÄNDERUNGEN

Mit diesen Solidaritätsaktionen konnte das vorher errichtete Black-out in den Medien massiv durchbrochen werden, das Interesse in der Öffentlichkeit für die Situation von Marc Rudin war enorm. Das wiederum erzeugte den notwendigen Druck auf die PolitikkerInnenkaste und es wurden administrativ wesentliche Isolationsbedingungen, die vorher " als notwendige Sicherheitsveranstaltungen angesehen wurden ", hastig verändert. Von da an konnte Marc täglich Gymnastik betreiben. Er konnte ein Selbststudium beginnen und auch die schlimmsten Auswüchse der Isolation wurden gelockert.

DER KAMPF GEHT WEITER !

Trotz der verbesserten Bedingungen ist Marcs Situation im Knast noch immer geprägt von **Sonderhaftbedingungen.** Aus diesen Grund fordern wir :

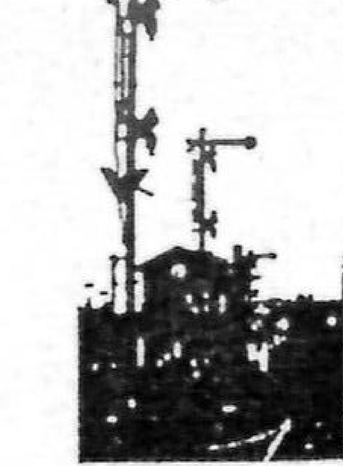
- ***DIE SOFORTIGE AUFHEBUNG VON JEGLICHER FORM DER ISOLATION !***
- ***DAS MARC IN DER ZEIT IN DER ER SICH NOCH IN DÄNEMARK BEFINDET, NACH KOPENHAGEN ZURÜCKGEFÜHRT WIRD.***
- ***DIE SOFORTIGE MÖGLICHKEIT EINES VOM KNAST UNABHÄNGIGEN ARZTES.***

AUSSERDEM FORDERN WIR DIE MÖGLICHKEIT DER FREIEN WAHL SEINES AUFENTHALTSORTES NACH SEINER ENTLASSUNG AUS DEM DÄNISCHEN KNAST. ALSO KEINE AUSLIEFERUNG AN DIE SCHWEIZ,DIE IHM NOCH MINDESTENS EIN VERFAHREN ANHÄNGEN MÖCHTE !!

Diese Forderungen kannst du / könnt ihr an die jeweilige dänische Botschaft senden. Das wäre *eine* konkrete Form der Solidarität!

Du / Ihr könnt auch an Marc persönlich schreiben:
Marc Rudin,
Horsens Statsfængsel,
Box 503
DK.- 8700 Horsens
Dänemark





Bad Kleinen: Die Wahrheit hat zehn Minuten Verspätung

Erinnert sich noch jemand?

Vor drei Jahren, am 27. Juni 1993, führte die Anti-Terror-Einheit des Bundesgrenzschutzes GSG 9 auf dem Bahnhof von Bad Kleinen eine Verhaftungsaktion zweier RAF-Mitglieder durch. Möglich wurde dieser Zugriff durch den Verfassungsschutz-Agenten Klaus Steinmetz. Nach einem Schußwechsel kamen Wolfgang Grams und der GSG-9-Beamte Newrzella ums Leben. Birgit Hogefeld wurde bereits vor dem Schußwechsel überwältigt und festgenommen.
Mehrere ZeugInnenaussagen (einer Kioskverkäuferin und eines BKA-Beamten) belegten, daß Wolfgang Grams, bereits schwerverletzt auf dem Gleis liegend, von der GSG 9 mit einem gezielten Kopfschuß hingerichtet worden ist. Ein „ungeheurer" Verdacht, der in den darauffolgenden Wochen zu großem Aufruhr in den bundesdeutschen Medien führte. Die Auflösung der GSG 9 wurde öffentlich diskutiert. Sämtliche Stellungnahmen der Verantwortlichen zeugten von hektischer Vertuschungspolitik. Wichtige Spuren „verschwanden" oder wurden vernichtet. Noch Wochen später wurden Projektile am Bahnsteig gefunden. Schließlich trat der damalige Innenminister Seiters zurück. Kanther wurde sein Nachfolger. Auch der Generalbundesanwalt von Stahl mußte seinen Hut nehmen.

Drei Jahre später...

Sämtliche Ermittlungsverfahren gegen die am Einsatz beteiligten GSG-9-Männer sind eingestellt worden. Die Kioskverkäuferin wurde mundtot gemacht, indem man sie für unglaubwürdig erklärte. Die - staatlicherseits von Anfang an gewollte - Version hat sich (zumindest juristisch) durchgesetzt: Wolfgang Grams soll Newrzella erschossen und daraufhin Selbstmord verübt haben. Gegen Birgit Hogefeld läuft seit anderthalb Jahren der Prozeß u.a. wegen Mord und sechsfachen Mordversuchs in Bad Kleinen. Die Bundesanwaltschaft stützt diese Anklage darauf, daß es in der RAF angeblich eine Absprache gibt, sich in Festnahmesituationen durch Waffengewalt zu verteidigen. Daher sei Birgit Hogefeld, obwohl sie nicht geschossen hatte, genauso verantwortlich für den Tod Newrzellas wie Wolfgang Grams. Das Ziel der Ankläger: Lebenslänglich für die „Pannen von Bad Kleinen"!

Klaus Steinmetz, der nach Bad Kleinen in die Obhut des Verfassungsschutzes gestellt wurde, belastete mit seinen Aussagen mehrere GenossInnen aus dem Widerstand. Dies führte zu verschiedenen Verfolgungsmaßnahmen, darunter auch zu bis zu sechs Monaten Beugehaft für einige Leute aus dem Rhein-Main-Gebiet.

Auf nach Bad Kleinen!

Weder die inszenierten Rücktritte noch die angeblich stichaltigen Gutachten können darüber hinwegtäuschen, daß der Tod von Wolfgang Grams bis heute nicht aufgeklärt ist. Im Gegenteil hat die Staatsanwaltschaft Schwerin, die den Eltern Grams die erneute Aufnahme der Verfahren gegen die verdächtigen GSG-9 Männer verweigerte, ihnen damit die letzte Möglichkeit auf bundesdeutscher Ebene genommen. Deshalb werden sie jetzt vor den europäischen Gerichtshof ziehen.

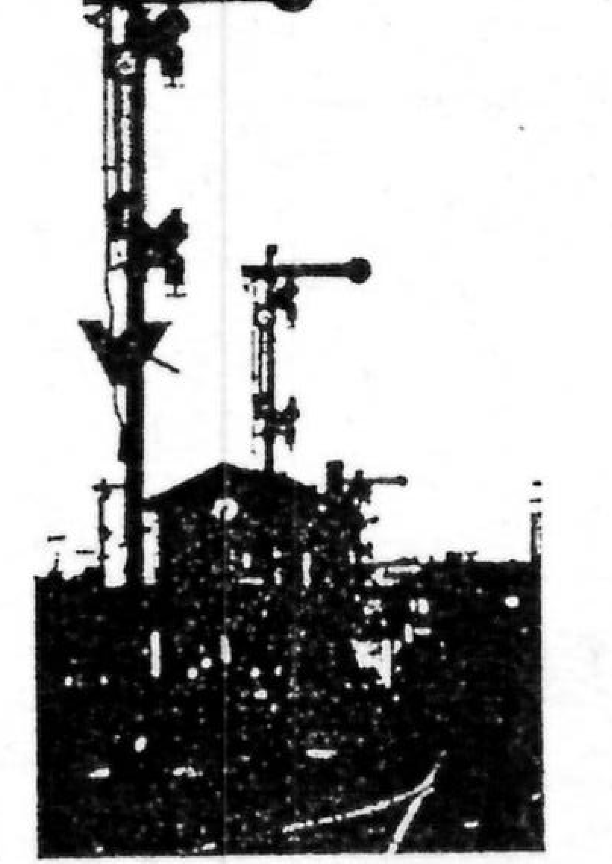
Der Prozeß gegen Birgit Hogefeld ist jetzt in einer brisanten Phase. Ein BKA-Beamter, der zur Ermittlungsgruppe zu Bad Kleinen gehörte, hat Anfang des Jahres seine Behörde wegen Vertuschung von Beweismitteln angezeigt. Er wurde dafür vom Dienst suspendiert. Nun trat er als Zeuge im Prozeß auf und vertrat dort außerdem, daß der besagte Anklagepunkt gegen Birgit Hogefeld keine Grundlage hätte.

Wolfgang Grams war nicht der erste - und wird wohl auch nicht der letzte sein, der wegen seiner politischen Betätigung mit Gewalt aus dem Weg geräumt worden ist. Im Gegenteil: Die zahllosen „Unglücksfälle" und „Selbstmorde" in der Geschichte systemoppositionellen Widerstands belegen deutlich, daß dieser mit staatlicher Gegenwehr zu rechnen hat, die bei der Wahl der Mittel kaum Grenzen kennt.

Setzen wir der staatlichen Selbstmordversion die Wahrheit entgegen

Aufklärung der Ereignisse in Bad Kleinen

Solidarität mit Birgit Hogefeld und den in diesem Zusammenhang Verfolgten



Kommt zur Kundgebung am Bahnhof Bad Kleinen

Samstag 29. Juni 1996, 15 Uhr.



Rote Hilfe e. V. • ViSdP: M. Sick, Kiel

Gegen ihre Lügen sagen wir:

Weil wir nicht in der RAF organisiert sind, waren wir nicht an Weiterstadt beteiligt.
Die RAF selber hat genug gesagt zu dem Staatsschutzkonstrukt "legale RAF". Die Lüge des Staatsschutzes, es gäbe eine "legale RAF" wird auch durch ständiges Wiederholen nicht wahrer.
Wir denken nicht daran, uns von der Aktion "Weiterstadt" zu distanzieren.
Der Knastneubau in der Nähe von Weiterstadt wurde gesprengt,weil er dafür bestimmt war, Menschen zu brechen. Die Aktion war ein Angriff gegen die vom Staat forcierte "Lösung", die durch ihn hervorgerufenen Probleme mit immer mehr Knästen zu beantworten. Deshalb fanden wir sie gut.

Seit Bad Kleinen, der Hinrichtung von Wolfgang Grams und der Verhaftung von Birgit Hogefeld, versuchen sie, ihren V-Mann Steinmetz verstärkt dafür auszuschlachten, das Konstrukt "legale RAF" anwendbar zu machen.
Das läuft jetzt als Teil der insgesamten Repressionswelle des Staates mit dem Ziel gegen Frauen und Männer, die politisch aktiv waren und sind, vorgehen zu können.

Es gab bis jetzt etliche Verfahren und eine ganze Reihe ZeugInnenvorladungen. Das Vorgehen gegen das Wohnprojekt in der Fritzlarerstr. in Ffm und gegen Andrea W., die mittlerweile wegen des Anschlages auf Weiterstadt gesucht wird und in diesem Wohnprojekt gelebt hat, ist ein Beispiel dafür.
Vier ihrer MitbewohnerInnen saßen in Beugehaft, seit dem 11.5.1996 sind alle wieder draußen.
Insgesamt wurde das Wohnprojekt viermal durchsucht.
Der Fokus hat mit seiner Berichterstattung entschieden dazu beigetragen, diesen stattlichen Terror in der Öffentlichkeit politisch zu legitimieren.
Er lanciert scheinbare Fakten und bereitet Kriminalisierung in der Öffentlichkeit vor. So wurde der Haftbefehl gegen Andrea W. schon Monate vorher im Fokus propagandistisch vorbereitet.
Es ist nicht neu, daß Medien die Politik des Staates propagandistisch unterstützen sollen. Tun sie das nicht, sondern unterstützen sie den Widerstand, so können sie sehr schnell verboten werden (Bsp. Radikal).
Es hängt jedoch von uns allen ab (so auch von den JournalistInnen), wie leicht wir es mit dem Staat und den Medien machen zu lügen, zu hetzen und zu kriminalisieren.

Damit die Verhältnisse hier und international so bleiben, wie sie sind - für die Mehrheit der Menschhheit beschissen - wollen die HERRschenden in diesem Deutschland jeden radikalen Widerstand und Kampf um Befreiung verunmöglichen und zerschlagen.
Werden sie aber nicht !
Wir erklären uns solidarisch mit allen von Beugehaft bedrohten und in Beugehaft Sitzenden !

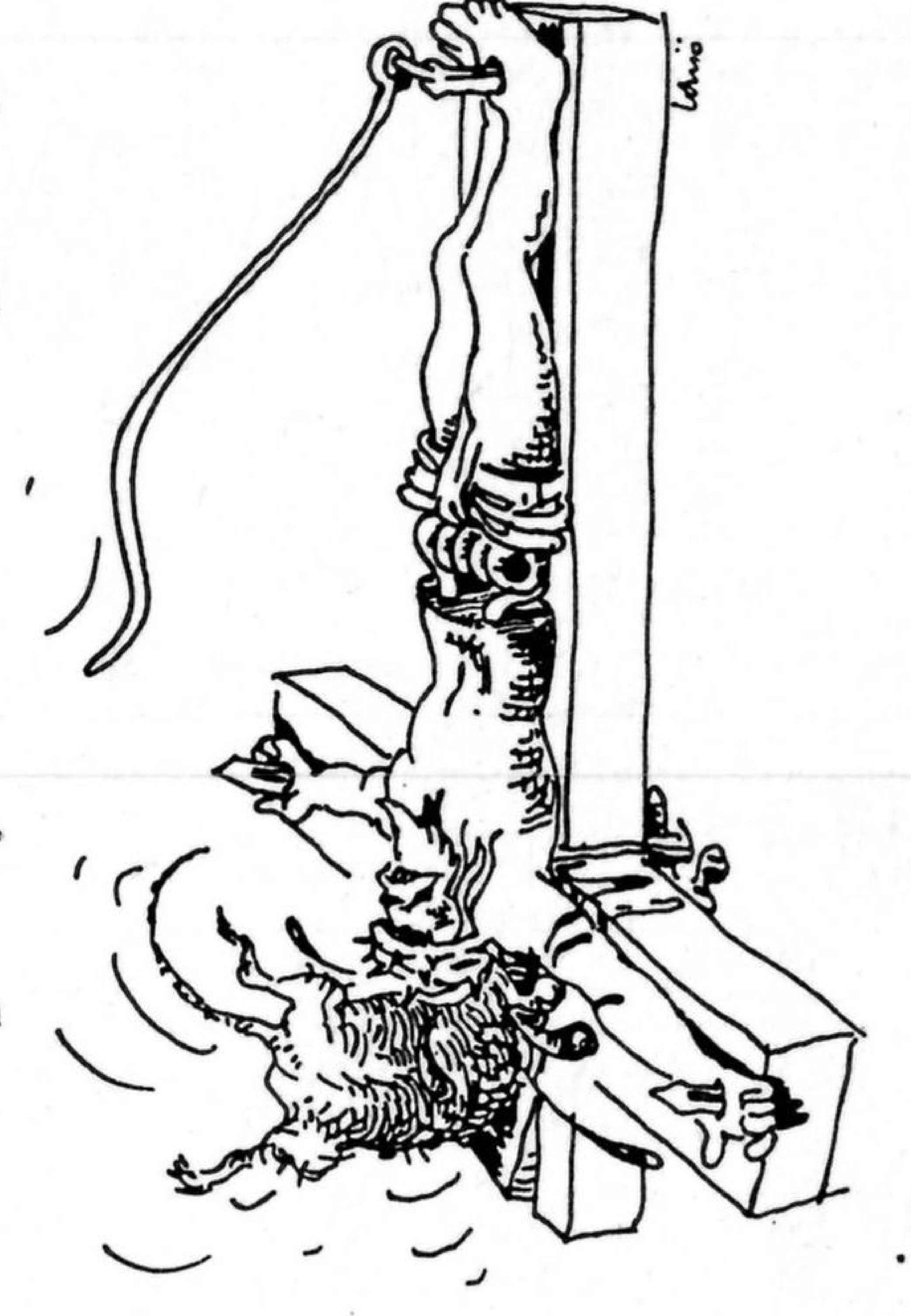
Viele liebe Grüße für Andrea und alle Untergetauchten!

Viele solidarische Grüße an die inhaftierten KurdInnen und alle, die im Knast Widerstand leisten, von denen wir nicht mal wissen!

Weg mit den §§129/129a!

Freiheit für alle politischen Gefangenen!

Für eine Gesellschaft ohne Knäste und Zwangsanstalten!



VIELEN DANK FÜR EURE GRÜßE VOM MUMI-ABU-JAMAL-REGIONALTREFFEN IN KÖLN (24.3.). VIELLEICHT KÖNNT IHR DIE 2 SEITEN, DIE ICH BEIGELEGT HABE, IN DIE AUSSTELLUNG INTEGRIEREN.

REVOLUTIONÄRE GRÜßE, Bernhd

ALS MUSLIMISCHE POLITISCHE GEFANGENE UNTERSTÜTZEN WIR DIE AUSSTELLUNG "ART AND WRITINGS AGAINST DEATH PENALTY - INTERNATIONAL POLITICAL PRISONERS UNITE TO SAVE MUMIA ABU JAMAL". GERADE ANGESICHTS DER SCHWÄCHE DES REVOLUTIONÄREN WIDERSTANDS IN DEN USA UND WESTEUROPA BEGRÜßEN WIR, DAß SO VIELE VERSCHIEDENE POLITISCHE GEFANGENE ZU DER AUSSTELLUNG BEITRAGEN. MICHAEL UND ICH SIND IN DER JVA LÜBECK BZW. IN DER JVA KÖLN UNTER DEN BEDINGUNGEN INHAFTIERT, FÜR DIE DIE BRD BERÜCHTIGT IST: VOLLSTÄNDIGE EINZELISOLATION EINSCHLIEßLICH PERMANENTER ZELLENRAZZIEN UND GANZKÖRPERDURCHSUCHUNGEN.

INTERNATIONAL STEHT DIE AUSEINANDERSETZUNG MIT DER POLITIK DER USA FÜR VIELE MENSCHEN GANZ OBEN AUF DER TAGESORDNUNG. DIE POLITIK DIESER SUPERMACHT KANN VON MENSCHEN, DIE EINEN REVOLUTIONÄREN STANDPUNKT VERTRETEN, NICHT WIDERSTANDSLOS HINGENOMMEN WERDEN. INSBESONDERE FÜR JEDE REVOLUTIONÄRE MUSLIMA UND JEDEN REVOLUTIONÄREN MUSLIM IST DAS US-SYSTEM EINE UNERTRÄGLICHE PROVOKATION.
IN DIESEM ZUSAMMENHANG SIND JENE MENSCHEN WICHTIG, DIE DIE VERHÄLTNISSE IN DEN USA KLAR UND DEUTLICH BENENNEN. BESONDERS NACHDRÜCKLICH HAT MUMIA ABU JAMAL, DER BEKANNTESTE POLITISCHE GEFANGENE IN DEN USA, DAZU IN DEN VERGANGENEN JAHREN IMMER WIEDER BEIGETRAGEN.
WIR WÜNSCHEN ALLEN, DIE SICH AN DER KAMPAGNE ZUR VERTEIDIGUNG DES LEBENS VON MUMIA ABU JAMAL BETEILIGEN, MUT ZUR INITIATIVE UND DEN LANGEN ATEM, DEN DIESE KAMPAGNE BRAUCHT.

MIT SOLIDARISCHEN GRÜßEN, BERNHARD FALK (JVA KÖLN).

Politische Gefangene in Griechenland

Den griechischen Knästen fehlte es nie an politischen Gefangenen, weder an Jugendlichen, kämpfenden Arbeitern noch an Kämpfern aus der anarcho und antikapitalistischen Szene, die sogenannten "Terroristen".

Die Zahl der Gefangenen entsprach immer der Entwicklung der politischen Bewegung und entsprechend verstärkte der Staat seine politischen Maßnahmen gegen diese.

In den letzten Jahren haben wir eine Verschärfung und ein Ausbreiten der staatlichen Unterdrückung zu spüren bekommen. Das hat hauptsächlich mit der gewaltigen Umstrukturierung des Kapitals zu tun und der dadurch ausgelösten sozialen Ungerechtigkeit. Dies erzeugt starken Widerstand in der Gesellschaft, und entsprechende Aktionen müssen mitunter aus dem gesetzlichen Rahmen fallen.

Der Staat versucht mit den ihm zur verfügungstehenden Mitteln (Polizei, Justiz, Massenmedien), seine Haltung gegenüber politischen Bewegungen Andersdenkender zu verstärken und gleichzeitig mit spektakulären Aktionen gegen diese, eine Art Warnsignale für den anderen Menschen der Gesellschaft zu setzen.

So zum Beispiel wurden folgende Maßnahmen in letzter Zeit eingeleitet:

1. Die Polizei hat jetzt neue Spezialeinheiten, die mit neuen Waffen ausgerüstet wurden. Polizeipräsenz, Polizeiblockaden, Personenkontrollen sind in Athen alltäglich geworden.

2. Die Richter versuchen ständig, sich neue und größere Handlungräume zu schaffen. Sehr oft ergänzen sie die staatliche Gewalt und verschärfen von alleine die verhängten Strafen, unabhängig, ob es sich um eine politische oder eine einfache kriminelle Tat handelt (z.Bsp. 12,5 Jahre für einen Molotow)
   Die Urteile gegen Ausländer sind natürlich noch weitaus härter.

Die griechischen Gefängnisse sind permanent überfüllt, zur Zeit befindenen sich doppelt so viele Gefangene in den Gefängnissen als eigentlich für diese zugelassen sind.

Außerdem gibt es Pläne zur Schaffung eines Gremiums von Richtern, die durch der Regierung geschützt und die anonym bleiben werden und die besondere Rechte und Macht haben. Sie werden hinter verschlossenen Türen Prozesse führen können und ohne Anwesenheit von Schöffen. Und das alles im Namen der Bekämpfung des "Terrorismus".
Treue Mitstreiter der Polizei und der Justiz sind die Massenmedien, die emsig bemüht sind einen sozialen Konsens zu schaffen. Oft werden Ereignisse durch die Massenmedien verzerrt und dadurch verfälscht präsentiert. Sie entwickeln ein Bild vom " Chaos und Zerstörung des Staates" mit dem Ziel der Rechtfertigung der staatlichen Maßnahmen, die sich angeblich nur um die Wiederherstellung von Recht und Ordnung bemühen. Ein sehr treffendes Beispiel für eine solche Verzerrung von Wahrheit ist die Aktion im November 1995 gegen die Besetzung des Polytechnio in Athen.

Heute befindenen sich in den griechischen Knästen als politische Gefangene:

Mohammed Hamdan: Palästinenser, festgenommen in Frühjahr 1988. Er bekam 18 Jahre für einen Bombenanschlag auf ein Flugzeug der PANAM, den er ausgeführt haben soll (eine Behauptung ohne Beweise). Sein Prozeß war ein typisches Schnellverfahren und die Zeugen der Anklage waren FBI-Agenten. Die US-Regierung forderte und fordert noch immmer seine Auslieferung, das würde aber seinen Tod bedeuten.

Odysseas Kambouris: Anarcho, Gefangener
Ihm wird vorgeworfen an einem Überfall auf die KKE- Zentrale (Kommunistische Partei Griechenlands) bei dem die Waffen eines Wachpolizisten erbeutet wurden, teilgenommen zu haben. Ein Motorradhelm, der angeblich ihm gehörte, diente bei dem Prozeß gegen ihn als Beweismittel. Er wurde zu 5 Jahren Knast verurteilt.

Theodoros Triantafilis : Verurteilt zu 6 Jahren Gefängnis für die Beschädigung der Einrichtungen des Polytechnio bei der 17- tägigen Besetzung 1990, nachdem der Polizist freigesprochen wurde, der bei einer Auseinandersetzung 1985 den Anarcho M. Kaltesas getötet hat.

3 Jugendliche befinden sich seit 3 Monaten in Untersuchungshaft mit der Anklage wegen Brandstiftung in Schulbussen.

Nikos Karatsas, Schüler, 1995 bei einer Schülerdemonstration festgenommen und sitzt in Knast mit der Anklage, einen Molotow in seiner Tasche transportiert zu haben.

Mit Gewalt erpreßte Aussagen und zurechtgezimmerte Anklagen haben in letzter Zeit viele Jugendliche in Griechenland ins Gefängnis gebracht.

Im November 1995 haben 1500 Jugendliche und Leute das Polytechnio in Athen besetzt. Daraufhin fuhren sofort Polizeieinheiten vor das Gebäude und begannen gleich mit einem regelrechten Chemie-Krieg. Die Besetzung hatte sich mit den politischen Gefangenen und dem Knast-Aufstand (Korydalos), der sich auf ganz Griechenland ausbreitete, solidarisch erklärt. Nach diesem unerhörten "Krieg", der 16 Stunden vor dem Polytechnio tobte, wurden **540 Leute** festgenommen und in die Polizeihauptzenrale von Athen transportiert und dort vorläufig für 3 Tage festgehalten. Bis vor kurzem gingen die Prozesse gegen **300** Leute, die alle zu 40 Monaten Knast wegen Hausfriedensbruch, Fahnenverbrennung (20 Monate) und mutwilliger Zerstörung öffentlichen Eigentums verurteilt wurden, diese sind zur Zeit noch frei, weil sie in die Berufung gegangen sind. Unter diesen Festgenommenen befanden sich **9** Genossen für die schon vorher ein Festnahmebefehl vorlag.
Die Geschichte ist bis jetzt noch nicht abgeschlossen.

Der Thriller geht weiter.

Freiheit für Jorgos Balafas

Der griechische Staat nimmt Leute fest, hauptsächlich aus der anarcho und libertären Szene, um damit seine antiterroristische Arbeit/Haltung zu demonstrieren. Leute, die in der Szene für ihre sozialen Aktivitäten bekannt sind, werden von dem Staat für terroristische Aktionen angeklagt. Sie bleiben für eine Zeit in Untersuchungshaft, aber am Ende werden die Anklagen gegen sie niedergeschlagen und sie werden freigesprochen.
Ähnlich ging der Staat auch gegen Balafas vor. Er ist ein in Griechenland bekannter und aktiver Kämpfer aus der libertären Szene. In den Augen des Staates erfüllt er alle Voraussetzungen, um als Terrorist abgestempelt zu werden. Er ist ein Verwandter von Christos Zouzouvis, der 1985 bei einer Auseinandersetzung mit der Polizei getötet wurde. Bei dieser Aktion wurden auch 3 Polizisten getötet. In diesem Moment beginnt Balafas' strenge Verfolgung durch die Staatssicherheit und die Justiz. Zu erst wird er für die Teilnahme an dieser Auseinandersetzung und dann noch für die Tötung eines Richters verfolgt und angeklagt. Daraufhin sieht sich Balafas gezwungen unterzutauchen, um sein Leben zu retten. Er erklärt: " Ich bin zur Zielscheibe der Polizei geworden und mein Leben ist in Gefahr." Bewaffnete Truppen der Polizei dringen in sein Haus ein. Auf offener Straße wird ein Auto beschossen, weil die Staatssicherheit annimmt, in diesem Auto ist Balafas. Die Jahre verstreichen. Balafas' Untertauchen gibt der Staatssicherheit die Möglichkeit, ihn mit bestimmten "terroristischen" Ereignissen in Zusammenhang zu bringen. Gleichzeitig werden auch andere politische und soziale Kämpfer wegen "terroristischer" Akivitäten festgenommen und eingeknastet. Der nichtanwesende Balafas wird immer als Mitangeklagter genannt. 1992 wird Balafas entdeckt und festgenommen, sofort bekommt er eine Anklage wegen Mitgliedschaft im '17. November' von Vizepräsidenten der Polizei ohne das irgendwelche Beweise dafür vorliegen. Sofort entsteht eine Solitaritätsbewegung zur Unterstützung von Balafas.
Er bleibt trotzdem für 2 Jahre in Untersuchungshaft. Der Prozeß dauert 6 Monate und am Ende wird er von seinen teilweise schwerwiegenden 20 Anklagepunkten freigesprochen. Der Staatsanwalt geht daraufhin in die Berufung.
Balafas beginnt einen Hungerstreik, um freigelassen zu werden.
Gleichzeitig verurteilt die USA in ihrem Jahresbericht des State Department '95 die griechische Regierung für diesen Freispruch. Daraufhin wird 1995 wieder der Prozeß mit den gleichen Anklagepunkten wiederaufgenommen, die eigentlich schon beim ersten Prozeß abgewiesen wurden. Diesmal plädiert der Staatsanwalt für Freispruch.
Vertreter der USA-Regierung intervenieren und fordern die Aburteilung von Balafas. Die Richter befolgen diese Anweisung und Balafas bekommt 10 Jahre Knast. Im Jahresbericht des State Department '96 wird die Verurteilung Balafas' belobigt und man zeigt sich zufrieden mit der griechischen Regierung. Die Verurteilung Balafas' löst eine neue Welle der Solidarität aus. Hingegen das Einschreiten der USA in griechische Angelegenheiten und das Verhalten der griechischen Justiz wird scharf kritisiert und verurteilt wird. Es wird deutlich, das ein Plan zur Vernichtung Balafas', organisiert durch die CIA, existiert, der von Seiten der griechischen Regierung und der Justiz akzeptiert und unterstützt wird. Dieser Plan unterstützt eine Reihe von Prozessen gegen Balafas, die im September beginnen werden und deren Urteile schon vorgezeichnet und entschieden sind. Die Anklagepunkte gegen Balafas sind schwerwiegend (unteranderem Morde, Überfälle und Errichtung illegaler Stützpunkte etc.)

Unsere Solidarität ist so wichtig wie noch nie und sie muß die Grenzen Griechenlands überschreiten. Wir rufen deshalb alle Gruppen und Zusammenhänge zur Solidarität auf.

Jorgos Balafas darf nicht länger eine Geisel des griechischen Staates bleiben.

radikal 135 oktober '88 5 Mark

Solidarität ist eine Waffe!

Voraussichtlich im Juni findet ein Prozeß gegen eine Genossin statt, die an der Spontandemo gegen das Demoverbot am 18.11 in Köln teilgenommen hat.

Am 18.11. 1995 sollte in Köln eine bundesweite Solidaritätsdemonstration mit dem kurdischen Befreiungskampf stattfinden. Sie richtete sich gegen den kolonialistischen Krieg der Türkei in Kurdistan, gegen die Beteiligung der BRD an diesem Krieg und gegen das Verbot der kurdischen Arbeiterpartei PKK in der BRD. Die Demo wurde von nicht-kurdischen Gruppen organisiert. FrauenLesben hatten zu einem eigenen Block mobilisiert, um damit ihre besondere Verbundenheit mit dem Kampf der kurdischen Frauen zum Ausdruck zu bringen.
Die Demo wurde im Vorfeld verboten mit der offiziellen Begründung, sie sei eine getarnte Großdemonstration der PKK. Die deutsche Staatsmacht setzte alles daran, die Demo zu verhindern. Sie hinderte Demoteilnehmerinnen aus anderen Städten daran, loszufahren, sie kontrollierte alle Autobahnausfahrten und Zugverbindungen nach Köln, riegelte die Innenstadt vollständig ab und nahm im Vorfeld viele Personen fest.
Allen „nicht-deutsch" aussehenden Personen wurde der Zugang zur Stadt verwehrt. Diese rassistische Maßnahme war vorher von den Medien durch massive Hetze vorbereitet worden.
Ca 500 Demoteilnehmerinnen und -teilnehmern gelang es trotz allem, sich an der Domplatte zu sammeln, um gegen das Demoverbot zu demonstrieren. Nach 50 Metern wurden sie von der Polizei eingekesselt und über 300 FrauenLesben und Männer festgenommen (Ingewahrsamnahme).
Ein Großteil der Festgenommenen wurde in die Polizeischule nach Brühl gebracht, andere mußten vor dem Polizeipräsidium in Köln mehrere Stunden draußen in der Kälte ausharren.

In Brühl wurden die meisten FrauenLesben und Männer brutal ED-mißhandelt; eine Frau wurde - an Händen und Füßen gefesselt - nackt ausgezogen und dabei an Ohnmachtspunkten gepreßt!
Die Bullen hielten alle gefangenen FrauenLesben und Männer viele Stunden fest, bevor sie sie am Stadtrand aussetzten.

Zwei FrauenLesben haben nun eine Anzeige wegen Widerstand und Körperverletzung bekommen. Der erste Prozeß findet wahrscheinlich noch im Juni in Brühl statt.

Das Verbot der Demo und die Brutalität, mit der es durchgesetzt wurde, zeigt, daß die Staatsmacht internationale Solidarität mit dem kurdischen Befreiungskampf mit allen Mitteln verhindern will.
Die BRD ist Kriegspartei im Kampf, gegen die kurdische Befreiungsbewegung. Sie unterstützt die Türkei auf politischer, ökonomischer und militärischer Ebene in ihrem blutigen kolonialistischen Krieg gegen die kurdische Bevölkerung.
Die Türkei ist vor allem für die USA und die BRD wichtig zur Durchsetzung ihrer imperialistischen Interessen. Die Türkei bildet die Südostflanke der NATO und soll den Zugang zu den rohstoffreichen ehemaligen Sowjetrepubliken und den reichen Erdölvorkommen im arabischen Raum gewährleisten. Die BRD ist auch der zweitgrößte Waffenexporteur in die Türkei, bzw. türkische Firmen produzieren die Waffen unter deutscher Lizenz.
Dementsprechend geht die deutsche Staatsmacht auch in der BRD gegen die Kurdinnen und Kurden vor, die sich mit der kurdischen Befreiungsbewegung verbunden fühlen. Seit Jahren werden kurdische Vereine kriminalisiert, kurdische Veranstaltungen und Demonstrationen verboten.

Diese Verbote werden mit massiver Polizeipräsenz, vielen Festnahmen und anschließenden Verfahren durchgesetzt. Zur Zeit sind etwa 900 Ermittlungsverfahren gegen Kurdinnen und Kurden bekannt, über 100 kurdische politische Gefangene sitzen in bundesdeutschen Knästen ein. In Stuttgart, Hamburg, Frankfurt und demnächst auch in München finden große 129a-Verfahren gegen „Mitglieder einer sogenannten terroristischen Vereinigung innerhalb der PKK“ statt. Die rassistische Hetze hier in der BRD fällt auf fruchtbaren Boden. Das politische Klima wird verschärft; die BRD ist auf dem Weg zur faschistischen Großmacht. Ihre Expansionspolitik gen Osten, die militärische Präsenz in Jugoslawien etc. sprechen eine deutliche Sprache.

Gesetze, Polizei- und geheimdienstliche Möglichkeiten werden verschärft und ausgebaut. Das bedeutet auch eine Verschärfung der Lebens- und Kampfbedingungen für die feministische und linke Bewegung.

Der kurdische Befreiungskampf steht für den ungebrochenen Mut und die Kraft, für die Befreiung aufzustehen und zu kämpfen. In der derzeitigen weltweiten Situation des geschwächten Kräfteverhältnisses der Befreiungsbewegungen im Kampf gegen den Imperialismus ist der kurdische Befreiungskampf eine wichtige Stärkung und Orientierung für die unterdrückten Völker dieser Erde. Er zeigt, daß Widerstand gegen Imperialismus und Kolonialismus möglich ist, egal, mit welchen Mitteln die Imperialisten auch versuchen, ihn zu vernichten. Schon immer haben sich die Frauen und Männer gegen ihre Ausbeutung und Kolonialisierung gewehrt. Immer wieder gibt es in der Geschichte der Befreiungsbewegungen Erfolge und Niederlagen. In der jetzigen Situation würde ein Sieg des kurdischen Befreiungskampfes die Lage zugunsten der Befreiungskämpfe weltweit positiv verändern.

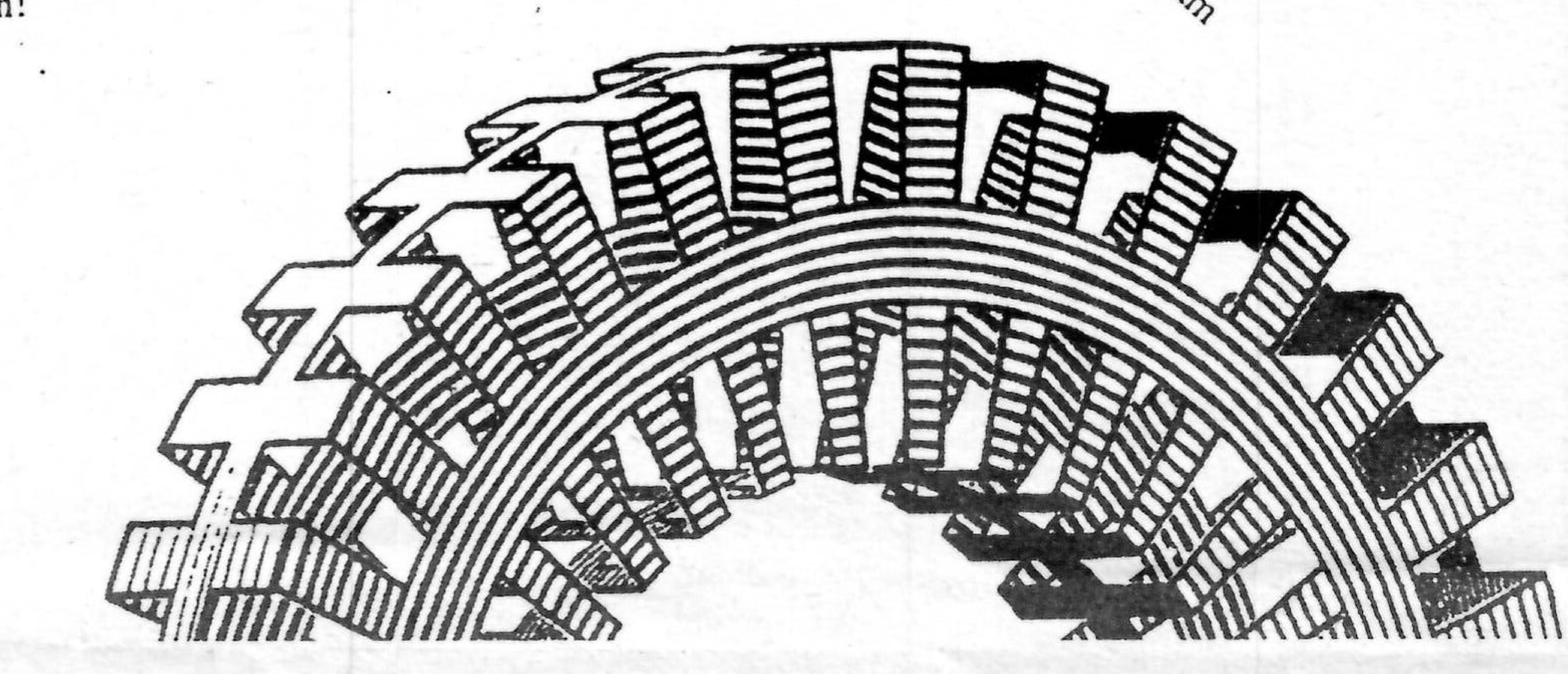
Wir kämpfen als internationalistische FrauenLesben gegen das imperialistische Patriarchat mit der Perspektive unserer Befreiung weltweit. Mit den Kurdinnen verbindet uns, daß auch sie für eine umfassende, gesellschaftliche Veränderung kämpfen. Die kurdische Frau hatte in der herrschenden kolonialisierten kurdischen Gesellschaft keinerlei Möglichkeiten, sich zu entfalten und eine unabhängige Persönlichkeit zu entwickeln. Sie wurde im Haus eingesperrt und durfte nicht mal am Dorfleben teilnehmen.

Indem die kurdischen Frauen sich in der Befreiungsbewegung und der Frauenorganisation YAJK organisieren und für die revolutionäre Veränderung der kolonialistischen, halbfeudalen und patriarchalen Gesellschaft kämpfen, haben sie viel Selbstbewußtsein und Stärke entwickelt. Sie gehen auf dem Weg der Befreiung voran. Wir können viel von ihrem Kampf lernen, obwohl wir in sehr unterschiedlichen Verhältnissen leben und kämpfen.

Die deutsche Staatsmacht versucht, eine gegenseitige Solidarität und Stärkung und ein Aufeinanderzubewegen zu verhindern. Deswegen haben sie in Köln die Demo verhindert. Bei der Demo am 9.März in Bonn zum internationalen FrauenLesbenkampftag ist ihnen das nicht gelungen. Sie war eine gemeinsame stärkende Erfahrung von kurdischen und nicht-kurdischen FrauenLesben gemeinsam. Es war eine internationalistische feministische wegweisende Demonstration! Ein gemeinsamer Widerstand kann noch viel mehr FrauenLesben mobilisieren, daß es sich lohnt zu kämpfen!

Hoch die internationale feministische Solidarität!

Gehen wir mit vielen zum Prozeß nach Brühl und unterstützen die angeklagte Frau! Besuchen wir die Prozesse der kurdischen Freundinnen und Freunde in Stuttgart, Hamburg, Frankfurt und München und anderswo! Organisieren wir FrauenLesbenprozeßtage wie am 15.Mai in Hamburg!



Keine Ruhe für Menschenjäger!

Wir haben heute die Sommernacht genutzt und das Privathaus und den Arbeitsplatz des Menschenjägers Werner Beckert mit reichlich Farbe und einigen Parolen besucht. Beckerts Schreibtisch steht im Hauptzollamt in Vohwinkel, seine Privatadresse ist die Mainstraße 35. Als Vorsteher des Hauptzollamtes Wuppertal koordiniert er die Menschejagden gegen Illegale. Zusammen mit Dieter Lüdorff, dem Koodinator zur Bekämpfung des "Leistungsmißbrauchs" beim Arbeitsamt Wuppertal; mit Peter Rack, Leiter des Referats zur Bekämpfung der illegalen Beschäftigung beim Landesarbeitsamt; mit Manfred Gries, Hauptzollamt Wuppertal und nicht zuletzt Randolf Frind, Chef des Zollamtes West ist er verantwortlich für die Verhaftung von Hunderten von Illegalen, die nach Verhör, ED-Mißhandlung durch die Wuppertaler Bullen in Abschiebeknästen wie in Büren landen.
Während die Unternehmer nur lächerliche Strafen bezahlen müssen, werden die ArbeiterInnen um ihren Lohn betrogen und ihrer Freiheit beraubt. Von der Baustelle, vom Restaurants, von Tankstellen in dn den Abschiebeknast, das ist immer häufiger der Weg von Flüchtlingn die versuchen in diesem Land ihr Überleben zu sichern.
Unser Kampf gegen staatlichen Rassismus sollte diese Herren nicht vergessen, der olle Brecht hat ja treffend gesagt: Das Unrecht hat Name und Adresse,

Wer suchet, der findet.
Die miesen Kampagnen gegen Schwarzarbeiter und "Sozialschmarotzer" dürfen nicht aufgehen. Schauen wir hin, was tagtäglich auf den Baustellen, in Restaurants und Flüchtlingsunterkunften passiert! Versuchen wir einzugreifen, wenn in aller Öffentlichkeit wieder die Menschenjagd eröffnet wird.
Schluß mit den Razzien!

Weg mit den Abschiebeknästen!
Freiheit und Bleiberecht für alle Flüchtlinge!
Liebe und Kraft den kämpfenden Gefangenen!
Liebe Grüße an die Genossinnen, die untertauchen mußten!
Leben und lesen wir RADIKAL!

Und natürliche Grüße an die HausbesetzerInnen in Solingen, Mülheim Oberhausen... Bleibt listig und lustig!

Arbeitsgruppe 1 + 2 Menschenjäger jagen e.V.

Wuppertal .6.96

Düsseldorf: Groß-Razzia auf Baustelle

Zoll bekam Tip / 80 Arbeiter überprüft

Von unserem Redaktionsmitglied Annette Ludwig

Düsseldorf. Gestern, 10 Uhr, Volkardeyer Weg in Düsseldorf-Rath: Polizeimannschaftswagen parken vor der großen Baustelle, kurz darauf ist das Gelände hermetisch abgeriegelt. Beamte des Einsatztrupps „Bekämpfung illegaler Beschäftigung" des Hauptzollamtes Wuppertal schwärmen aus — Razzia.

Die Zollbeamten hatten Hinweise erhalten, daß auf der Baustelle ausländische Arbeitnehmer ohne ausreichende Genehmigungen arbeiten würden. Rund 80 Mitarbeiter von neun verschiedenen Behörden nahmen an der Razzia unter Federführung des Hauptzollamtes Wuppertal teil. Für die Zollbeamten Routine: Mindestens einmal pro Monat führen sie eine Razzia in dieser Größenordnung durch; „pro Tag landen etwa vier anonyme Anzeigen auf meinem Schreibtisch", sagt Werner Beckert, Vorsteher des Wuppertaler Hauptzollamtes.
Unmittelbar nach Ankunft der Polizei fordern die Beamten alle Arbeiter auf, sich in der Mitte der Baustelle zu sammeln: deutsche Arbeiter nach rechts, ausländische nach links. Personalien werden festgestellt. Für die Ausländer, die sich nicht ausweisen können, wird ein Buspendeldienst unter Polizeibegleitung zu den Wohncontainern gleich um die Ecke eingerichtet. Dort sollen die Arbeiter, meist Portugiesen, ihre Ausweise holen. Zeitgleich durchkämmt ein Polizeitrupp mit zwei Hunden die Rohbauten. „Wir müssen sicher sein, daß sich keiner versteckt", so Beckert. Gefunden wird niemand.
Inzwischen legt sich die erste Aufregung. In einem engen Baucontainer werden die Papiere der Portugiesen überprüft; eine Dolmetscherin hilft. Die Arbeiter, deren Papiere in Ordnung sind, erhalten ein grünes Bändchen um den Arm und dürfen wieder an ihre Arbeit. Nach drei Stunden ist die großangelegte Razzia beendet, alles geht auf der Baustelle wieder seinen Gang.

Subunternehmer überprüft

Für die Beamten beginnt jetzt erst die richtige Arbeit: Viele Portugiesen hatten keine Bescheinigung nach E 101, die europäische Ausländer anstelle eines Sozialversicherungsausweises haben müssen. „Die Unterlagen sollen nach Angaben der Arbeiter bei dem portugiesischen Subunternehmer in Burscheid liegen. Dort haben wir parallel die Räume durchsucht", sagt Manfred Gries vom Hauptzollamt.
Die überprüften Portugiesen — oft Ungelernte — gaben den Fahndern an, daß ihnen Nettolöhne von 2500 Mark pro Monat versprochen wurden. „Aber viele von ihnen haben erst wenig oder gar kein Geld erhalten", so Gries. Nicht selten sind solche Subunternehmen aus dem Ausland überwiegend in Deutschland tätig. Konsequenz: Die Arbeiter müßten eigentlich hier sozialversichert werden. Darüber hinaus müßten die Subunternehmer 8,5 Prozent der Lohnsumme an die Bauberufsgenossenschaft zahlen. „Dann rentiert sich das Unternehmen meist nicht mehr", erklärt Beckert.


Die Arbeiter stehen Schlange, um sich überprüfen zu lassen.
Foto: Ludwig



VORSICHT DOPPELGÄNGER : Der Papst ist schon lange tot !

Er starb 1979 an Nierenversagen. Um zu verstehen, warum davon nichts an die Öffentlichkeit gelangte, muß die Vorgeschichte etwas beleuchtet werden.

1975 ließ der CIA eine Studie anfertigen, um zu beleuchten, auf welche Kräfte innerhalb des Ostblocks Einfluß genommen werden kann, um die kommunistischen Systeme zu destabilisieren. Im Falle von Polen war der Katholizismus die Macht, der man die aktivste subversive Tätigkeit zutraute. (In der DDR waren es die Jugendbewegungen.) Zur Stärkung des Katholizismus in Polen verfiel man auf die Idee, einen polnischen Kardinal zum Papst zu machen. Einen einflußreichen Verbündeten fand man im Opus Dei, der ebenfalls ein Interesse hatte, das Machtkartell der italienischen Kardinäle, die seit 450 Jahren ununterbrochen den Papst stellten zu durchbrechen. Nach langem Ringen scheiterte dieser Versuch zunächst. Der Italiener Albino Luciani wurde im August 1978 als Johannes Paul I zum Papst gewählt, starb jedoch schon 33 Tage nach der Wahl unter rätselhaften Umständen. Bei der Wahl im September 1978 wagte niemand mehr, sich dem Willen von CIA und Opus Dei zu widersetzen. Karol Woytila wurde fast auf Anhieb als Johannes Paul II gewählt. Die Taktik ging auf, die polnischen Katholiken standen wie eine Armee hinter „ihrem" Papst.
Der plötzliche Tod schon ein Jahr später brachte alle Beteiligten in böse Schwierigkeiten. Opus Dei hatte seine Machtstrukturen innerhalb der Kirche noch nicht befriedigend ausgebaut, der CIA brauchte den polnischen Papst dringender denn je, und ein erneutes Sich-Durchsetzen gegen die italienischen Kardinäle schien aussichtslos. Neu auf dem Aktionsplatz erschienen war Kardinal Josef Ratzinger, der persönliche Vertraute des Papstes und heimliche Machthaber im Vatikan. Seine Chancen, selbst den Papststuhl zu besteigen schätzte er realistisch als gering ein, da er bereits von allen Seiten (besonders von italienischer Seite) neidisch-misgünstig beäugt wurde. Er war es auch, der auf den infam-genialen Plan eines Doppelgängers kam, der mittels der Strukturen des CIA problemlos in die Tat umgesetzt werden konnte. Mit dem inszenierten Attentat schlug man mehrere Fliegen mit einer Klappe und machte aus dem Dilemma einen grandiosen Siegeszug.

-Man verschaffte sich Zeit in Ruhe nach einem Doppelgänger zu suchen.
-Die internationale Sympathiewelle für Johannes Paul II wurde potenziert.
-Opus Dei und Kardinal Ratzinger verschafften sich die unumschränkte Macht im Vatikan. Kein Papst stand ihnen mit seiner persönlichen Linie im Wege.
-Der Einfluß auf den Katholizismus im Ostblock konnte gewahrt bleiben.
-Mit der Präsentation eines islamisch-fundamentalistischen Attentäters wurden neue Feindbilder abgesteckt.

Inwieweit der Rest des Vatikans informiert war bleibt unklar. Niemand bekam den angeblich verletzten Papst zu Gesicht, das gesamte Hauspersonal wurde in dieser Zeit ausgewechselt. Falls einzelne Kardinäle den Schwindel später bemerkt haben sollten (man muß bedenken daß es sich um greise alte Männer handelt), so konnten sie zu jenem späten Zeitpunkt nicht mehr an die Öffentlichkeit gehen, ohne dem Ansehen der Kirche schweren Schaden zuzufügen. Nicht wenige erklärten in jenen Tagen „aus gesundheitlichen Gründen" ihren Rückzug ins Privatleben / Altersheim.

Als Papstersatz wurde der 47-jährige Pjotr Donanski aus dem Gefängnis von Wroclaw geholt. Der ehemalige Priester von Poznan war 1972 wegen mehrfachen sexuellen Mißbrauchs von Jungen zu lebenslänglicher Haft verurteilt worden. Seine Akte verschwand spurlos aus dem Gefängnisarchiv, der Gefängnisdirektor kam zu überraschendem Reichtum und wanderte in die Vereinigten Staaten aus.
Pjotr Donanski spielt seither die Rolle Johannes Paul II, froh, aus dem Knast entkommen zu sein und in seinen sexuellen Neigungen zufriedenstellend versorgt zu werden. Seine Reden schreibt Josef Ratzinger, die kirchenintern Dinge regelt Opus Dei. Der CIA hat aufgrund der weltpolitischen Veränderungen das Interesse an dem Fall verloren.

Wir lassen uns das nicht bieten ! ! !

Stören wir den Auftritt des Kinderschänders Pjotr Donanski am Brandenburger Tor, wo er am 23.6. um 19 Uhr zusammen mit Heiner Vorderbaum, dem Doppelgänger von Bundeskanzler Helmut Kohl auftritt !

Das Kreuz mit Klaus

Szene genervt, Fahnder im Dilemma: Alle Spuren des Weiterstadt-Anschlags führen zu V-Mann Steinmetz

Maue Töne im „Exzess". In dem Frankfurter „antifaschistischen" Café hatten die Hausbesetzer von der Fritzlarer Straße 18 zur Pressekonferenz geladen. Eine „Scheißsituation" sei das. Man fordere „Schluß mit dem Terror". Und noch was: „Wir schicken Andrea viel Kraft."

Die kann sie brauchen. Andrea W. steht im Verdacht, beim RAF-Anschlag auf den hessischen Gefängnisneubau Weiterstadt am 27. März 1993 beteiligt gewesen zu sein. Generalbundesanwalt Kay Nehm ermittelt gegen sie. Die 30jährige ist seit Juli untergetaucht.

In ihrer WG sind die Fahnder des Bundeskriminalamts (BKA) inzwischen für unverhoffte Visiten bekannt. Fünf Razzien gab es in der „Fritze". Seit vergangener Woche sitzen vier WG-Mitglieder in Beugehaft. In Sachen Andrea W. verweigern sie die Aussage. Aber noch gilt die stramme Fritze-Parole: „Wir lassen uns nicht erpressen." Und: „Wieso wir welche Fehler machen, gehört hier jetzt nicht hin."

Ihr Fehler: Sie hatten Kontakt mit Klaus Steinmetz, dem früheren V-Mann des rheinland-pfälzischen Verfassungsschutzes. Dessen Liaison mit der RAF-Frau Birgit Hogefeld hatte im Juni '93 den Anti-Terror-Einsatz von Bad Kleinen möglich gemacht. Zu den Freundinnen des Szene-Gigolos gehörte auch Andrea W. Sie kaufte ihm sein Motorrad ab. Später fanden BKA-Experten an der Suzuki und in der Fritzlarer Straße Sprengstoffspuren, die mit dem Weiterstadt-Sprengstoff „vergleichbar" seien.

In der Frankfurter WG lebt auch jener Mann, der für die RAF-Karriere von Steinmetz entscheidend gewesen sein soll: Stefan F. Der, so behauptet Steinmetz, habe ihm das Entree zur RAF-Führung verschafft. Also auch zur mutmaßlichen Weiterstadt-Attentäterin Hogefeld. Hausbesetzer ist auch Sven S. Wegen des Brandanschlags auf die Frankfurter Börse vom April 1989 saß S. bis Ende 1993 in Haft. Sprengmeister Sven war im Gefängnis immer wieder von Andrea W. besucht worden.

Daß die Spur der Attentäter ausgerechnet in die dauerobservierte Frankfurter Szene führt, bringt die Sicherheitsbehörden nun in Erklärungsnotstand.

Als nach dem Weiterstadt-Anschlag die Bundesbehörden Anfang Mai '93 entschieden, beim geplanten RAF-Treffen in Bad Kleinen zuzuschlagen, gab es ein Risiko: die Hessen. Die ahnten nicht, daß unter den „üblichen Verdächtigen" auch Superagent Steinmetz war. Wären sie dem V-Mann und seiner Clique aber auf die Pelle gerückt, wäre Bad Kleinen geplatzt.

Am 5. Mai 1993 reisten Heinz Fromm, Chef des hessischen Landesverfassungsschutzes (LfV), und der für die Polizei zuständige hessische Innenstaatssekretär Christoph Kulenkampff zu einem Besuch nach Köln – zu Eckhart Werthebach, dem damaligen Präsidenten des Bundesamts für Verfassungsschutz. Werthebach wußte über Steinmetz und Bad Kleinen Bescheid. Fromm, Kulenkampff und Werthebach beteuerten als Zeugen im hessischen Untersuchungsausschuß immer wieder: An jenem 5. Mai sei Steinmetz und Weiterstadt kein Thema gewesen.

Seltsam: Als zwei Tage nach dem Kölner Meeting, am 7. Mai, vier Frankfurter mit einem roten Audi bei Passau die Grenze nach Österreich passierten, wurden sie von hessischen Fahndern beschattet. Vertraulich teilten die Deutschen den österreichischen Kollegen mit, daß es sich bei den vieren um die mutmaßlichen Attentäter von Weiterstadt handle. Eine Überprüfung der Einreisenden sei bitte zu unterlassen. Die Österreicher wunderten sich. Keine Kontrolle? Kein Zugriff? Na, die Deutschen mußten Gründe haben. ■

WEITERSTADT KEIN THEMA?

Warum blieb die hessische Polizei am 7. Mai '93 auf Distanz? Vier Verdächtige reisten damals in dem Audi nach Österreich. Zwei Tage vorher trafen hessische Top-Beamte BfV-Chef Werthebach





Ex-BfV-Chef Werthebach



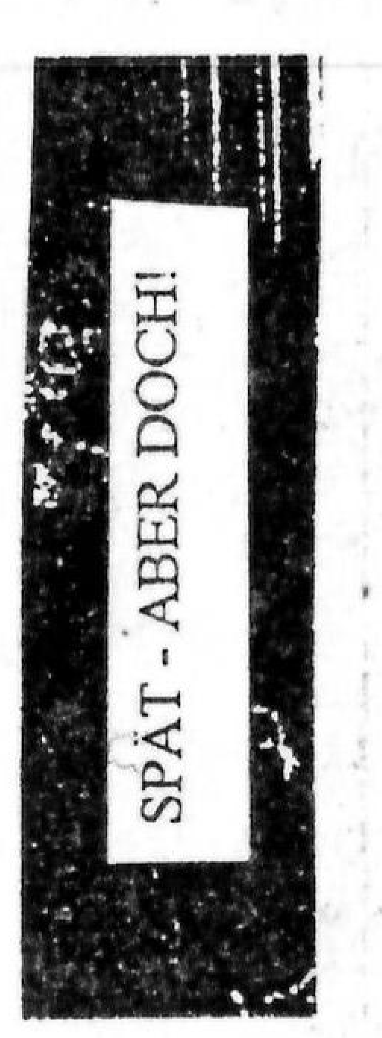
Ex-LfV-Chef Fromm



Ex-Staatssekr. Kulenkampff

PASCALE WIEDENROTH/MARKUS KRISCHER

FOCUS 52/1995



STELLUNGNAHME ZUM ARTIKEL *"DAS KREUZ MIT KLAUS"* (Focus 22.12.1995)

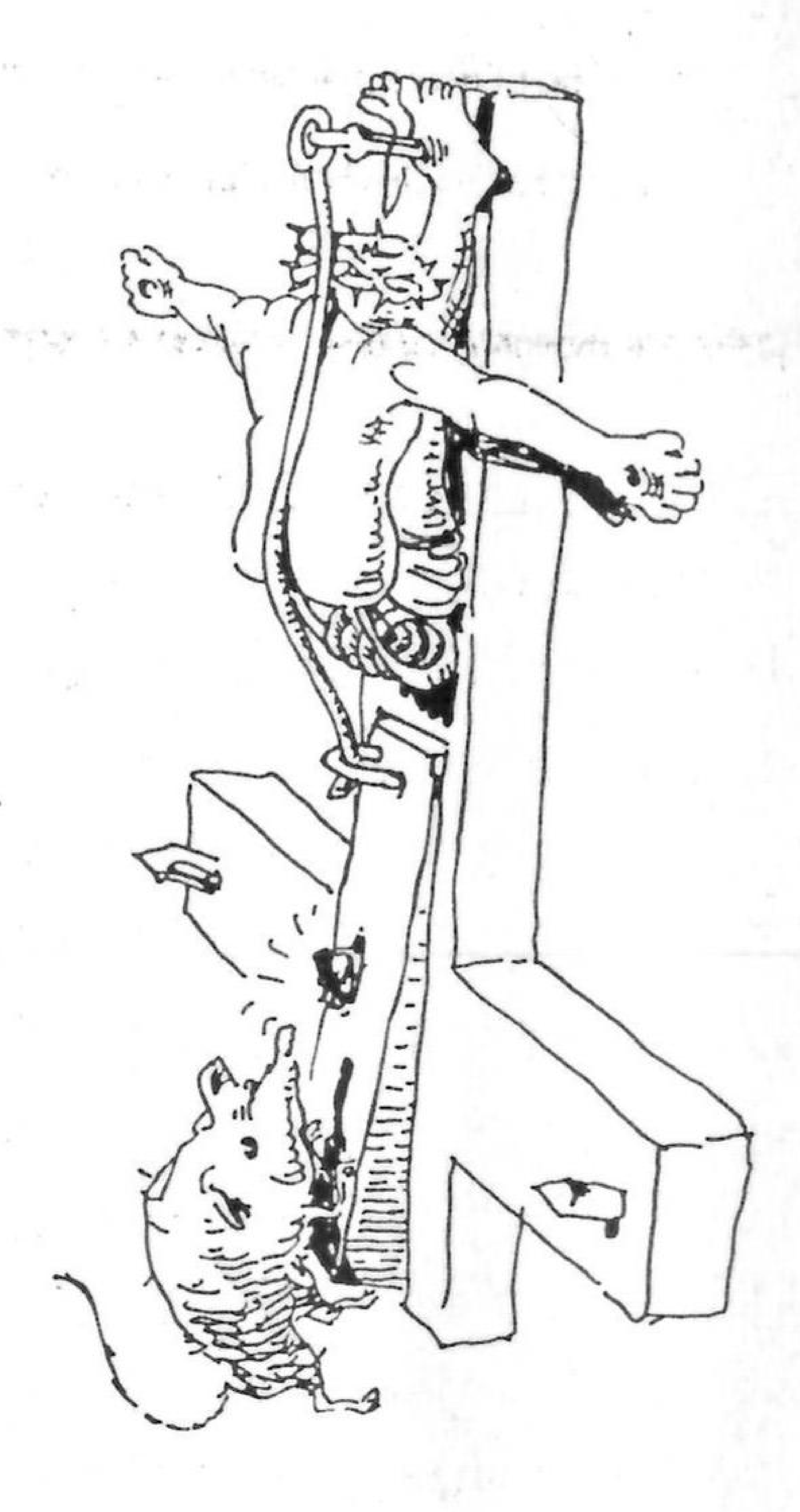
Wir wenden uns entschieden gegen den Journalismus des Focus, der versucht, ein Klima in der Öffentlichkeit zu schaffen, das die Konstrukte der Bundesanwaltschaft (BAW) gegen linke / feministische Opposition legitimieren soll.

In dem Artikel geht es neben vielen anderen Lügen und Verdrehungen auch um vier Personen, die am 7.5.1993 mit einem roten Audi über Passau nach Öserreich fuhren. Bei den "Reisenden" soll es sich laut hessischen Fahndern (so weiß es der Focus zu berichten) um "die mutmaßlichen Attentäter von Weiterstadt" handeln.
Der Zeitpunkt des Grenzübertrittes und das im Focus veröffentlichte Foto von diesem Auto, machte uns klar, daß wir damit gemeint sind.

Wir - drei Lesben und ein Mann - sind keine Gruppe. Wir Lesben waren entweder nie gemischtgeschlechtlich organisiert bzw. sind es seit längerem nicht mehr.

Wir sind an dem genannten Datum mit abgebildetem Auto nach Österreich gefahren. An der Grenze wurden wir, anders als im Artikel behauptet, vom österreichischen Zoll kontrolliert.
Wir gehen davon aus, und das macht der Artikel ja auch deutlich, daß wir wie viele andere politisch aktive Menschen observiert, bespitzelt und abgehört werden. Der Staatsschutz weiß also genau, daß wir nicht in der RAF organisiert sind.

Aber darum geht es nicht. Die Behauptung, es gäbe eine "legale Ebene der RAF", genauso wie die Paragraphen 129/129a, waren und sind Instrumente, um linke / feministische Opposition einzuschüchtern und zu zerschlagen.



Das wird auch an der jüngsten Geschichte staatlicher Aufstandsbekämpfung deutlich:
Gegen den Befreiungskampf des kurdischen Volkes wird mittels §§129/129a ein praktisches Verbot der PKK und der kurdischen Vereine durchgesetzt. Hunderte kurdische Frauen und Männer sitzen in deutschen Gefängnissen.
Die Zeitschrift RADIKAL wird zur kriminellen Vereinigung gemacht und zahlreiche Frauen und Männer mit Verfahren terrorisiert.
Die § 129a - Verfahren und Vorladungen wegen des versuchten Sprengstoffanschlages auf den Neubau des Abschiebeknastes in Berlin/Grünau sind weitere Beispiele.
Insgesamt gibt es derzeit in verschiedenen Städten über 40 ZeugInnenvorladungen, 7 Menschen mußten ins Exil, weil sie in das Kreuzfeuer staatlicher Verfolgung geraten sind.

Die BRD beteiligt sich mit Waffenlieferungen und logistischer Unterstützung sowohl an dem Krieg des türkischen Staates gegen den kurdischen Befreiungskampf, als auch am Krieg im ehem. Jugoslawien, um dort ihren Einfluß zu sichern. Gleichzeitig laufen massive Angriffe auf erkämpfte soziale Rechte und es wird massiver Sozialabau betrieben.

Obwohl die Linke in diesem Land im Moment geschwächt ist und die radikale Linke in der Defensive steckt, geht der Staat präventiv gegen die Möglichkeit vor, daß sich gegen seine menschenverachtende Politik breiterer und fundamentaler Widerstand entwickelt.
Daß die Erfahrungen der Kämpfe der letzten Zwanzig Jahre mit einem neuen Aufflammen von Widerstand zusammenkommt. Deshalb geht der Staat jetzt massiv gegen die vor, die hier Erfahrungen aus Widerstandskämpfen haben und will präventiv deutlich machen, was die erwartet, die sich anfangen zu wehren.
Dazu ist ihm jedes Mittel und jede Lüge recht, das wissen wir aus der Geschichte staatlicher Aufstandsbekämpfung

Himmelfahrtskrawalle in Quedlinburg!

Die Saison hat begonnen!

Übergriffe von Neonazis sind besonders Himmelfahrt nahezu jedes Jahr zu beobachten. Auch in Quedlinburg haben diese fast schon Tradition. 1995 lieferten sich Faschos schon schwere Auseinandersetzungen mit den Bullen und somit war schon im Vorfeld des 16.05.96 klar, daß auch dieses Jahr wieder mit Übergriffen von Faschos zu rechnen ist.

Doch was dann geschah übertraf die schlimmsten Befürchtungen!

Nach der obligatorischen Winterpause haben die Faschisten in Quedlinburg ihre Saison eröffnet. Nachdem in den letzen Jahren von den Faschos regelmäßig versucht wurde, das alternative Kulturzentrum Reichenstraße 1 zu überfallen, was zwar bisher immer abgewehrt werden konnte, aber meistens heftige Straßenkämpfe zwischen Antifas, Faschos und Bullen nach sich zog, versuchten sie es Himmelfahrt 1996 erneut.

Bereits den ganzen Tag kam es mehrfach zu Übergriffen von Faschos, die auf nahezu alles einschlugen was ihnen über den Weg lief. Gegen 21.00 Uhr kamen fünf Faschos in das Cafe des Kulturzentrums. Als sie feststellten, daß das Cafe nur von wenigen meist sehr jungen Menschen besucht war, riefen sie per Handy ihre Kameraden.

Daraufhin stürmten ca. 40 bewaffnete Faschos in das Cafe. Die BesucherInnen konnten nur deshalb über einen Hinterhof entkommen, da der Haupeingang verschlossen war und die Faschos durch den Nebeneingang eindringen mußten. Die gesamte Einrichtung des Cafes wurde daraufhin von den Faschos zerschlagen, Heizkörper von den Wänden gerissen und die Eingangstüren zerstört. Das Cafe sah aus wie ein einziges Schlachtfeld. Ein junges Mädchen mußte mit einem Schock in das städtische Krankenhaus eingeliefert werden. Laut Presseangaben beträgt der angerichtete Schaden ca. 15.000 DM.

Die Bullen beobachteten den Überfall und konnten zwei Faschos festnehmen, gegen einen wurde Haftbefehl erlassen. Im weiteren Verlauf des Abends wurden ankommende Antifas von den Bullen bedrängt, obwohl ca. 200m weiter (am JC „Kleers") die Faschos weiter pöbelten und sogar mit Steinen und Molotowcocktails in Richtung des Kulturzentrums warfen. Die Bullen kommentierten das mit den Worten: „Unser Einsatzbefehl liegt hier und nicht da oben!". Trotz des stärker werdenden Bullenaufgebots kam es noch zu kurzen aber sehr heftigen Auseinandersetzungen zwischen dem anwachsenden Faschomob und ca. 15 Antifas. Nach dem Eintreffen von Sondereinheiten der Magdeburger Bullen, wurden alle Zufahrtsstraßen zur Reichenstraße von den Bullen komplett abgeriegelt. Menschen die noch in die Reichenstraße wollten, wurden mit den Worten: „Hier findet gerade eine Straßenschlacht statt, hier kommen Sie nicht durch!", zurückgewiesen. Die Bullen bildeten in der Reichenstraße zwei Ketten, eine Kette von ca. 10 Bullen gegen die Faschos und eine Kette von ca. 30 Bullen gegen die Antifas und die CafebesucherInnen. Diese, die Opfer des Überfalls, wurden von Bullen ständig provoziert und bedroht, es wurde sogar versucht Antifas grundlos festzunehmen, was jedoch verhindert werden konnte. Später räumten die Bullen unter Beifallsgebrüll der Faschos die Straße vor dem Kulturzentrum und sprachen Platzverweise aus.

Zudem nervte der herbeieilenden total besoffene MdL Karsten Knolle (CDU), die Antifas mit seiner Anwesenheit und seinen unzusammenhängenden Kommentaren. Er stellte sich später in der Presse als Friedensengel dar, der die Krawalle geschlichtet hätte.
Überhaupt berichtete die Presse wiedermal von „Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden Jugendgruppen" und lobte das „besonnene Verhalten" der Bullen.

Am darauffolgenden Sonnabend konnten die Bullen dann erneut gegen Antifas vorgehen. Eine Spontandemo von ca. 100 Menschen gegen den Überfall der Faschos und deren augenscheinliche Sympathie bei den Bullen, sollte im Vorfeld schon durch massive Gewaltandrohungen von Seiten der Bullen verhindert werden. Trotzdem wurde die Demo durchgesetzt, jedoch immer wieder von Bullen provoziert. Ca. 20 bewaffnete Faschos hatten sich am JC „Kleers" versammelt und wurden von insgesamt 3 Hundertschaften Bullen beschützt. Dementsprechend Haßgeladen war dann auch Demo.

Jetzt ist das Klima in Quedlinburg wieder extrem aufgeheizt, die Saison hat begonnen.

Doch trotz Fascho- und Bullenterror, unser Kampf geht weiter!

Keinen Fussbreit den Faschisten hier und anderswo!

Antifa Ha/Qu
Pf. 42
06493 Ballenstedt





Stellungnahme der Videogruppe Rohschnitt zu unserem Film "Dem einfach was entgegensetzen ..."

im Verleih von
autofocus e.V.
Eisenbahnstrasse 4
10997 Berlin
030/618 80 02

20. Juni	21.00	KOB Potsdamer Str. 157
20. Juni	21.30	Köpi Köpenicker Str. 137
27. Juni	23.00	SO 36 Oranienstr. 190
donnerstags	20.00	Kellerkino Dresdener Str. 125

Dieser Zettel sollte zu der / den Vorführungen unseres Films verteilt werden:

> Dieser Film blendet die langjährige Diskussionen um die sexuellen Beziehungen zwischen Erwachsenen und Jugendlichen bei den Epis in Berlin aus. Dadurch wird die Auseinandersetzung um die Möglichkeit des sexuellen Mißbrauchs in diesen Beziehungen verhindert.
>
> Wer schweigt, stimmt zu!

Für Menschen, die nicht in der Szenediskussion stecken, sei noch mal kurz vorweggenommen, worauf sich dieser Fünfzeiler überhaupt bezieht.
Es gab innerhalb der Szene eine längere - zu Anfang vor allem als Papierschlacht in der Zeitung "Interim" geführte - Diskussion um einen erwachsenen Mann bei den Berliner Epis, dem der Vorwurf des sexuellen Mißbrauchs von Jungen gemacht wird. Im Verlauf dieser Diskussion wurde eine Anzahl sehr verschiedener Positionen veröffentlicht. Bei Interesse kann mensch sich die von uns gesammelten Papiere für DM 4.- als Kopie zukommen lassen (Kontaktadresse: Videogruppe Rohschnitt c/o Färbung e.V., Yorckstr. 59, 10965 Berlin).

Die Diskussion wurde im Frühjahr 95 - nachdem bereits 1 ½ Jahre zuvor versucht wurde, eine Diskussion dazu in Gang zu bringen - von einer Gruppe angestoßen, die sich selbst als "Fraktion gegen 'Nebenwidersprüche' " bezeichnet. Der oben abgedruckte Zettel stammt aus dem politischen Umfeld dieser Gruppe.

Nun zu diesem Zettel:
Zunächst mal haben wir uns ziemlich über die ungenauen Formulierungen geärgert. Die Formulierung "zwischen Erwachsen<u>en</u> und Jugendlichen" erweckt einen völlig falschen Eindruck. Konkret ging es um <u>einen</u> Erwachsenen. Dieser wurde in der Diskussion XY genannt. Wir finden diese Bezeichnung zwar blöde, belassen es der Einfachheit halber aber dabei.
Was uns wirklich übel aufstößt ist, daß sich für Leute, die die Diskussion um XY nicht mitgeschnitten haben, die Sache bei oberflächlichem Lesen leicht so darstellen kann, als ob Fritz Theilen, Mitglied der historischen Kölner Edelweißpiraten, der Vorwurf des Mißbrauchs gemacht wird. Er ist der einzige Erwachsene, der in unserem Film vorkommt. Wir hoffen, daß in zukünftigen Stellungnahmen zu unserem Video die Möglichkeit eines solchen Mißverständnisses deutlich vermieden wird.

Was wir schließlich überhaupt nicht nachvollziehen können, ist die Behauptung der Film verhindere eine Auseinandersetzung um die Möglichkeiten des sexuellen Mißbrauchs in Beziehungen zwischen Jugendlichen und Erwachsenen.
Auch wenn wir uns bewußt dazu entschieden haben, diese Diskussion nicht in diesem Film zu dokumentieren - zu den Gründen kommen wir noch - verhindert das keine Diskussion.
Wer hingegen, zumindest zu Beginn der Debatte, die Diskussion fast verhindert hat, waren die NebenwidersprüchlerInnen selbst. Dieses mag paradox klingen, kommt ihnen doch tatsächlich der Verdienst zu, diese Diskussion überhaupt wieder angestoßen zu haben. Doch mit ihrer schlechten Recherche und Diffamierung, insbesondere der Binnenstruktur der Epis (angeblich gäbe es dort keine Chance zu Auseinandersetzungen über den persönlichen Umgang untereinander, Kritik von außen werde als faschistisch abgetan und XY sei der Leiter der Gruppe) haben sie zumindest die Tür zu einer Diskussion mit den betroffenen Jugendlichen auch direkt wieder zugeworfen.
Beton-Denken gab's allerdings auf allen an der Diskussion beteiligten Seiten. Dies ist auch nicht verwunderlich, berührt die Diskussion doch immer wieder unsere eigene Sexualität, unsere persönliche Geschichte und den Umgang mit eigenen Verletzungen.
Immerhin ist die Diskussion mit den Veranstaltungen im EX zu Pädophälie, Päderasten und sexuellem Mißbrauch und in der Yorckstraße zum Umgang mit Machtgefällen in Beziehungen (von der Schwulen Antifa) etwas differenzierter und weniger polemisch geworden. Daß wir nun wieder auf dem Niveau dieses Fünfzeilers angelangt sind, finden wir traurig.
Denn um das nochmal klarzustellen: auch wir fanden diese Diskussion absolut notwendig und wichtig und haben sie natürlich u.a. auch innerhalb unserer Videogruppe geführt.

Viele der Epis, ob sie nun eine sexuelle Beziehung zu XY hatten oder nicht, haben im Laufe der Debatte Stellung bezogen und sich hinter XY gestellt, darunter auch ein heute junger Mann, der vor einigen Jahren eine Beziehung zu XY hatte. Unserer Ansicht nach ist die Sichtweise der Jugendlichen zu respektieren, will mensch in Jugendlichen mehr als nur "halbfertige Erwachsene" sehen, die's noch nicht gecheckt haben.
XY selbst hat eingeräumt, mit seinen früheren Beziehungen gedankloser umgegangen zu sein, als das heute der Fall ist. In welchem Umfang es zu Mißbrauchssituationen oder Grenzverletzungen gekommen ist, entzieht sich nach wie vor unserer Kenntnis. Dennoch finden auch wir seine Beziehungsmuster prinzipiell problematisch.
Fakt ist für uns jedoch auch, daß sich XY mit seiner Rolle und Position in seinen Freundschaften und Beziehungen zu Jugendlichen auseinandergesetzt hat und bereit war und ist, diese zu hinterfragen, auch wenn einige Leute stur das Gegenteil behaupten.

Die Diskussion hat sich im Laufe der Zeit immer weiter von den konkreten Vorwürfen gegen XY hin zu einer Diskussion um die strukturelle Problematik entwickelt, d.h. zur Frage, ob Beziehungen zwischen Erwachsenen und Jugendlichen nicht per se Mißbrauchsstrukturen sind.

Unsere Position dazu ist folgende:
1. Wenn jemand politische oder sonstwie geartete Arbeit mit Jugendlichen macht, sollten sexuelle Beziehungen zu den Jugendlichen tabu sein. Es besteht einfach aus der Struktur heraus

ein Macht- und Abhängigkeitsgefälle, ob das nun bewußt angestrebt oder aber überhaupt vermieden werden soll, spielt hierbei eigentlich keine Rolle.
Die Forderung, daß XY aus der Gruppe rausgeht, kann unserer Ansicht nach aber nicht über die Köpfe der Epis hinweg entschieden oder durchgesetzt werden.

2. Das oben Gesagte heißt allerdings nicht, daß wir jede Beziehung zwischen einem älteren Menschen und einem Jugendlichen (bei Kindern sehen wir das allerdings anders) per se als Mißbrauch betrachten. So gibt es z.B. eine Reihe schwuler Männer, die ihre Sexualität in einem schwulenfeindlichen Umfeld über Beziehungen zu älteren Männern entdeckt haben.
Wir halten es allerdings für ein Problem, wenn ältere Menschen immer wieder Beziehungen zu Jugendlichen suchen, wenn sie auf eine solche Beziehungsstruktur fixiert sind.
Allerdings gilt dies auch für etliche andere Formen sexueller Beziehungsfixierungen, wie beispielsweise diejenigen heterosexueller Männer, die immer wieder in Beziehungen landen, in denen sie Frauen dominieren können. Wiederum geht es uns aber nicht darum, alles durch Gleichsetzung in einen Topf zu werfen. Aber was uns an der ganzen XY-/ Pädo-Debatte ziemlich abgenervt hat, ist dieses bequeme Zurücklehnen etlicher Leute mit "reinem" Gewissen und dem tollen PC-Bewußtsein, daß sie ja keine "Kinderschänder" sind, was übrigens auch XY nicht ist. Eine Haltung, die auch schon im Kontext diverser Vergewaltiger-Debatten zum Ausdruck kam und die wir für ziemlich verlogen halten. Es gäbe <u>auch</u> (im Sinne von "zusätzlich" und nicht zu verstehen als "an Stelle von"!) reichlichen Diskussionsbedarf über die stink"normalen" Heterobeziehungen und deren Strukturen in unseren jeweiligen Umfeldern, aber dann müßten sich ja etliche auch mal an die eigene Nase fassen.
Darüber hinaus gilt bei solchen Beziehungsmustern und Fixierungen, daß es sich um etwas "Festgefahrenes" handelt, das sich meist nicht so leicht knacken bzw. verändern läßt.
Das dürfte den meisten von uns mehr oder minder heterosexuell fixierten Menschen einleuchten. In diesem Sinne ist es vielleicht hilfreich, gelegentlich das einfache Gut-Böse-Schema zu verlassen, und genauer zu gucken, welche Auseinandersetzungsfähigkeit, Veränderungsbereitschaft und Geschichte jemand mitbringt. Natürlich hat eine solche "Toleranz" auch Grenzen.

3. Auch wenn wir damit Schwierigkeiten haben, wie XY seine Beziehungen innerhalb der Epis lebt, so ist dennoch in der Gruppe <u>keine</u> klassische Mißbrauchsstruktur gegeben. Die jugendlichen Epis sind, so wie wir sie erlebt haben, autonome selbstbewußte Persönlichkeiten. XY ist in keinster Weise Gruppenleiter oder Chef. Die Jugendlichen ziehen ihr Teil und ihre politische Arbeit alleine und selbständig durch; sie haben eigene Positionen. Eine klassische Mißbrauchsstruktur funktioniert anders:
Wir zitieren im folgenden aus dem Papier der "Frauen ohne weiße Weste":
Die klassische Mißbrauchsstruktur funktioniert über Stillschweigen des Opfers bei Sanktionsdrohung, Isolation des Opfers und seiner Abhängigkeit von der Zuwendung und Liebe des Täters. Erwachsene, die Jugendliche sexuell mißbrauchen, zwingen sie dazu, sich auf ihre Erwachsenenwelt einzulassen, auf ihre Bedürfnisse und Realitäten. Da der / die Jugendliche nur Objekt für ihre Bedürfnisse ist, lassen sie sich - wenn überhaupt - lediglich aus taktischen Gründen mal auf deren Realität ein. Um das notwendige Gefühl von Abhängigkeit und Ausgeliefertsein zu erzielen, wird eine soziale Kontrolle durch andere Jugendliche nicht zugelassen. Dabei wird dafür gesorgt, daß das Opfer sich nicht mit anderen FreundInnen über die Beziehung ehrlich auseinandersetzt, geschweige denn der Täter selbst. Im Gegensatz dazu lebt XY gemeinsam mit den Jugendlichen in einer Welt. Er lebt seine Liebesbeziehungen unter deren sozialer Kontrolle. Er ist einer von ihnen, der sich mit ihrer Kritik, ihrer Sicht der Dinge ihren Bedürfnissen und Gefühlen auseinandersetzen muß. Er lebt also seine Beziehungen für die anderen transparent, nicht von ihnen abgeschirmt, sondern inmitten von ihnen.
Soweit unsere Position zu der XY-/ Pädo-Debatte.

Nun zu unserem Film.
Die Edelweißpiraten sind heute eine bundesweite Struktur von Jugendlichen, die antifaschistische Arbeit machen. Diese Struktur und politische Arbeit finden wir trotz unserer oben benannten Position zu XY gut und unterstützenswert.
Worum es uns mit dem Film geht, ist in erster Linie der Versuch, die Fragen, was hieß antifaschistischer Widerstand für Jugendliche im NS und was heißt das heute für Jugendliche, zusammenzubringen, in Bezug auf Brüche und Kontinuäten, vor allem was die jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnisse sowie die jeweiligen Lebensrealitäten anbelangt. Die Epis sind in einem solchen Kontext natürlich schon allein wegen ihrer namentlichen Bezugnahme auf den historischen Jugendwiderstand von Bedeutung. Darüber hinaus soll der Film vor allem Jugendliche, die nicht sowieso schon organisiert sind, motivieren, selbst was gegen Neofaschismus und Rassismus zu unternehmen, und ist deshalb auch nicht als ein Szenefilm zu begreifen.
Wir hoffen vielmehr, daß der Film bundesweit gezeigt und auch in der Jugendarbeit eingesetzt wird. In diesem Filmkonzept hat die XY-Debatte unserer Ansicht nach nichts zu suchen. Ein kurzes Erwähnen der Diskussion ist unmöglich; würde der Film fünf oder zehn Minuten dieses Thema behandeln, bliebe es für Außenstehende nicht nachvollziehbar.
Wir fänden es durchaus spannend und begrüßenswert, wenn sich eine Gruppe ein eigenständiges Filmkonzept für Jugendliche zu dem Thema sexueller Mißbrauch überlegen würde. Dies war allerdings - auch wenn wir diese Thematik wichtig finden - nicht das Thema unseres Films!

Abschließend sei noch erwähnt, daß XY momentan dabei ist, sich aus der Gruppe der Berliner Epis zurückzuziehen.

Videogruppe Rohschnitt

PS: Im X-Beliebig wurde der vor der AK Kraak geschaltete Werbespot für unseren Film nicht gezeigt. Dazu fällt uns schier gar nichts mehr ein. Was soll das?!



Was Sie schon immer über Sex wissen wollten...

(Ein Nachschlag)

Erfreulicherweise gab es nun doch eine Reaktion auf meine Trilogie über Sex-Herrschaft-Moral (siehe Interim Nr. 378). Wie es nunmal in den meisten Szenediskussionen üblich ist, wird hier viel mit Polemiken herumgeworfen, anstatt zu einer gemeinsamen Fragestellung zu finden.
In diesem Nachschlag will ich auf den Zensurbegriff, die Rolle von uns Männern bezüglich feministischer Praxis und der Frage der Moral bei der ganzen Geschichte eingehen. Die Diskussion um "Zensur" betrifft im Prinzip nicht nur die Arranca! Nr.8, sondern ebenfalls alle anderen linksradikalen Medien.
PS: Wer die Diskussion nicht verfolgt hat, soll dennoch was von diesem Artikel haben.

> *"In allen patriarchalischen Kulturen haftet Sexualität der Makel des Unreinen an, in allen ist sie höchstens dann akzeptabel, wenn sie zum Instrument oder zur Ausdrucksform der Herrschaft wird, wenn sie mit anderen Worten nur noch der Macht subsumiert und nicht mehr ein eigenständiges, ungebundenes Lebenselement ist." Marilyn French (1988) in "Jenseits der Macht".*

Leider ist es scheinbar nicht die Absicht der AutorInnen von "Transparenz in der Zensur bleibt Zensur der Transparenz" (Interim Nr. 378), eine gemeinsame Diskussion führen zu wollen. Vielmehr habe ich beim Lesen ihres Artikels den Eindruck, daß sie sich für das rechtfertigen müssen, was in der Arranca steht. Ich vermute außerdem, daß beide AutorInnen hinsichtlich meiner Trilogie eine selektive Lesart haben. Die Stellen, die ihnen beim (schnellen?) Querlesen meiner Beiträge aufgestossen sind, thematisieren sie lang und breit, ohne auf den Gesamtzusammenhang, sprich meine Absichten, einzugehen. Zum besseren Verständnis kann ich einiges davon in ein paar Sätzen wiederholen:

- Keine Sexualitätsdiskussion, ohne nicht vorher die gemeinsame moralische Ebene des geschriebenen Wortes und die eigene Absicht klarzuhaben bzw. zu vermitteln.
- Jedem Diskurs über Sexualität muß notwendigerweise (explizit oder implizit) eine "(pro)feministische" Patriarchatsanalyse vorweggenommen werden, damit klar ist, wie er hinsichtlich dem herrschenden Bild der Sexualität zu verstehen ist.
- Männer und Frauen verfolgen, gesellschaftlich gesehen, verschiedene Absichten, über Sexualität zu sprechen. Es gibt keine "gleiche" Ebene des Diskurses zwischen den Geschlechtern vor dem Hintergrund des Patriarchats.
- Lust, Liebe, sexuelle Wünsche sind nicht von verinnerlichten Herrschaftsmechanismen zu trennen. Bedürfnisse sind gesellschaftlich geformt, können aber im (kollektiven, emanzipatorischen) Prozeß schrittweise verändert werden. Veränderung ist dabei nichts Statisches, sondern ein Prozeß, der aber auch ein Rollback erfahren kann.
- Die Zeitschrift Arranca! ist keine "Sexistenzeitschrift". Sie hat mit der Ausgabe Nr.8 versucht, Sexualität auf "andere" Weise zu thematisieren. Im Falle von mindestens drei Artikeln und einiger Fotos ist dieser Versuch gescheitert. Ich unterstelle ihnen aber eine durchaus gutgemeinte Absicht. Sie haben eine notwendige Diskussion wieder ins Rollen gebracht.

Diese Punkte sind für mich zentral, wenn es um die Diskussion um die Arranca! Nr.8 geht. Leider ist in dem Beitrag "Transparenz in der Zensur bleibt Zensur der Transparenz" darauf kaum eingegangen worden. Anstattdessen beklagen beide VerfasserInnen, daß "wichtige" Diskurse über Sexualität, die ihrer Meinung nach in der Arranca! angeschnitten werden, von den Hamburger Frauen "unterdrückt" und von mir nicht thematisiert werden. Sie unterstellen mir, ich würde meinen roten Faden (aus Angst?) wegen dem Hamburger Frauenbeitrag nicht weiterverfolgen, sondern anstattdessen der "erstarrten pc-Norm" der Hamburger Frauen anschließen. Weiterhin finden Sie meinen Artikel einseitig auf die Männerproblematik ausgerichtet. Den Hamburger Frauen unterstellen sie eine einseitige Opfersichtweise. Doch da haben sie wohl was mißverstanden. Vielleicht habe ich mich nicht deutlich

genug ausgedrückt? Daß es auch "weibliche" patriarchalische Anteile und Männer im Patriarchat auch (aber anders) leiden steht für mich außer Zweifel. Aber darum geht es mir in der Auseinandersetzung um die Arranca! Nr.8 nicht. Trotz aller Wichtigkeit, beides auch in angemessener Form zu thematisieren, ist das nicht das vordringlichste Problem über den herrschenden Diskurs um Sexualität, wie ich in meiner Trilogie u.a. zu zeigen versucht habe.

Carrie und R.P. Mc Murphy (Interim Nr. 378)

Ich bin erfreut, daß die beiden auf meine Trilogie antworten, zumal sie teilweise ganz andere Ansätze verfolgen. Im Kurzduchlauf will ich auf ihre Kritik eingehen. Die mir darin zentral erscheinenden Punkte werde ich im Anschluß ausführlicher diskutieren.

zu I. Der Dialog zwischen Infoladenfrau und Arranca-Käuferin macht deutlich, daß noch Diskussionsbedarf um Moral, Sex, Herrschaft und "Zensur" da ist.

zu II. Mensch kann durchaus zwischen Opfer und Täter unterscheiden, wenn es darum geht, die eigene Verflochtenheit in die Maschen der patriarchalischen Macht aufzudecken. Es ist nur die Frage, wie dieser Diskurs nach außen getragen wird, wie ich später ausführen werde. Gerade bei (uns) Männern erfreut sich die eigene Opferseite größter Beliebtheit (siehe zahlreiche Auseinandersetzungen um Vergewaltigung) während die Täterseite gerne ins Ungreifbar-Allgemeine relativiert wird.
Es soll weiterhin an keiner Stelle angezweifelt werden, daß die dunklen Seiten der Sexualität nicht thematisiert werden sollen. Auch hier geht es darum, wie sie vor welchem Hintergrund diskutiert werden und ob der Diskurs darüber der Täterentlastung, Relativierung ins Allgemeine, Abschiebung von Verantwortlichkeiten und Rechtfertigung dient. Die Wichtigkeit der zuletzt genannten Punkte scheinen für beide AutorInnen kein Thema zu sein.
Eine von mir gewünschte Konsequenz aus einer Diskussion über Sex, Moral und Herrschaft ist nicht ein Moratorium über Sexualität, sondern mindestens ein kritisches Bewußtsein über die weitere Verfestigung bestimmter herrschender Blickrichtungen und Praktiken, wie sie in der radikalen Linken Einzug finden. Zu einer solchen (o.g.) Diskussion gehört auch, die gleichberechtigten Rahmen für konstruktive, kritische Auseinandersetzungen zu schaffen. D.h. ebenso zu hinterfragen, ob nun die Interim oder die Arranca der geeignete Rahmen für bestimmte Diskussionen und Fotodarstellungen sind.
Auch hier habe ich den Eindruck, daß meine Ausführungen zur herrschenden Moral überlesen oder mißverstanden wurden.

zu III. Brechen die alten "autoritären" Machtstrukturen denn wirklich weg?
Was sich nach außen hin auf eine bestimmte Weise verpackt, muß noch lange nicht so sein. Bilder aus der Werbung, die "neue" Sex- und Beziehungsmuster abseits der traditionellen Kleinfamilie beinhalten, prägen die herrschenden öffentlichen Diskurse mit. Aber jenseits dieser Diskurse gibt es reale Machtbeziehungen, in denen sich die alten "autoritären" Machtstrukturen verkleiden, umformen, ausdehnen, weiterexistieren.
Sicherlich fördert die steigende Vermarktungstendenz männlicher Körper die Objektsichtweise beider sozialer Geschlechter und prägt das Bild von herrschender Männlichkeit mit (in diesem Zusammenhang stellt sich für mich auch die Diskussion um die Bilder von verdrängter Homosexualität und schwulenfeindlichen Übergriffen anders dar.). Mit der herrschenden Männlichkeit werden Charakterzüge reproduziert, die (bewußt oder unbewußt) zum eigenen Leid und dem Leid von anderen beitragen. Dennoch ist Vermarktung von Männlichkeit nicht direkt vergleichbar mit der weiblicher Körper und Charaktäre.
Bilder in der Werbung gewinnen vor allem ihren konkreten unterdrückerischen Charakter dadurch, daß sie mit realen, alltäglichen, heterosexistischen Machtverhältnissen korrespondieren bzw mit ihnen ergänzend ineinandergreifen. Diese Mechanismen habe ich in meiner Trilogie anhand der Pornodebatte diskutiert. Schließlich wird weder der (heterosexuelle) Calvin-Klein- noch der Marlboro-Mann im Alltag sexuell belästigt oder gar vergewaltigt.

Die Entwicklung der sozialen Geschlechter in dieser Gesellschaft nimmt immer mehr den postmodernen Zeitgeist auf. Das heißt, (Hetero- + Homo-) Sexualität wird nach allen Seiten hin zum Marktprodukt; d.h. Sex wird zunehmends mit dem Warencharakter entpersonifiziert und anonymer, austauschbarer und beliebiger. Sex-Hotlines schießen aus den Boden und die patriarchalische Kleinfamilie scheint ins Wanken zu geraten. Das tut sie aber dennoch nicht. Vielfach steht die Kleinfamilie am Ende einer Irrfahrt durch die Anonymität von One-night-stands und Telefonsex, weil sie die (erlernten/verinnerlichten) Bedürfnisse produziert, die in der Gesellschaft per Vermarktung von lieblosen Objekten auf Dauer nicht zu befriedigen sind. Dadurch, daß die postmoderne Gesellschaft die

(erlernte/verinnerlichte) Suche nach der Kleinfamilie warenförmig umzulenken versucht, verstärkt sie ungewollt das Bedürfnis nach ihr. Die Anzahl der Heirats- oder feste-Beziehungsanzeigen überwiegt gegenüber den Sex-Anzeigen, als Beispiel. Die bleiernen Säulen des Patriarchats bleiben also bestehen. Die Herrschaft weicht sich nicht auf, sie paßt sich nur den postmodernen Gegenbenheiten vom wachsenden Pluralismus, wahlloser Beliebigkeiten und auflösender Gültigkeiten der "großen", gesellschaftslegitimierenden Erzählungen an.

zu IV. Hier bleibt mir unklar, worauf die AutorInnen hinauswollen. Anscheinend wollen sie von mir ein paar Worte zu Aids hören, damit ich als Theorie-Hansel angeblich "auch mal" was "Praktisches" miteinfließen lasse (?!).
Daß es in der Szene auch Menschen mit HIV-Positiv gab und teilweise noch gibt, ist eine bittere Angelegenheit. Alarmierend ist die Zahl der Männer, die sich weigern, mit Gummi zu verhüten: einerseits wegen der mangelnden Verantwortung für die potentielle Schwangerschaft bzw. deren Abbruch, andererseits wegen dem möglichen HIV-Übertragungsrisiko.
Beunruhigend sind auch die Bilder, über mit HIV-Infizierte existieren. Sie dienen u.a. dazu, Homosexualität als etwas Krankhaftes darzustellen. Parallellen zu dieser Sichtweise finden sich in der Geschichte zuhauf. Früher war es die Syphilis, die Schwulen angelastet wurde, heute ist es Aids. Doch, so denke ich, hat die Schwulenbewegung in den letzten Jahren viel dazu begetragen, dieses weit verbreitete Bild mehr und mehr zu entzerren.

Die Doppelmoral in der Linken zu kritisieren ist immer eine Angelegenheit, die Spaß macht, da mensch sich hier mit schwingenden Zeigefinger leicht über andere erheben kann. Das Kritisierte wird mit ähnlicher Methode kritisiert.
Selbst das Arranca-Spektrum hat derartige eigene Erfahrungen über gelebte Doppelmoral zumindest hinter sich, wie aus zahlreichen Beiträgen zur Kritik an den Autonomen zu entnehmen ist. So zu tun, als wäre die Verinnerlichung/Aneignung/Reproduktion herrschender Moralkodexe nicht Teil der eigenen Vergangenheit und Gegenwart, finde ich durchaus arrogant. Es geht nicht darum, daß Doppelmoral nicht zu kritisieren wäre, sondern um die eigene Position und den Blickwinkel der Kritik. So kommen wir nicht mit der Feststellung weiter, daß viele Menschen aus dem linksradikalen Spektrum in gewisser Hinsicht doppelmoralig sind, wenn es ausschließlich darauf hinausläuft, die Szene in die Guten und die Bösen zu selektieren. Derartige Analysen zeichnen nicht gerade einen emanzipativen Willen zur Veränderung der linksradikalen Szene aus. Vielmehr interessant ist die Frage, warum wir doppelmoralig handeln und welchen Teil wir zum doppelmoraligen Verhalten der anderen beitragen. Woher kommt die Angst, bestimmte (tabuisierte?) Themen nicht anzusprechen? Wie ist mit dieser Angst umzugehen?

zu V. Die Überschrift, "statt von pc reden, eine Diskursethik über sexuelle Destruktionskräfte entwikkeln" klingt in ihrem Artikel ja vielversprechend. Die Feststellung, daß wir alle irgendwie eine Macke haben, mag zum großen Teil stimmen und ist schon Asbach Uralt (siehe SPK-Diskussionen). "Carrie und R.P. Mc Murphie" hätten lieber beim Thema Diskursethik bleiben sollen, denn leider kriegen sie von der Psychatriediskussion nicht mehr die Kurve dorthin.
Daß im übrigen die repressiven Ausschlußmechanismen dieser Gesellschaft nunmal auch durch die Diskurse über ("geistige") "Gesundheit", "Krankheit", TherapeutInnen-PatientInnen-Verhältnisse und gesellschaftliche "Normalität" konstituiert werden, mag eine wichtige Erkenntnis sein.
Ich sehe hier aber die Gefahr, daß nun schon wieder Männer wie Frauen unter einen gemeinsamen Begriff der gesellschaftlichen Unterdrückung subsumiert werden sollen. Der Tenor "wir sind ja alle gleichermaßen von der Gesellschaft Geschädigte", die im Sinne des Kapitals nach Verwertbarkeit eingeteilt werden, lenkt von den geschlechtsbezogenen Unterschieden und Verantwortlichkeiten ab. Auch die Biographien von Männern gegenüber Frauen, die in der Psychatrie landen, sind so unterschiedlich wie sonstwo in der Gesellschaft.
Die Schlußfolgerung, daß es darum gehen soll, "in einem von LinksradikalInnen gestalteten dynamischen Prozeß aus therapeutischer Reflexion und Empowerment zu zerstören, was zu zerstören nötig ist und aufzubauen, was relativ schadlos zu erotisieren ist, denn wir können nur selbst-reflektorisch die Unterdrückung kenntlich machen und kämpfen, auf das wir bessere Rahmenbedingungen, eine andere Gesellschaft erreichen." finde ich ausgesprochen gut. Hier sehe ich auch einen Anknüpfungspunkt für eine gemeinsame Diskussion, die sich auf die verschiedenen Teilbereichskämpfe übertragen läßt.

Männeransätze gibt es kaum

Hinsichtlich der Thematisierung von Sexualität beider Geschlechter mit allen "dunklen" Seiten der Macht geht es mir zu allererst um die Problematisierung des gemischtgeschlechtlichen Diskurses darüber. Dieser Punkt ist ein zentraler, der meinen Ansatz grundsätzlich vom Arranca!-Ansatz und den beiden VerfasserInnen des o.g. Interim-Artikels unterscheidet. Es kommt sicherlich nicht von ungefähr, daß die aktuelle Arranca! keine Beiträge über Sexualität enthalten, die explizit aus Männergruppenauseinandersetzungen resultieren, geschweige denn für Männergruppen plädieren. Anstattdessen gibt es ein Protestschreiben von Frauen aus dieser Zeitschrift, die Nummerzehns patriarchalische Herangehensweise an das Thema Sexualität kritisieren.
Männliche Entgleisungen - Ein altes Muster, wie wir es (selbst?!) in der autonomen Szene von "Anfang an" kennen. Soll der Diskurs über Sexualität einzig im gemischten Rahmen bleiben? Eine durchaus konsequente Antwort darauf war und ist die getrenntgeschlechtliche Organisierung neben den gemischten Gruppen. Welche anderen praktischen Antworten auf "männliche Ausfälle" haben die Arranca! (insbesondere der männliche Teil von ihr) und mit ihr die VerfasserInnen des o.g. Artikels anzubieten, wenn das Wort Männergruppe nirgends auftaucht? Ziehen Männer wie Frauen alle am gleichen Strang?? Wo kommt das wir-Gefühl der o.g. AutorInnen her, mit dem angeblich Männer wie Frauen gleichermaßen "unter der gesellschaftlichen Repression ihrer potentiellen Sexualität und Sinnlichkeit leiden und um ihre Anerkennung kämpfen"?
Während die o.g. ArtikelschreiberInnen (Interim Nr. 378) scheinbar kein Problem darin sehen, mikroskopisch über die dunklen Seiten von "weiblicher" Sexualität in einem gemischten Blatt zu reden, finde ich es (wie bereits lange ausgeführt) notwendig, vorher die Voraussetzungen dieses Diskurses geklärt zu haben. Diese fangen für uns Männer u.a. bei der eigenen Reflexion über Männersexualität und bei einer (profeministischen) Patriarchatsanalyse an und beinhalten außerdem die Definitionsmacht eines herrschenden, männlich geprägten Diskurses über Sexualität und Körper. Erst nach diesem Austausch bin ich bereit, über "alles andere" zu reden - ob Täter- oder Opferseite - ob "männliche" oder "weibliche" Sexualpraktiken... Was am Ende derartiger Auseinandersetzungen steht bzw. was wie wann wo veröffentlicht wird, bleibt offengelassen.
Schließlich geht es für uns Männer in erster Linie um diese Auseinandersetzungen und nicht um die akribische Beschreibung von "weiblichen" Sex. Aus der Frage nach den Machtverhältnissen, dem Wissen und der entsprechenden Diskurse resultieren auch Antworten, die sich auf das Umgehen miteinander im Bett und sonstwohin übertragen lassen. Die dunklen Seiten der Sexualität von Männern und Frauen bis ins Detail zu beleuchten mag in manchen Fällen hilfreich sein, in anderen Zusammenhängen aber auch kontraproduktiv. Sollen wir jetzt alle Sexualpraktiken oder Sex-"Stellungen" durchdiskutieren, um dann zum Ergebnis zu kommen, daß z.B. die sogenannte Missionarsstellung in Sexualkundebüchern als patriarchalische Norm vertreten wird, um letztendlich herauszufinden, daß die Stellung egal ist, solange ein intersubjektives, gleichberechtigtes Miteinander-Erleben ein wichtiges Kriterium für die "befreite" Liebes-/Sexbeziehung ist? Marilyn French schreibt hierzu, daß Sexualität ohne Beimischung von Macht oder Aggression ein Akt ist, der uns potentiell die "größte sinnliche Lust erfahren läßt, derer wir fähig sind, und der überdies auch psychisch und emotional befriedigend ist."

Wer A sagt, muß nicht immer B sagen...

Es ist als Mann immer leicht, sich im gemischten Rahmen Argumentationen von Frauen anzuschließen und damit (indirekt) deren Motivationen und Standpunkte zu übernehmen. Natürlich sind FrauenLesbenstandpunkte nicht per se revolutionär/antipatriarchal. Wer das Gegenteil behauptet, verkennt Wesen und Wirkungsweisen des Patriarchats. (Auch die Frauenbewegung ist politisch gesehen zwischen Alice Schwarzer und Ingrid Strobl sehr vielschichtig)
Der Artikel "Transparenz in der Zensur bleibt Zensur der Transparenz" wurde offensichtlich von einem Mann und einer Frau geschrieben (wenn ich die geschlechtliche Zuordnung ihrer Pseudonyme nicht mißverstehe). Meine Kritik richtet sich in erster Linie an den Mann (R.P. Mc Murphy), da ich Männern gegenüber sehr skeptisch eingestellt bin, die im "gemischten" Rahmen praktische Ansätze von FrauenLesben kritisieren. Welche Forderungen stellst Du an die FrauenLesben vom Schwarzmarkt, R.P. Mc Murphy? Ist es überhaupt gerechtfertigt, daß sich Männer in FrauenLesbenkämpfe einmischen bzw. unter welchen Voraussetzungen können wir Männer das tun, ohne uns dabei mehr oder weniger als (strukturelle) Privilegiengenießer und Männlichkeitskolporteure gegen die Definitionsmacht feministischer Inhalte zu stellen? Ist das kein Thema für Dich? Haben Männer und Frauen den gleichen Zugang zu dem Thema Sexualität? Finden diese Diskurse (im öffentlichen Raum) unter gleichberechtigten Bedingungen statt?
Welche anderen, praktischen Bezüge zu FrauenLesbenkämpfen stellst Du sonst noch her, außer diese zu kritisieren? Dort, wo FrauenLesbenkämpfe als unangenehm empfunden werden (was durchaus legitim sein kann), melden wir uns laut zu Wort. Dort, wo wir selbst FrauenLesbenkämpfen im

Wege stehen, schweigen wir uns meist aus. Es gibt mindestens seit Beginn der Moderne eine kontinuierliche Frauenbewegung, die mehr oder weniger gegen patriarchalische Unterdrückung kämpft. Dieser Kampf richtet sich nicht nur gegen das Patriarchat in den eigenen Reihen und gegen Strukturen, die etwa von Fabelwesen aus dem Weltall repräsentiert werden. Gemeint sind wir als Männer, nicht biologisch-genetisch, nicht nur als "Opfer", nicht in unserem verbalen PC-Antisexismusbekenntnis, sondern eben auch als Herrschaftsträger. Doch wenn wir so anders als andere Männer sind, wo bleibt unsere Praxis, wo ist die breite Männerbewegung und wo entwickeln wir aus unseren eigenen Motivationen, "was zu ändern" eine politische Praxis?
Es geht hier weniger darum, Kritik an Frauen auszublenden, als um die Hinterfragung der "männlichen" Position und Motivation des Kritisierenden.
Gemischte antipatriarchalische Ansätze stoßen an Grenzen. Das ist nicht erst anhand des Assistentinnen-Beitrages in der Arranca! deutlich geworden, sondern eine Erfahrung, die schon fast alle in der Szene gemacht haben, die etwas länger dabei sind. Sehr viele linke Männer haben im Verlauf solcher gemischten Auseinandersetzungen mal den Versuch einer Männergruppe, eines Männerplenums unternommen. Die einen eher, "weil es von den Frauen gefordert wurde", die anderen aus eigenen Motivationen, "was zu ändern".
Herausgekommen ist oftmals eine Beicht- und Bußegruppe mit theoretischem Laberniveau. So kenne ich das aus vergangenen Zeiten. Verschiedene Ansätze wurden verfolgt: vom "Szenemacker" zum gefälligem, ungreifbarem "Softie", vom "Therapiefeind" zum "Theoriemacker" und vom untertänigen "Jasager" zum "Nischenmann". All diesen stereotyp beschriebenen Charaktären ist gemeinsam, daß Patriarchat für sie nur ein "Thema" ist und die Lust an der eigenen Veränderung weniger von innen kommt, sondern als "von außen gefordert + darum vom Kopf her notwendig" empfunden wird. Die verinnerlichten patriarchalischen Mechanismen, die eigentlich bewußt gemacht und verändert werden sollen, kommen in anderer, verschleierter Form zum tragen.

Bei der Frage, woher das kommt, daß es schlechte Erfahrungen mit Männergruppen gibt, gelangen wir wieder zur Praxis der herrschenden Moral, die unhinterfragt auch hier ihren Einzug in Auseinandersetzungen unter Männern findet. Es scheitern weniger die Männergruppen (als politischer Ansatz) als die einzelnen Männer (weil sie es letztendlich nicht ernst meinen). Wer ernsthaftes Interesse hat, seinen herrschenden Anteil über 50% der Erdbevölkerung zu reflektieren und daraus eine emanzipatorische politische/private Praxis folgen zu lassen, der trägt auch seinen *konstruktiven* Teil dazu bei (auch in andere Teilbereiche hinein wie z.B. Antifa).
Selbstveränderung in der Männergruppe muß im übrigen Spaß machen, sonst bringt es nix. Hier kommen wir zur "Freud" an der Auseinandersetzung über Sexualität, die von Carrie und R.P. Mc Murphy vermißt wird.
Die Möglichkeit, Sexualität in Beziehungen zu anderen Menschen anders zu leben, eignen wir uns in kleinen Schritten in kritisch-solidarischen Prozessen untereinander an. Das betrifft aber nicht nur die Basis von Sex-/Liebesbeziehungen sondern auch der liebevolle Umgang mit anderen Menschen, die wir gerne mögen. Dazu gehört auch, die heterosexuelle Angst vor dem eigenen Geschlecht zu überwinden.
Konstruktiv-profeministische wie selbstreflektorisch-therapeutische Ansätze, die eben auch Spaß machen, werden derzeit in der kleinen linksradikalen "Männerszene" entwickelt.

Freiheit ist die Freiheit der Andersdenkenden...

Das hat Rosa Luxemburg mal gesagt. Gemeint ist hier nicht etwa die Freiheit von (beispielsweise) Sexisten/RassistInnen, sich noch mehr Raum für ihren Diskurs zu erkämpfen, sondern die Vision einer befreiten Gesellschaft, in der (beispielsweise) sexistische/rassistische Diskurse nicht mit gesellschaftlicher Macht verbunden sind, die von einer Mehrheit ausgeübt wird. Vor diesem Hintergrund definiere ich auch den Begriff Zensur.
Zensur ist ein Repressionsmittel einer Mehrheit gegenüber einer Minderheit, dieser die Möglichkeiten zu entziehen, an öffentlichen, mehrheitlichen Diskursen teilzuhaben. Die öffentlichen Diskurse werden mit Hilfe von Zensurmaßnahmen strukturiert und manipuliert.
Weniger der Diskurs über Sex wird in dieser Gesellschaft zensiert. Er breitet zunehmends sich in vielfältiger Form warenmäßig über alle Fernsehsender, Zeitschriften, Musik, etc. aus. Es ist der Diskurs über Macht, Wissen und Moral bezüglich der Sexualität, der zensiert wird.
Wenn also sexistische Inhalte, wie sie in der Mehrheit dieser Gesellschaft konsens sind, aus linksradikalen Medien "herausgeschmissen" werden, so ist dies nicht mit Zensur zu vergleichen. Sachen zu veröffentlichen, nur damit sie das "Dunkle, Schmutzige", Sexistische vor Augen führen, können wir uns als radikale Linke sparen. (Diesen Part übernimmt die Medienindustrie.) Wer wie "Muschi Untermeier" (Interim Nr. 379 im Kapitel "Funktionalisierbarkeit?") die Deutungsmacht verkennt, die den

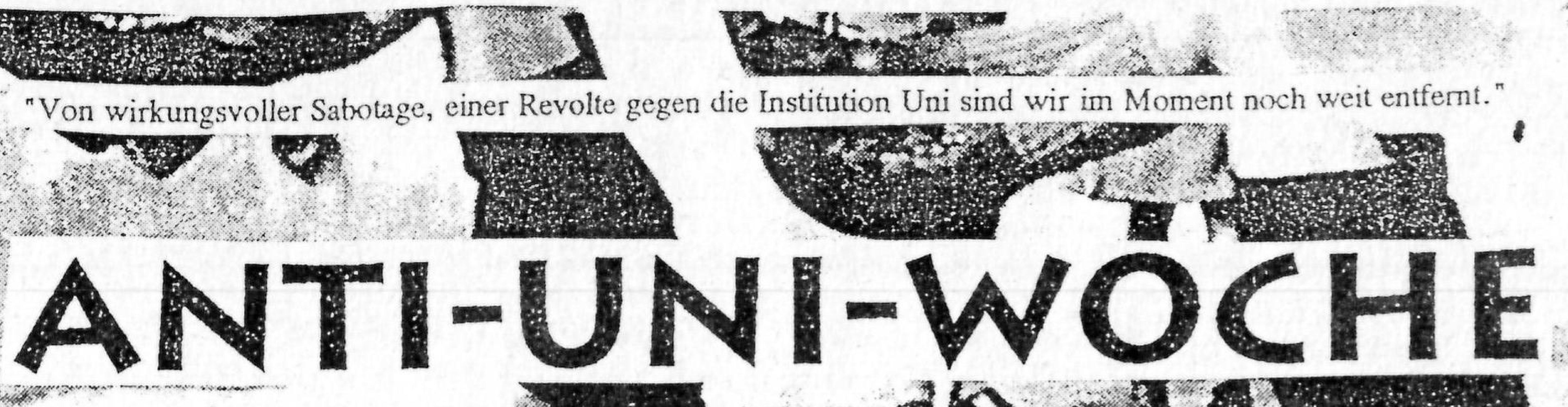
Printmedien mit dem geschriebenen Wort besitzen, die/der unterschätzt die öffentliche Produktion von Wissen und Meinung (auch in der Szene/ auch in der Arranca! oder Interim).
"Muschi Untermeier" stellt weiterhin die wichtige Frage auf, ob nicht, (von mir nun ganz allgemein ausgedrückt), jeder politische Text das gesamte Repertoire linksradikaler politischer Theorie wiederholen muß, um nicht funktionalisierbar zu sein. Dazu kann ich nur antworten, daß es notwendig ist, bestimmte inhaltliche Standpunkte (s.o.) im Text wiederzuerkennen. Ob sie nun explizit und in aller Ausführlichkeit benannt werden, ist eine andere Frage. Andernfalls werden Texten, die sich weder von neurechten und herrschenden Diskursen abgrenzen, eben diese Diskurse als Voraussetzungen für die eigene Argumentation angeheftet. Im Falle der Arranca Nr.8, deren Zielgruppe "Muschi Untermeier" überwiegend im autonomen Spektrum verortet, bleibt dennoch unklar, von welchen Diskursen dann ausgegangen werden soll, wenn es so wenig einheitliche Patriarchats- und Moralanalysen gibt. Das sind nunmal die Probleme von Deutungsmechanismen der Sprachspiele, wie schon Wittgenstein sie formuliert hat.

Den Nichtverkauf von Inhalten und Bildern, die als sexistisch befunden werden, als "scheiß autoritäres" Verhalten (so die Anspielung im Dialog am Anfang des Beitrages von Carrie & R.P. Mc Murphy) zu bezeichnen, finde ich unhinterfragt und politisch falsch. Die Diskussion darüber ist umso wichtiger. So wie ich sie verstanden habe, haben die Hamburger FrauenLesben einerseits ihre Entscheidung ausführlich begründet, zum anderen darin auf die ungleichen Voraussetzungen einer gemeinsamen gemischtgeschlechtlichen Diskussion verwiesen.
Für mich wäre es inzwischen auch o.k., die Arranca Nr.8 im Zusammenhang mit den bisher verfaßten Diskussionspapieren zu verkaufen, da nun genug dazu verfaßt worden, als daß bestimmte Aussagen in und zwischen den Zeilen nur noch für sich im Dschungel von beliebigen Vieldeutigkeiten stehen.
Klar eingrenzbare objektive Kriterien für Sexismus sind im konkreten Fall oftmals unmöglich. Der Grenzbereich dessen, was subjektiv ertragbar ist, bemißt sich an einer Gesellschaftsanalyse im Zusammenspiel mit den eigenen gelebten Erfahrungen. Die sind von Mensch zu Mensch unterschiedlich und oftmals schwer nachzuvollziehen; vor allem zwischen den sozialen Geschlechtern. Wir Männer müssen hier noch viel an notwendiger Sensibilität entwickeln. Männer und Frauen ziehen eben nicht an einem gemeinsamen Strang, an dessen anderem Ende sich das Patriarchat befindet.

Ich erhoffe mir eine angstfreie, lebendige, konstruktive Auseinandersetzung, die mehr Bezug zu dem herstellt, was bisher herausgearbeitet wurde.

Mit solidarischen Grüßen!!
Berlin, Anfang Juni 1996
Kermit





"Von wirkungsvoller Sabotage, einer Revolte gegen die Institution Uni sind wir im Moment noch weit entfernt."

ANTI-UNI-WOCHE

VOM 24.-29. JUNI 1996

LINKS radikal INS NÄCHSTE SEMESTER

Warum eine Anti-Uni-Woche?

Seit Oktober 1995 verzeichnen die Berliner Unis wieder größere Proteste von StudentInnen - ein "heißer Herbst" hielt zwar, was er nicht versprach, brachte aber doch einige tausend Studis auf manche Barrikade. Die HERRschenden hatten es den so gerne und so professionell wegguckenden Studis diesmal auch schwer genug gemacht, ihren Projekten einfach tatenlos und achselzuckend zuzusehen: Studiengebühren, Elitedreck, BAFöG-Gemeinheiten, patriarchaler Rollback, Zulassungsbeschränkungen und die alljährlichen Einsparungsschnitte. Diesmal, hieß es mal wieder, seien sie zuweit gegangen, alles lassen wir uns nicht gefallen, nein nein (nein), und so fing alles bei Null an, um bei Nullkommanull (und Einseinsnull) wieder aufzuhören.

Eure Mithilfe und aktive Teilnahme ist erwünscht!

⋆ Keep on separated ...

Es kam wie es kommen mußte zu richtig tollen, lauten, bunten, phantasievollen Protestaktionen wie öffentlichen Vorlesungen (hochdotierter Profs), Unterschriften (mit der Bitte um milde Gaben), Straßentheater (vor den Käsesahnetorte fressenden Gästen im Cafe Kranzler), ... die vom Berliner Metropolenpublikum einmal mehr mit bravem Applaus und mildgespendetem Lächeln quittiert wurden - bahnbrechende Erfolge allenthalben! Statements zu anderen Kahlschlagskürzungen wie etwa im Sozialbereich oder zu den HERRschenden Prestigeprojekten am Potsdamer Platz und im Tiergarten gerieten oft zu einer munteren Addition aus Schweinereien, ohne die Unterdrückungsverhältnisse zu benennen und anzugreifen, die sich in diesen Schweinereien ausdrücken und die sie überhaupt erst möglich machen.

Für linke und linksradikale Studis stellte sich oft die Frage, wo sie in diesen streng am Strafgesetzbuch orientierten, den Status Quo der Unis über den b90/grünen Klee lobenden "Protesten" noch vorkommen. Dort, wo sie mit Besetzungen, Störaktionen und Flugblättern auf Zusammenhänge aufmerksam machen und Druck erzeugen wollten, schlug ihnen bestenfalls Unverständnis, meistens jedoch gleich der sozialwissenschaftlich gepriesene Rechtsstaat entgegen. Mit den Bullen auf dem Campus stellte sich endlich auch wieder an der Uni das Gefühl dafür ein, nicht in einem Freigehege herumzutoben, sondern knallharte Antworten auf herrschaftskritische Fragen und Aktionen zu bekommen.

Ausstellung zur Geschichte des Ingrid-Strobl-Instituts

⋆ ... disorientated ...

Die Studi-Proteste interessiert das bisher wenig, sie bleiben lieber bei den vorgegeben Leisten und fordern vom Wirtschaftsstandort Deutschland Investitionen in die eigene Zukunft, um auch morgen noch kraftvoll zubeißen zu können (im Tiergarten, im Trikont und wo auch immer). "Bildungsklau", "Bildungsstandort Deutschland", "Bildung ist unsere Zukunft" - Parolen, die den nächsten reaktionären Modernisierungsschub schon vorausnehmen, und "Bildung" als die funktionalisierte Vokabel verwenden, als die sie von den HERRschenden schon immer besetzt worden ist.

Die Inhalte der jetzigen Proteste - Verteidigung des Ist-Zustands gegen drohende Verschärfungen - sind ein Schlag ins Gesicht all derer, die sich noch vor zwei Jahren gegen die jetzigen Verhältnisse gewehrt haben. Und wenn in zwei Jahren Studis für 1000,- DM Gebühren kämpfen, um 2000,- DM zu verhindern, dann stehen wir wieder da, achselzuckend vielleicht oder Unterschriften sammelnd unter der Parole "1000,- DM sind genug. Keine Erhöhung der Studiengebühren!" Und so weiter und so weiter auf zur nächsten Rückwärtsrolle ...
Natürlich ist es richtig, Verschärfungen und Angriffe auf den Status Quo abzuwehren, aber eben nur, wenn klar ist, daß dieser beschissene Status Quo nicht unserer, sondern der der HERRschenden ist, in den wir uns eingenistet haben, um die uns zukommende Rolle mehr oder weniger gut zu spielen. Aber ein Blick in die Flugblätter der studentischen Proteste 1995/96 stellt unmißverständlich klar: es geht um's ewig selbe Boot, in dem immer die gleichen sitzen.

⋆ ... and frustrated?

Schluß mit den Verteilungskämpfen an der Oberfläche gesellschaftlicher Verhältnisse! Der Strand, zu dem wir wollen, liegt tiefer, nicht nur unter dem Pflaster, sondern auch unter den Nebelbänken akademischer Diskurse, unter "Hochschulautonomie" und "Sachzwangwissenschaften" begraben. Die Unis sind nie neutrale Orte kritischer Reflexion gewesen, an denen sich Menschen das für sie interessante Wissen angeeignet haben - sie waren immer Apparate zur Vermittlung HERRschender Wissenschaft und Stätten der Zurichtung. Hier rekrutiert das System aus dem Pool des bis an die

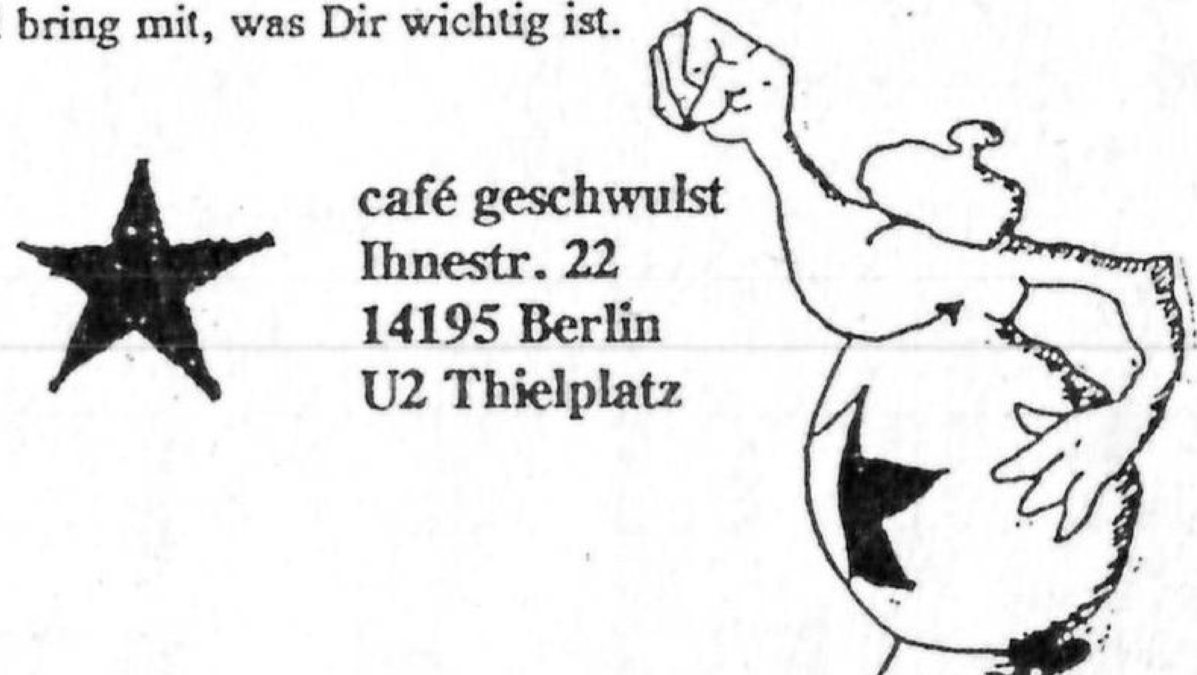
Uni vorgedrungenen "Humankapital" seine zukünftigen Eliten, und alle einschneidenden Sparmaßnahmen sind darauf abgestimmt, die Lernfabrik Uni diesen Bedürfnissen anzupassen. Die Elitenschmiede für die SchreibtischtäterInnen von morgen spuckt aber auch eine ganze Menge nichtverwertbare Studis wieder aus, treibt sie in schlechtbezahlte Jobs und in die Arbeitslosigkeit, macht sie im Ellenbogenkampf um qualifizierte Pöstchen gefügig und treibt nicht wenigen die Lust auf ein Streiksemester gleich wieder aus. Und alle, die sozialbewegt oder zumindest mit ein paar Illusionen und Utopien an die Unis gekommen sind, haben nach ein paar Seminaren Krisenmanagement entweder alles frustiert in den Wind geschrieben oder ihr Fähnchen nach demselben gehängt.
Gibt's noch was anderes als Frust? Vielleicht den Versuch, die herrschende Uni mal in ihrer Funktion anzugreifen, statt sie kritiklos gegen Sparmaßnahmen zu verteidigen?

★ Fin de l'université?

Wir wollen mal laut nachdenken, was diese Unis überhaupt sind und ob sie jemals was anderes waren als Orte der Zurichtung. Und weiter: was wir an vorwiegend weißen, männlich dominierten, kapitalhörigen, zwangsheterosexistischen, behindertenfeindlichen Unis wollen und wofür wir hier eigentlich kämpfen.
Wir wollen gucken, ob es noch was anderes gibt als dröge Kopfarbeit, die zu nichts nutze ist als zum eigenen Karrierekick. Zusammen leben, lachen, tanzen, essen, spielen, malen ... aus der Uni einen Sandkasten machen und darin herumwühlen, anstatt sich in akademischer Disziplin zu üben. Autonome Seminare zu feministischer Wissenschaftskritik, Kunst und Widerstand, Gewalt und Politik ..., in denen Du entscheidest, wie und warum Du Dich einer Sache näherst, ohne (offensichtliche) Hierarchien und Leistungszwang bringen vielleicht viel mehr Spaß. Filme zeigen und angucken zu Themen, die an der Uni schon lange Mangelware sind. Bücher- und Broschürenverkauf sowie Infotische politischer Gruppen sind möglich. Die Geschichte von Freiräumen gegen/an der Uni soll eine Ausstellung dokumentieren. Wenn Ihr Kinder habt, dann bringt sie mit - wir werden uns gemeinsam um sie kümmern. Zusammen Musik machen und sich anders ausdrücken als in langatmigen Monologen (wie dieses Flugi), zusammen unsere Räume so gestalten wie wir es wünschen, uns Sachen basteln und selbermachen, die Fenster nach draußen verschönern, Bänke und Tische zimmern ... unsere Phantasie soll endlich mal wieder unsere Lethargie besiegen!
Wir wollen mit Menschen zusammenkommen, die sich ein anderes, selbstbestimmtes Leben wünschen, frei von HERRschaft und Unterdrückung, Ausgrenzung und Reglementierung. Dazu gehört auch, sich mit den oft informellen Hierarchien und subtileren, aber nicht weniger systemstabilisierenden HERRschaftsverhältnissen zwischen uns (Geschlecht, Hautfarbe, Herkunft, Sexuelle Identität, Klassenzugehöhrigkeit, körperliche Konstitution, Alter ...) zu beschäftigen. Wir wollen dieser Uni eine Absage erteilen, und das nicht in schlauen Papieren, sondern in dem wir unseren Widerstand leben und zusammenbringen. Und wir unternehmen den Versuch, die künstlichen, zweckrationalisierten Trennungen von privaten und öffentlichen Identitäten und von Hand- und Kopfarbeit aufzuheben. Wir wollen aufhören nach HERRschenden Maßstäben zu funktionieren und HERRschende Logik zu reproduzieren.

★ Kein Friede mit der Uni!

Wenn Du Deinen Frieden mit der Uni noch nicht gemacht hast oder Dir überlegst, ihn aufzukündigen, dann komm zur Anti-Uni-Woche und bring mit, was Dir wichtig ist.



Die Anti-Uni-Woche findet statt in den Kellerräumen der Ihnestraße 22 (früher Ingrid-Strobl-Institut). Weitere Infos dort.



ANTI-UNI-WOCHE FÜR EIN SELBSTBESTIMMTES, HERRSCHAFTSFREIES LEBEN UND LERNEN



Einladung zur Nachbereitung des 1.europäischen Treffens für eine menschliche Gesellschaft und gegen den Neoliberalismus

TERMINE:

Sonntag, den 16.6.96 ab 10 Uhr im Dritte Welt Haus Frankfurt/Main Westerbachstr.47 (Hinterhaus)
Tel: 069/518595 (auch für Schlafplätze)
Treffen der Interessierten am bundesdeutschen Beitrag für das Treffen in Chiapas vom 27.7 -3.8.96

Sonntag, den 23.6.96 ab 18 Uhr im El Locco - Kreuzbergstr.43 in 10965 Berlin:
"Denen eine Stimme geben, die erst mit ihrem Aufstand gehört werden" Veranstaltung im Rahmen einer Fotoausstellung zu Chiapas.

Weitere Termine werden beim Nachbereitungstreffen am 20.6 bekannt gegeben.
Und natürlich steht unsere Gruppe allen Interessierten jeden Montag ab 19 Uhr offen.

Mexiko - Gruppe im FDCL im Mehringhof, Gneisenaustr. 2a 10961 Berlin
Tel. 030 - 6946101 Fax - 6926590



5 Jahre Geburtstags-Party für ANATOPIA (am 7.1.95 geräumtes Hüttendorf) mit Überraschungsgigs

Soli für Prozeßkosten

* 18°° Uhr vegane Volksküche
* 19³⁰-20°° Anatopia Film
* 21°° Uhr Party (ab Freitag: £A-Raum)
* 28.6. Wagenburg-Party ab 19³⁰ ("Stau 1-17 A")

29.6.96 Alhambra
Hermannstr. 83, Oldenburg

29.6. Demo gegen die Ⓐ-Teststrecke
11 Uhr Bhf. Papenburg

Moorgnom
St. Pauli-Str. 10-12
28203 Bremen

Termine

Mo.1.7. **Nachbereitungs -VV der Anti-Papst-Demo** : 19.00 Uhr Blauer Salon, Mehringhof

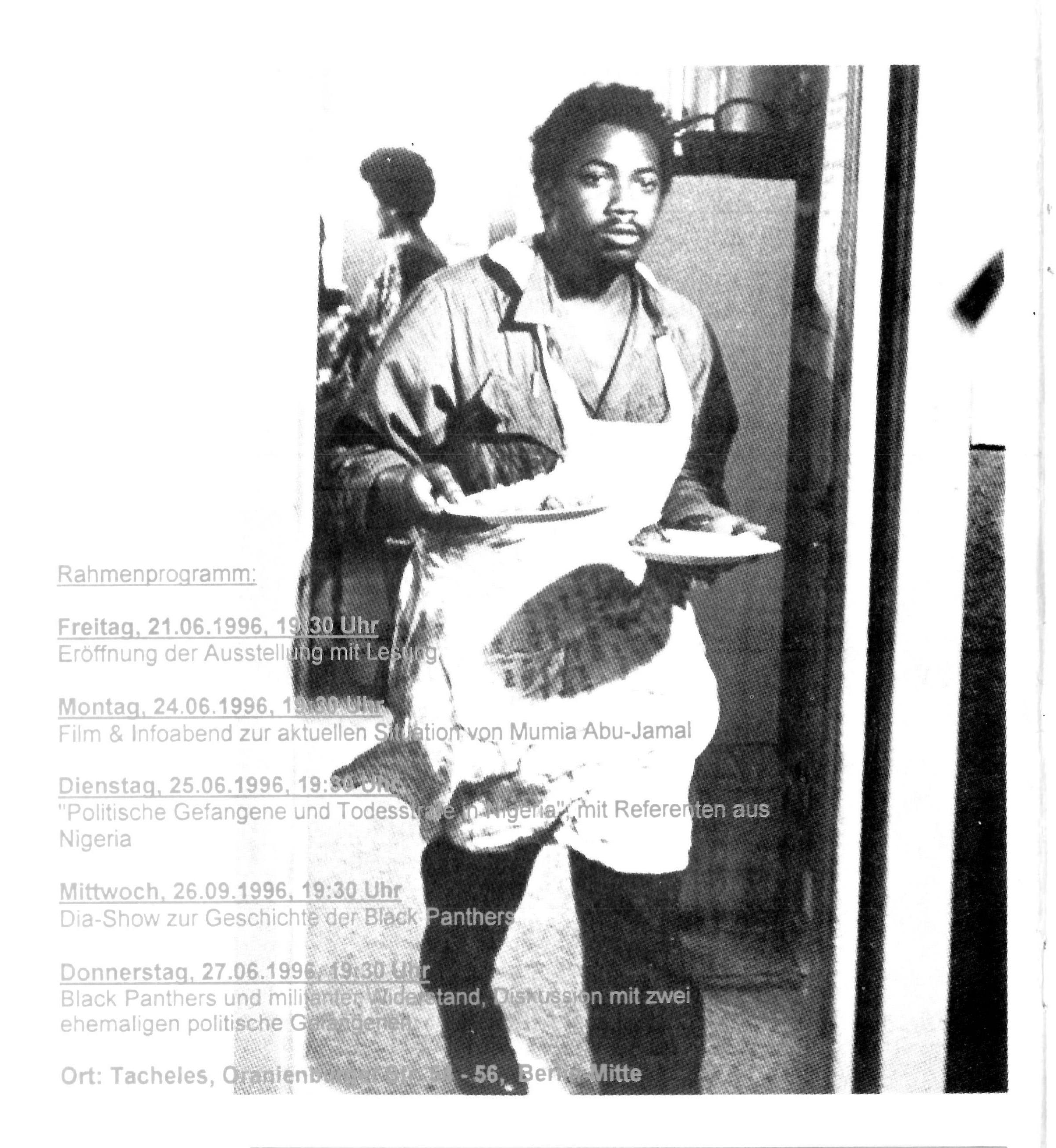
Am 20.6. um 19.00 Uhr findet in der Yorckstr 59 eine **öffentliche Nachbereitung zum Treffen "Für eine menschlichere Gesellschaft - gegen den Neoliberalismus"** statt.
Mexiko-Gruppe im FDCL

Fr 21.6. KOB: **Anti-Papst-Veranstaltung Filme Party , PotsdamerStr**
Konzert "Die Bösen Tanten"

Sa 22.6.18.00 Cafe Größenwahn, Kinzigstr9 HH, Friedr-hain
"Das Leben des Brian"

Sa 22.6.**Anti Papst Infos auf dem Hoffest Yorckstr** (Yorckstr 59 Kreuzberg)

"Art against Death"
Ausstellung und Veranstaltungen
Für die Freiheit von Mumia Abu-Jamal



Rahmenprogramm:

Freitag, 21.06.1996, 19:30 Uhr
Eröffnung der Ausstellung mit Lesung

Montag, 24.06.1996, 19:30 Uhr
Film & Infoabend zur aktuellen Situation von Mumia Abu-Jamal

Dienstag, 25.06.1996, 19:30 Uhr
"Politische Gefangene und Todesstrafe in Nigeria", mit Referenten aus Nigeria

Mittwoch, 26.09.1996, 19:30 Uhr
Dia-Show zur Geschichte der Black Panthers

Donnerstag, 27.06.1996, 19:30 Uhr
Black Panthers und militanter Widerstand, Diskussion mit zwei ehemaligen politische Gefangenen

Ort: Tacheles, Oranienburger Str. 54 - 56, Berlin-Mitte

Im Tacheles, 21.06. bis 27.06.1996, 3. & 4. Stock
Geöffnet: Werktags von 14:00 Uhr bis nach den Veranstaltungen,
am Wochenende von 11:00 Uhr bis 20:00 Uhr